Heft 189
Ausgabe 2 | 2012

ISSN 0170-461
K 53 61
5,00 Euro

spw

Neue Weltordnung

– Nordafrika und Naher Osten

Sabine Kebir
Die arabischen Revolutionen in der Klemme

Irene Weipert-Fenner
Die Arbeiter in Ägypten – was von der Revolution geblieben ist

Svenja Schulze, Dirk Meyer
Fortschritt – Ein Laboratorium für politische Antworten unserer Zeit

Interview mit Dr. Achim Brunnengräber
„Rio+20 wird ein Gipfel der Beliebigkeit“

Kurzum | von Björn Böhning

Die Piraten als Heilsbringer der Demokratie – so sehen sie andere und nicht zuletzt die Piraten sich selbst. Scharen von Menschen würden aus dem Nichtwählerlager mobilisiert – es sind aber weniger als ein Prozent der Wahlberechtigten. Tatsächlich prekär sind die 30 bis 40 Prozent der Wahlberechtigten, die weiterhin nicht wählen.

Vorweg: Ich sehe Probleme der aktuellen politischen Kultur durchaus ähnlich wie einige Piraten. Verkrustete Strukturen oder die Konzentration von Macht auf Wenige. Und doch, ich bin ein überzeugter Kämpfer für die repräsentative Demokratie. Sie sichert den Ausgleich von unterschiedlichen Interessen, sie garantiert Rechtsstaatlichkeit und schützt Minderheiten. Volksentscheide können die repräsentative Demokratie an dieser Stelle positiv ergänzen, sie aber nicht ersetzen.

Polemik statt Inhalte

Die Piraten machen nun alles besser? Im Gegenteil. Ihre polemische, anti-staatliche Grundhaltung und das fadenscheinige Infragestellen von Prozessen sind reiner Selbstzweck und könnten am Ende unserer Demokratie eher schaden als nützen. Die Piraten greifen durch eine schwarz-weiße Brille Politik und Parlament pauschal an, polemisieren und arbeiten sich an Formalien Prozesse ab. Jedoch, eine politisierte Masse allein macht keine demokratische Entscheidung oder politische Alternative. Es gibt genug Möglichkeiten, sich zu engagieren. Jedoch können nicht alle teilhaben, da sie keine Zeit haben oder sich schlicht nicht zurechtfinden in den komplexen Zusammenhängen.

Deshalb kämpfe ich für einen Sozialstaat, der die Bürgerinnen und Bürger ermächtigt, teilzuhaben, ohne ein „wir gegen die". Auch wenn frischer Wind nicht schadet, aber das ist mir doch zu wenig für gewählte Abgeordnete. Ich finde es nicht sexy, mit Unwissenheit zu kokettieren oder sich mit Hilfe eines fortlaufenden Änderungsmodus im Liquid Feedback vor Entscheidungen zu drücken. Die Piraten haben noch keinen eigenen Gesetzestext ins Parlament eingebracht. Kern meiner Kritik an den Piraten ist ihre grundsätzlich anti-staatliche Propaganda, mit der sie erfolgreich punkten. Sie bedienen gängige Klischees von faulen, korrupten und machtgierigen aber unfähigen Politikern und verkennen bewusst die Komplexität politischer Entscheidungen. Die Probleme von Finanzkrise bis Klimawandel – das sind keine Herausforderungen, die man mit Polemik meistern kann. Wie lange wollen die Piraten noch warten, bevor sie sich positionieren?

Björn Böhning ist netzpolitischer Sprecher der SPD, Chef der Berliner Senatskanzlei und Mitglied der spw-Redaktion. Dieser Beitrag beruht auf einem Artikel in The European und wurde für diese Zeitung aktualisiert.

Foto: © Dominik Thomas Butzmann

Was bleibt ist: Ernüchterung.

Die repräsentative Demokratie durch Volksentscheide zu ersetzen, den Parteien die Konsensfähigkeit abzusprechen und Parlamente und Abgeordnete pauschal zu verunglimpfen – das schafft keine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die Piraten lassen Enttäuschte zurück, wenn die Welt am Ende doch nicht so einfach ist wie sie glauben machen. Damit verstärken sie am Ende die Politikverdrossenheit. Indem sie die Bürgerinnen und Bürger gegen die Parlamente mobilisieren, stärken sie die Regierungen, die über schwache Parlamente hinweg entscheiden. Ziel muss es doch sein, das Parlament als Vertreter des Volkes zu stärken – wobei das Volk einen aktiven, konstruktiven Part wahrnimmt. So gesehen sind die Piraten – **kurzum** – mit ihrer inhaltslosen Polemik gegen den Parlamentarismus ein Beitrag zu weniger Demokratie. ■

Inhalt

■ Meinung

Zuschussrente hilft nicht gegen Altersarmut | Anette Kramme 4

Debatte:

Der Fiskalpakt wird die Krise verschärfen | Fabian Lindner 6
Fiskalpakt – Von einer Lösung weit entfernt! | Carsten Sieling 7
„Rio+20 wird ein Gipfel der Beliebigkeit“ | Interview mit Achim Brunnengräber 8
Die Dreieinigkeit der Metall-Tarifrunde | Uwe Meinhardt 11

■ ■ Im Fokus: Neue Weltordnung – Nordafrika und Naher Osten

Einleitung zum Schwerpunkt | Thilo Scholle, Kai Burmeister, Michael Reschke 14
Die arabischen Revolutionen in der Klemme | Sabine Kebir 18
Die Arbeiter in Ägypten – was von der Revolution geblieben ist | Irene Weipert-Fenner 23
Gewerkschaftsbewegung in Ägypten – ein Jahr nach der Revolution | Peter Senft 28
Geopolitik im Nahen und Mittleren Osten: Die Neuordnung von innen | Henrik Meyer, Jan Lichtwitz 33

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Lebenszeichen | Gesa Rünker 38
Stichwort Wirtschaftspolitik: Konjunktur in Deutschland und Europa – auf dem Weg in eine neuerliche Rezession? | Arne Heise 39
Die aktuelle Zahl: 10.000 | Claudia Bogedan 42
Geltung qua Verständlichkeit | Ernst Dieter Rossmann, Tim Rohardt 43
Zwischen Landwirtschaft und Ernährungsindustrie | Daniel Kofahl 47
Fortschritt – Ein Laboratorium für politische Antworten unserer Zeit | Svenja Schulze, Dirk Meyer 51
Marxismus und Menschenrechte | Andreas Fisahn 56

Rezensionen:

Die Debatte geht weiter – aktuelle Bücher zum Thema Integration | Thilo Scholle 61
Politik mit Recht | Thilo Scholle 66

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Initiative Europa neu begründen! Herzlichen Dank Jutta Blankau! Herzlichen Glückwunsch Horst Peter! 67
DL 21 Aktuell: Der Fiskalpakt – eine Geisterfahrt an den Abgrund Europas 68
Eine große Sozialistin | Joachim Perels und Uli Schöler 69
Fünf Fragen an... Svenja Schulze 70

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspel (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:
Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:
Kai Burmeister
Michael Reschke
Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Michael Reschke
Telefon 0176 -642 840 03
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 -2 02 00 11
Telefax 0231 -2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:
Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461 -K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: www.fotolia.com
© Stasys Eidiejus, suzannmeer.

Bildnachweis:
S.43 www.fotolia. com © electriceye,
S.44 www.fotolia. com © ferkelraggae

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, April 2012

Zuschussrente hilft nicht gegen Altersarmut

von Anette Kramme

Anette Kramme ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales.

Foto: privat

Das Herumdoktern an Symptomen hat Vorteile. Der Patient merkt, dass man sich um ihn kümmert, und manchmal geht es ihm sogar ein wenig besser. Das Problem aber ist, dass sich nichts grundlegend ändert – die Ursache der Krankheit bleibt bestehen. So ähnlich muss man leider die Vorschläge von Ursula von der Leyen zur Bekämpfung der Altersarmut bewerten. Am 22. März 2012 hat sie ihr Reformkonzept für ein „Gesetz zur Anerkennung von Lebensleistung in der Rentenversicherung" der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein Kabinettsbeschluss wurde für Mai angekündigt.

Ziel des „Rentenpakets" ist vorgeblich, für Menschen mit geringen Verdiensten bei langer Versicherungsdauer und bei zusätzlicher Altersvorsorge im Alter ein Einkommen zu garantieren, das höher ist als das derjenigen, die nur kurze Beitragszeiten aufweisen und sich nicht um ihre private Alterssicherung gekümmert haben. Nach Bundessozialministerin von der Leyen sei nur schwer zu akzeptieren, dass beide Gruppen im Alter gleichermaßen auf die Grundsicherung angewiesen seien. Dieses Ziel teilt die SPD ausdrücklich. Leider aber sind die Vorschläge der Ministerin nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Warum dies so ist, zeigt ein Blick in die Details:

Darstellung des Konzepts

Kern der Reform ist die **„Zuschussrente",** die langjährig Versicherte nach einer Bedürftigkeitsprüfung auf Antrag erhalten sollen.

Anspruchsvoraussetzung ist die Erfüllung von Versicherungszeiten sowohl in der gesetzlichen Rentenversicherung (ab 2022: 45 Versicherungsjahre, davon 35 Beitragsjahre) als auch mittels einer betrieblichen oder privaten Vorsorge (ab Renteneintritt 2048 35 Jahre).

Erfüllt ein Versicherter diese formalen Mindestanforderungen, erfolgt eine **Einkommensanrechnung.** Das Gesamteinkommen aus Rente und anrechenbarem Einkommen darf den Wert des 31-fachen des aktuellen Rentenwerts (ca. 850 EUR) nicht überschreiten. Verschiedene Einkommen werden dabei ungleich behandelt: Die eigene Rente, Erwerbseinkommen und nicht geförderte Altersvorsorge werden voll angerechnet, Betriebsrenten und „Riester-Renten" hingegen jedoch überhaupt nicht.

Nur wenn auch diese Voraussetzung erfüllt ist, werden sog. **„Zuschussentgeltpunkte bei geringem Arbeitsentgelt"** gewährt, wobei eine Begrenzung auf einem Entgeltpunkt/Jahr erfolgt.

Kritik

Diese strenge Ausgestaltung der Zuschussrente führt dazu, dass sie letztlich kaum jemanden helfen wird. Selbst im Ministerium geht man davon aus, dass anfangs nur 50.000 Rentner profitieren werden. 50.000 Menschen – das ist zu wenig in Anbetracht des drohenden Ausmaßes der Altersarmut.

- Zum einen profitieren nur künftige Rentner. Wer als Rentner heute arm ist, ist weiter auf Grundsicherung angewiesen.

- Doch auch die armen Rentner von morgen werden kaum etwas davon haben. Altersarmut folgt schließlich nicht nur aus geringem Einkommen, sondern häufig auch wegen längerer Arbeitslosigkeit. Wer aber länger arbeitslos war, wird die nötigen Versicherungszeiten ebenso wenig erreichen wie Menschen, die sich eine zusätzliche Altersvorsorge nicht leisten konnten.

So kann man konstatieren, dass die Pläne von der Leyens größtenteils unnütz sind. Schlimmer aber ist, dass sie in mancherlei Hinsicht sogar schädlich sind und die gesellschaftliche Akzeptanz der Rentenversicherung untergraben.

- Versicherte, die immer nur Teilzeit gearbeitet haben, werden z.B. denen gleichgestellt, die ihr ganzes Erwerbsleben in Vollzeit wenig verdient haben. Individuelle Vorleistungen werden also nicht ausreichend berücksichtigt.

- Ähnlich unakzeptabel ist der Zwang zur privaten Vorsorge. Für eine beitragsfinanzierte Rente dürfen keine externen Voraussetzungen gelten. Dies ist sachlich nicht zu begründen und nur ein Zugeständnis an die FDP als politischen Statthalter der privaten Finanzprodukte.

- Völlig ausgeblendet werden von der Ministerin die verteilungspolitischen Rückwirkungen, wenn das Beitrags-Leistungs-Verhältnis derart ausgehebelt wird: Nach den Plänen von der Leyens bezüglich anrechenbares Einkommen könnten Versicherte mit höheren Beitragszahlungen künftig weniger Rente haben als Versicherte, die weniger gezahlt haben. Dies verstößt gegen grundlegende Vorstellungen von Leistungsgerechtigkeit!

Darüber hinaus ist offen, ob eine Finanzierung aus Beiträgen mit der Verfassung vereinbar ist – schließlich geht es um eine Fürsorgeleistung, die Altersarmut verhindern soll. Dies ist eine gesellschaftliche Aufgabe und aus Sicht der SPD aus Steuern zu finanzieren.

Fazit

Beim Kampf gegen Altersarmut geht die Bundesregierung halbherzig vor und dreht an den falschen Schrauben. Hauptgrund für niedrige Rentenansprüche sind schlechte Löhne und lange Arbeitslosigkeit. Wenn die Bundesregierung tatsächlich Altersarmut vermeiden *und* die lohn- und beitragsbezogene Rentenversicherung stärken will, muss sie am Arbeitsmarkt ansetzen. Genau hier versagt Bundesministerin von der Leyen. Sie kürzt bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, sie will Kombilöhne und prekäre Beschäftigung ausweiten, statt sie einzudämmen.

Die SPD wird den unsozialen Rentenplänen der Bundesregierung nicht zustimmen. Wir werden in diesem Sommer ein eigenes Konzept vorstellen, das die Vorleistungen der Versicherten besser honoriert, indem – unabhängig von privater Vorsorge – bei Versicherten, die für Niedriglohn arbeiten, die Rente aufgestockt wird. Auch die Erwerbsminderungsrente muss dringend reformiert werden. Zudem wollen wir eine höhere Bewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit bei der Rentenberechnung und setzen auf Maßnahmen am Arbeitsmarkt, die später bessere Renten ermöglichen. Die SPD fordert einen Mindestlohn von 8.50 Euro, der nicht nur heute für höheres Einkommen sorgt, sondern auch für höhere Rentenanwartschaften. Zentral ist der entschlossene Kampf gegen prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, Werkverträge, erzwungene Teilzeit und andere Arbeitsmodelle, die langfristig Altersarmut nahezu zwingend mit sich bringen. Auch die Frage der Absicherung von Selbständigen muss auf die Tagesordnung. ■

Debatte: Der Fiskalpakt wird die Krise verschärfen

von Fabian Lindner

Fabian Lindner ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat Allgemeine Wirtschaftspolitik des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

Foto: privat

Mit dem im Dezember 2011 beschlossenen Fiskalpakt soll nach deutschem Vorbild eine Schuldenbremse in die Verfassung aller EU-Staaten (mit Ausnahme Großbritanniens und Tschechiens) aufgenommen werden. Damit sollen die Staaten ihre strukturellen Staatsdefizitquotenauf maximal 0,5 Prozent des BIP und ihre Schuldenstandquotenauf 60 Prozent des BIP reduzieren. Hinter dem Pakt steht der Glaube, die Probleme des Euroraums seien vor allem auf zu hohe Staatsschulden zurückzuführen – als hätten alle Krisenländer die Staatsschuldenprobleme Griechenlands. Dabei lag in vielen Krisenländern die Staatsverschuldung bis zum Vorkrisenjahr 2007 weit unterhalb des heute angeblich so disziplinierten deutschen Fiskus: Irlands Staatsschuldenquote lag bei 25 Prozent, Spaniens bei 36 Prozent – Deutschlands dagegen bei 65 Prozent. Heute liegt Spaniens Schuldenquote mit 66 Prozent immer noch deutlich unterhalb der deutschen Quote von mittlerweile 82 Prozent. Die Finanzmärkte verlangen aber von der spanischen Regierung für zehnjährige Anleihen als Risikoausgleich Zinsen von knapp 6 Prozent, von Deutschland nur 1,6 Prozent. Belgien hat heute sogar eine Schuldenquote von fast 100 Prozent, muss aber nur 3,5 Prozent an Zinsen zahlen. Haben die Akteure auf den Finanzmärkten selbst nicht begriffen, dass die Krise des Euroraums eine Krise zu hoher Staatsschulden ist?

Tatsächlich sind das wirkliche Problem der meisten Krisenländer nicht die Schulden der Staaten, sondern der privaten Banken, der Unternehmen und der privaten Haushalte. Die haben sich bis zur Krise zu stark im Ausland verschuldet. Dabei haben die Kreditgeber aus den nördlichen Euroländern mit der Kreditvergabe gute Geschäfte gemacht. In der Krise hat sich plötzlich herausgestellt, dass viele Schulden nicht mehr bedient werden konnten. Um Bankenkrisen zu verhindern, sind die Staaten eingesprungen, was die Schulden aller Eurostaaten stark erhöht hat. Die seit der Krise explodierende Staatsschuld ist damit nicht die Ursache, sondern das Ergebnis der Finanzkrise. Der Fiskalpakt setzt also genau an der falschen Seite des Problems an. Seine konsequente Anwendung wird den Euro vor eine Zerreißprobe stellen, die Staatsschulden aber gerade nicht verringern.

Die harte Sparpolitik in den Krisenländern ist der beste Beweis dafür. In Griechenland wird ein drastisches Sparprogramm nach dem anderen aufgelegt, die Schuldenquote ist aber trotz einer historisch fast einmaligen Sparpolitik geradezu explodiert. Zwischen dem Euroeintritt Griechenlands 2001 und dem Krisenjahr 2008 ist sie nur um zehn Prozentpunkte von 103 Prozent auf 113 Prozent gestiegen. Nach vier Jahren Sparen ist sie aber um knapp 40 Prozentpunkte auf 160 Prozent Ende 2011 gestiegen! Die überharte Sparpolitik hat die Krise krass verschärft, Wachstum und damit Steuereinnahmen sind eingebrochen, was die Schuldenquote nach oben gejagt hat. Den Preis muss die griechische Unter- und Mittelschicht zahlen: Griechenland verzeichnet eine Rekordarbeitslosigkeit, die Armut steigt massiv an und das politische System steht vor dem Zusammenbruch. Das Gleiche spielt sich in Spanien, Irland und Portugal ab. Wird der Fiskalpakt tatsächlich auf alle EU-Staaten angewandt, wird das die gesamte Euroraumwirtschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa hart treffen – nicht zuletzt Deutschlands Exportwirtschaft. Der Fiskalpakt wird zum Sprengsatz für die europäische Einigung. ■

Debatte: Fiskalpakt – Von einer Lösung weit entfernt!

von Carsten Sieling

Nach einer kurzen Beruhigungsphase auf den Finanzmärkten scheint die Spekulation mit steigenden Risikoprämien auf Staatsanleihen wieder loszugehen. Auf der jüngsten Bondmarktauktion konnte Spanien seine Anleihe mit einer Laufzeit bis 2020 nur noch zu einer Rendite von weit über 5 Prozent unterbringen. Auch für Italien stiegen die Zinsen gegenüber den letzten vergleichbaren Auktionen deutlich an. Das Muster ist bekannt und es wäre nicht das erste Mal, dass sich die Märkte erst wieder durch eine Intervention der EZB am Sekundärmarkt beruhigen.

Die naive Hoffnung, erst die Risiken der Spekulanten durch massive Rettungsaktionen dem Steuerzahler aufzuladen und sich dann aus den angehäuften Schuldenbergen einfach wieder herauszusparen, ist gründlich gescheitert: Denn der Grad zwischen Sparbemühungen und der Gefährdung der Konjunkturerholung ist hauchdünn und in den südeuropäischen Mitgliedsstaaten längst überschritten. Die nüchterne Bilanz der andauernden Konsolidierungsrhetorik ist zwar folgerichtig, aber dennoch erschreckend: Steigende Arbeitslosenquoten und eine sich verschärfende Rezession, gepaart mit einer politisch und gesellschaftlich aufgeheizten Stimmung.

Da mutet es schon etwas grotesk an, wenn die Bundesregierung die Ratifizierung des Fiskalpaktes nun zur Staatsräson erklärt, als hätte eben jene einseitige Austeritätspolitik der letzten Jahre die Probleme lösen können. Tatsächlich ist das, was Frau Merkel als Meilenstein in der Geschichte der EU anpreist, lediglich unvollständiges Stückwerk und für sich genommen ökonomisch kurzsichtig, europapolitisch kontraproduktiv und juristisch sogar fragwürdig.

Machen wir uns nichts vor: Der Fiskalpakt adressiert die Ursachen der Krise in falscher

Dr. Carsten Sieling ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied des Finanzausschusses.

Foto: © spdfraktion.de

Weise. Weder wird er verhindern, dass überschuldete Finanzmarktakteure erneut auf Kosten einer steigenden Staatsverschuldung gerettet werden müssen. Noch berücksichtigt er die Einnahmeseite, die zu einem wirklichen Fiskalvertrag notwendigerweise dazugehört. Es liegt daher vor allem an der SPD, sich für eine echte Stabilisierung des Euroraums einzusetzen.

Der politische Spielraum sollte dabei vor allem genutzt werden, um den bisher eingeschlagenen, einseitigen Reformkurs stärker anhand der tatsächlichen Krisenursachen auszurichten. Dies impliziert einerseits eine wirksame Regulierung des Finanzkasinos und eine gerechte Steuerpolitik. Andererseits die Gewährleistung einer europaweiten, stabilen Nachfrageperspektive.

Die Finanztransaktionssteuer ist hierbei ein wichtiges Instrument. Denn durch ihre Lenkungswirkung hat sie einerseits die Krisenursachen im Blick. Andererseits stärkt sie die Einnahmeseite der Staaten. Dies ist unbedingt notwendig, um die Krisenkosten nachhaltig abzubauen und gleichzeitig die Grundlage für die notwendigen Zukunftsinvestitionen und zur Bekämpfung von Armut sicherzustellen. Die Anhänger einer marktkonformen Demokratie mögen die Notwendigkeit dieses Dreiklangs weiter negieren. Doch nur wer Regulierung und Wachstum bei allen Konsolidierungsanstrengungen mitdenkt, kann seiner staatspolitischen Verantwortung wirklich nachkommen. ■

„Rio+20 wird ein Gipfel der Beliebigkeit“

Dr. Achim Brunnengräber ist Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

Foto: privat

Interview mit Achim Brunnengräber

spw: Im Juni diesen Jahres wird der Rio 20+ Kongress der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung stattfinden und soll 20 Jahre nach der bedeutsamen Konferenz von 1992 die großen Fragen globaler Umwelt und Entwicklung thematisieren und eine Zwischenbilanz ziehen. Konnten mit dem Paradigma „nachhaltiger Entwicklung“ Erfolge in der Bewältigung sozialer, ökonomischer und ökologischer Problemlagen erzielt werden?

A.B.: Der gute Geist von Rio 1992 war von Hoffnungen auf die Friedensdividende, die Lösung drängender globaler Probleme und die internationale Kooperation geprägt. Das sollte im Konzept einer global governance politisch-strategisch – nicht zuletzt durch die Reformierung und Neuschaffung internationaler Institutionen – auch umgesetzt werden. Die damals geäußerten Hoffnungen auf eine neue Weltwirtschafts-, Weltfinanz-, Weltentwicklungs- oder Weltumweltordnung wurden aber enttäuscht. Auch die Bilanz der Millennium Development Goals (MDG), die im Jahr 2000 von der UN beschlossen wurde, ist mehr als dürftig. Die 1992 in Rio verabschiedete Konvention zum Schutz der Biodiversität hat es nicht verhindern können, dass der Raubbau an der Natur voranschreitet. Und auch das umweltpolitische Vorzeigeregime der UN zum Klimaschutz erlebte in Kopenhagen, Cancún und Durban ein einziges Desaster: es wurde nur vertagt, nicht gehandelt. Nach der Veröffentlichung des Stern-Reports und des Films „An inconvinient truth“ von Al Gore stand die Klimakrise ganz hoch auf der nationalen wie internationalen Agenda. Das aber war vor der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise.

Rio+20 findet zu einer Zeit statt, in der diese Krisen aber omnipräsent sind. Diskussionen wie in den 1990er Jahren, dem Jahrzehnt der UN-Weltkonferenzen, finden nicht mehr statt. Die umweltpolitischen Themen, so dringlich sie auch sein mögen, werden den *soft issues* zugeordnet und von der Krise des Marktes verdrängt. Die Ursachen des Klimawandels sind aber alles andere als beseitigt. Im Jahr 2010 werden so viele Emissionen freigesetzt wie nie zuvor und erstmals seit der Jahrtausendwende steigen die Emissionen der G20 stärker als das Wirtschaftswachstum. Selbst in der EU, die sich als Klimavorreiter präsentiert, steigen die Emissionen im Jahr 2010 um 1,9 Prozent an und damit noch schneller als das BIP, das um 1,8 Prozent zulegte. Die Kyoto-Instrumente verfehlen ganz offensichtlich ihre Wirkung.

Hingegen scheinen andere Entwicklungen auch die kleinsten Fortschritte der vergangenen Jahre im sozialen und ökologischen Bereich zunichte zu machen. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass der steigende Energiebedarf der Industrie- und Schwellenländer die Ernährungskrise verschärft. Denn es werden im großen Stil aus Nahrungsmitteln Treibstoffe hergestellt, um die individualisier-

ten Mobilitätsbedürfnisse der globalen Mittel- und Oberschichten zu befriedigen. Agrotreibstoffe führen aber nicht nur zu Konflikten zwischen Teller und Tank, sondern vielerorts zu einer beschleunigten Zerstörung der Regenwälder mit allen damit verbundenen sozialen und ökologischen Folgen. Klima- und Umweltschutz in den Industrieländern geht außerdem mit der Verlagerung von besonders umweltschädlichen Produktionsprozessen in die Entwicklungs- und Schwellenländer einher. Die viel gepriesene *green economy* im globalen Norden wird im globalen Süden zur dirty economy. Hierin zeigt sich auf dramatische Weise der multiple Charakter der Krise, also das Ineinandergreifen von Klima-, Energie-, Ernährungs-, Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Die Zusammenhänge aber werden kaum beachtet.

spw: Mit den populären Ideen einer *Green economy* und eines Green New Deal scheint sich der Diskurs in den letzten Jahren von der Annahme von Grenzen des Wachstums zu Gunsten einer Verbindung von Wachstum und Nachhaltigkeit verschoben zu haben. Wie stellt sich Ihnen der Diskurs dar und wie bewerten Sie ihn?

A.B.: Die Diskursmacht einer *green economy* darf nicht unterschätzt werden. Aus der multiplen Krise wird ein erhöhter Handlungsdruck abgeleitet und die Konzepte einer *green economy* werden als Krisenbewältigungsstrategien angepriesen. Aber mit welcher Botschaft? Die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie wird als möglich erachtet. Die Debatten in den 1970er Jahren um die Grenzen des Wachstums und in den 1990er Jahren zur nachhaltigen Entwicklung werden zu green growth, zu grünem Wachstum. So wird die Krise zur Erneuerung des Wirtschaftssystems umdeklariert, ohne dass sich in der Substanz viel ändert.

Einige Anzeichen dafür gibt es zwar. Der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet, wenn auch von niedrigem Niveau aus, weltweit voran, der Markt für Umwelttechnologien boomt, rund um den Globus entstehen green jobs oder neue Mobilitätskonzepte werden erprobt. Darin sieht der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltfragen (WBGU 2011) bereits Anzeichen einer *great transformation*. Aber die Einschätzung, dass eine *green economy* schon im Entstehen begriffen ist, erscheint mir zu optimistisch.

Geht es nicht gerade wieder in die umgekehrte Richtung? Krisenbedingt wird die Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland oder Spanien wieder zurückgefahren. Der Ausbau der Stromnetze stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Beimischungsquote der EU für Agrotreibstoffe führt zu den oben beschriebenen sozialen Verwerfungen. Die geostrategischen Spannungen nehmen auf Grund der Begrenztheit und der hohen Kosten der fossilen Energien extrem zu. Gleichzeitig wird es auf Grund der hohen Spritpreise immer profitabler, den Abbau der klimaschädlichen Teersande in Kanada oder Tiefseebohrungen zur Gewinnung neuer Ölreserven zu finanzieren. Der globalisierte imperiale *way of life,* der mit dem herrschenden Wirtschaftssystem möglich scheint, wird unter allen Umständen fortgeschrieben.

Eine *great transformation* ist aber nicht lediglich eine Steuerungsaufgabe oder ein Governance-Problem, die durch eine ökologische Modernisierung, also größere Energieeffizienz, marktwirtschaftliche Instrumente oder technologische Innovationen ausgelöst werden kann. Wie schwierig dies ist und welche Beharrungskräfte gegen diese Entwicklung agieren, zeigt die Energiewende, die nicht in Gang kommen will. Karl Polany beschrieb die große Transformation als Übergang von den feudal geprägten Gesellschaften hin zu den kapitalistischen Industriegesellschaften. Sie müsste demnach mit einem tief greifenden Wandel der (imperialen) Lebens- und Produktionsweise einhergehen. Transnationale

soziale Kämpfe und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen um Produktions- und Lebensweisen im Übergang vom fossilistischen zum nachhaltigen Entwicklungspfad wären dann zentraler Bestandteil einer *great transformation*.

spw: Welche Beschlüsse erwarten Sie von Rio 20+? Welche Verbindlichkeit und politische Orientierungskraft versprechen Sie sich von der diesjährigen Konferenz?

A.B.: Rio+20 wird ein Gipfel der Beliebigkeit. Wege aus der multiplen Krise wird er nicht aufzeigen können. Dafür bleiben die bisher vorgelegten Entwürfe der Abschlusserklärung zu vage. Die *green economy* wird als *decision-making framework* definiert. Sie hat das Ziel, grüne Jobs und win win-Lösungen zu ermöglichen. Neue Handelsbarrieren aber sollen nicht aufgebaut werden. Vor allem aber bleiben bestehende Interessengegensätze, Macht- und Konkurrenzverhältnisse und Konflikte, die sich gerade in Krisenzeiten deutlich artikulieren, unberücksichtigt. Es ist doch offensichtlich, dass viele Vorstellungen der Nationalstaaten, die sich im globalen Wettbewerb positionieren müssen, auseinander laufen: zu unterschiedlich sind die Vorstellungen darüber, welche Bedeutung staatlicher Steuerung im Verhältnis zu den Marktkräften eingeräumt wird, welche Rolle die Privatwirtschaft spielen soll oder welche ordnungspolitischen oder marktwirtschaftlichen Instrumente die *great transformation* anregen sollen. Dennoch könnte die *green economy* zum Leitgedanken mit einiger Ausstrahlungskraft werden; aber nicht entsprechend einer anspruchsvollen nachhaltigen Entwicklung, sondern für eine diskursive Krisenentschärfung und zur Schaffung neuer profitabler Märkte. Die Krisenursachen sind dann schnell vergessen.

Eine *green economy* wird den wirtschaftlichen Interessen entsprechend interpretiert, noch ehe eine – ja durchaus notwendige – gesellschaftlich und global ausgerichtete Generaldebatte hätte ausgelöst werden können. Das ist im Vorfeld von Rio plus 20 gar nicht gewollt. Im Vorbereitungsprozess werden Widersprüchlichkeiten zwischen Ökonomie, Sozialem und Ökologie nicht thematisiert, das haben solche globalen Großereignisse noch nie getan; es überwiegt der appellative Charakter. Letztendlich soll jede nationale Regierung entscheiden, welche Maßnahmen zu einer *green economy* führen sollen. Doch die Aufmerksamkeit und Handlungsspielraum für soziale und ökologische Probleme ist besonders in Krisenzeiten bekanntlich gering. Nicht die Lösung globaler Menschheitsprobleme, wie es der Leitgedanke vor 20 Jahren in Rio war, bewegt zum Handeln, sondern die Frage, wie neues Wachstum generiert werden kann, um die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise bewältigen zu können. Die multiple Krise hat doch längst ihren Schatten über Rio+20 geworfen. ■

Das Interview führte Michael Reschke.

Die Dreieinigkeit der Metall-Tarifrunde

von Uwe Meinhardt

Uwe Meinhardt ist 1. Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart und Mitglied des IG Metall Vorstands.

Foto: © Martin Storz/GRAFFITI

Die Metallindustrie befindet sich am Beginn einer vermutlich sehr ernsthaften Tarifauseinandersetzung. Obwohl sich Auslastung und Ertrag der meisten Unternehmen der Branche wieder auf Vorkrisenniveau befinden und die angekündigte Rezession in 2012 schlicht nicht stattfindet, mauern die Arbeitgeberverbände insbesondere bei den qualitativen Forderungen der IG Metall. Worum es genau geht, soll am Beispiel des traditionellen Pilotbezirks Baden-Württemberg aufgezeigt werden. Die IG Metall hat sich nach intensiver Debatte mit ihren Mitgliedern und Funktionären in großer Einmütigkeit auf eine „Dreieinigkeit" von Forderungen festgelegt:

1. Die Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 6,5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

2. Die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und der Dual Studierenden sowie die Verbesserung des Ausbildungszugangs für benachteiligte Jugendliche.

3. Regelungen zur Ausweitung der Rechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leihbeschäftigten in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie. Dies beinhaltet insbesondere ein wirksames Zustimmungsverweigerungsrecht, das durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung ausgeübt werden kann.

Zu den Forderungen im Einzelnen:

Erstens: Die Entgeltforderung beruht ganz traditionell auf der für 2012 erwarteten gesamtwirtschaftlichen Produktivitäts- und Inflationsentwicklung sowie einer politisch begründeten Umverteilungskomponente.

Angesichts der unerwartet guten Entwicklung im letzten Jahr ist in dieser Tarifrunde ein „Blick in den Rückspiegel" angebracht: Denn die 2,7 Prozent Tariferhöhung für 2011 wurden bereits im Frühjahr 2010 vereinbart, zu einem Zeitpunkt also, da niemand ernsthaft mit einer schnellen Erholung gerechnet hatte. Die Beschäftigten haben in zweifacher Weise wesentlich dazu beigetragen. Zum einen in Form von Einkommenseinbußen durch die massive Anwendung von Kurzarbeit während der Krise und zum anderen durch enorme Arbeitsbelastung in Form von Mehrarbeit, Sonderschichten und Arbeitsverdichtung während des Aufschwungs. Betrachtet man in dieser historischen Ausnahmesituation die Differenz von erwarteter und tatsächlicher gesamtwirtschaftlicher Produktivität, ergibt sich daraus ein struktureller Korrekturbedarf des verteilungsneutralen Spielraums.

Hinzu kommt, dass die Nettoumsatzrendite 2011 branchendurchschnittlich bei 4,2 Prozent lag, was den zweithöchsten Wert seit der deutschen Vereinigung bedeutet. Diese stark exportorientierte Branche hat genug Geld, um mit einer entsprechenden Umverteilung einen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und damit auch zur Stabilisierung der Binnenkonjunktur zu leisten. Letzteres ist angesichts der außenwirtschaftlichen Un-

gleichgewichte dringend geboten und sollte im wohl verstandenen Eigeninteresse der Unternehmen selbst liegen.

Zweitens: Angesichts der Krise 1993/1994 wurde im Beschäftigungssicherungstarifvertrag 1994 vereinbart, dass Ausgebildete grundsätzlich mindestens 12 Monate übernommen werden. Dies war – von beiden Seiten – keineswegs als grundsätzliche Abkehr vom Prinzip der unbefristeten Übernahme gedacht. Es ging lediglich darum, den Ausgebildeten in der Wirtschaftskrise eine sozialversicherungsrechtliche Mindestabsicherung und den Anspruch auf Arbeitslosengeld abzusichern.

In den Folgejahren haben dann die Arbeitgeber völlig unabhängig von der Konjunktur das Ergebnis dieser Notoperation zunehmend zum neuen Schönheitsideal erklärt. So übernehmen aktuell in Baden-Württemberg trotz allen Lamentierens über angeblichen Facharbeitermangel nur 35 Prozent der Betriebe die Ausgebildeten überwiegend unbefristet, während fast zwei Drittel der Betriebe ein weiteres „Bewährungsjahr" sowie die alleinige Entscheidung des Patrons über Sein oder nicht Sein zum Prinzip erhoben haben.

Zwar sehen die Werte hinsichtlich der Anzahl der übernommenen Ausgebildeten besser aus – immerhin 55 Prozent der Ausgebildeten werden im Südwesten unmittelbar unbefristet übernommen. Doch liegt dies ausschließlich daran, dass in den gewerkschaftlich gut organisierten Großbetrieben der Automobilindustrie betriebliche Regelungen durchgesetzt werden konnten.

Es ist an der Zeit und für die Unternehmen auch leistbar, den Ausgebildeten unmittelbar nach der Ausbildung die Chance für Planungs- und damit Zukunftssicherheit zu eröffnen. Dies umso mehr, als die Forderung der IG Metall drei Ausnahmen zum Überforderungsschutz der Unternehmen vorsieht:

- Betriebe, die nach gemeinsamer Einschätzung von Geschäftsführung und Betriebsrat über Bedarf ausbilden, müssen nur die tatsächlich benötigten Ausgebildeten unbefristet übernehmen.
- Falls zum Zeitpunkt der Übernahme Beschäftigungsprobleme im Betrieb bestehen, kann auch befristet übernommen werden.
- In begründeten Einzelfällen kann mit Zustimmung des Betriebsrats personenbedingt von der unbefristeten Übernahme abgesehen werden.

Drittens: Die dritte, ebenfalls gleichwertige Forderung bezieht sich auf die Einschränkung des Missbrauchs von Leiharbeit. Es gibt mittlerweile in Deutschland ca. eine Million Leihbeschäftigte, über 300.000 davon in der Metallindustrie. Das zentrale Argument zur gesetzlichen Deregulierung unter Bundeskanzler Schröder, Leiharbeit wäre der vorübergehende Einstiegspreis für ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis, hat sich dramatisch an der Wirklichkeit blamiert. Tatsächlich gelingt nur 7 Prozent der aus Arbeitslosigkeit in Leiharbeit (zwangs-)vermittelten Beschäftigten der Umstieg in ein festes Arbeitsverhältnis. Da aber alle LeiharbeitnehmerInnen von diesem Umstieg träumen, sind sie bereit, alles dafür zu tun, was von vielen Arbeitgebern in geradezu erniedrigender Art und Weise missbraucht wird.

Im Aufschwung seit Mitte 2010 wurden in Baden-Württemberg 43 Prozent des zusätzlichen Personalbedarfs durch LeiharbeitnehmerInnen abgedeckt. Wie wenig dies mit dem berühmten „vorübergehenden" Bedarf bei Auftragsspitzen zu tun hat, zeigt sich darin, dass mittlerweile rund 40 Prozent der LeiharbeitnehmerInnen länger als 12 Monate im Betrieb arbeiten. Da die Auftragssituation weiterhin gut ist, planen zwei Drittel der Betriebe mit der gleichen oder einer

höheren Anzahl von Leihbeschäftigten. Nach vorsichtigen Schätzungen der Betriebsräte werden 28 Prozent der Leihbeschäftigten auf Stammarbeitsplätzen eingesetzt, Tendenz steigend. Ganz abgesehen von den persönlichen Dramen, die sich zu tausenden abspielen, wenn der Einsatz dieser Menschen im Entleihbetrieb beendet wird – wenn sie, so der Fachbegriff „abgemeldet" werden – machen diese Zahlen zwei Punkte deutlich:

Zum einen kann der skandalöse Umgang mit Menschen in Leiharbeit nicht durch einen Tarifvertrag allein beendet werden. Dazu bedarf es einer gesetzlichen Re-Regulierung, die die aktuelle Bundesregierung strikt verweigert und an der jede künftige Regierung zu messen sein wird.

Zum anderen aber ist die IG Metall in der Pflicht, in ihrem Organisationsbereich dafür zu kämpfen, dass Menschen nicht als Arbeitnehmer zweiter Klasse für Extraprofite der Unternehmen missbraucht werden. Wenn es gelingt, mittels eines tariflichen Zustimmungsverweigerungsrechts der Betriebsräte, den oben genannten 28 Prozent von Leihbeschäftigten auf Stammarbeitsplätzen zu einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis zu verhelfen, wäre bereits einiges gewonnen.

Neben diesen Forderungen in den Flächentarifverhandlungen verhandelt die IG Metall zur Zeit auf zentraler Ebene mit den Leiharbeitsverbänden iGZ und BAP über einen Branchenzuschlag für Leihbeschäftigte, die in Metall-Betrieben eingesetzt werden. Das Ziel ist dabei ein tariflicher Doppelschlag:

Einerseits durch ein tarifliches Zustimmungsverweigerungsrecht der Betriebsräte Leiharbeit in Stammbeschäftigung umzuwandeln und andererseits überall dort, wo dieses Hauptziel nicht erreicht werden kann, zumindest einen Branchenzuschlag durchzusetzen. Da auch mit einem solchen Zuschlag der Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit" vermutlich nicht erreicht wird, muss es weiterhin die Möglichkeit geben, in den Entleihbetrieben betriebliche „equal pay" Regelungen zu vereinbaren.

Politische Bedeutung der „Dreieinigkeit"

Es verwundert nicht wirklich, dass die Arbeitgeber bei den qualitativen Forderungen der IG Metall trotz fehlender Argumente bislang keinerlei Bewegung erkennen lassen, schließlich geht es dabei um Machtfragen im Betrieb. Sie vertreten bislang einen glasklaren „Herr im Hause"-Standpunkt: Wer in meinem Betrieb einen unbefristeten Arbeitsvertrag bekommt, ob aus der Leiharbeit heraus oder nach der Ausbildung, entscheide ich, der Unternehmer und sonst niemand, schon gar kein Tarifvertrag.

Andererseits meinen die Metallerinnen und Metaller diese Forderungen bitterernst, daher auch der Begriff „Dreieinigkeit", der bewusst gewählt wurde, um den hohen moralischen Gehalt der Forderung zu unterstreichen.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als den „säkularen Trend zur Prekarisierung von Arbeit" (Berthold Huber) im ureigendsten Gestaltungsbereich der IG Metall, im Tarifvertrag, Einhalt zu gebieten.

Oder, um es mit den Worten des tschechischen Ökonomen Thomas Sedlacek – Präsidentenberater während der Amtszeit von Vaclav Havel – zu formulieren: „In der Ökonomie geht es um Gut und Böse. Es geht um Menschen, die Menschen Geschichten über andere Menschen erzählen." Die IG Metall erzählt in dieser Tarifrunde den Menschen in Deutschland die Geschichte von Menschen in prekärer Arbeit – und dass wir dies ändern wollen, weil es nicht gut ist. ■

Neue Weltordnung – Nordafrika und Naher Osten

Einleitung zum Schwerpunkt

von Thilo Scholle, Kai Burmeister und Michael Reschke

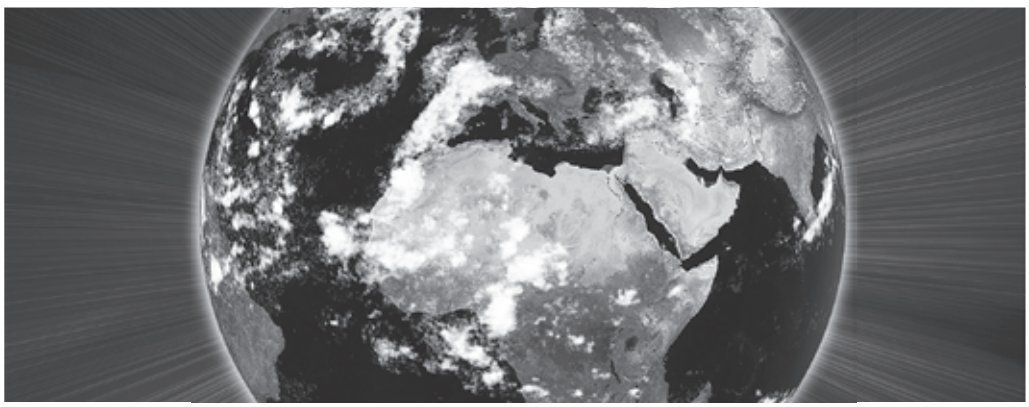


Foto: www.fotolia.com, © Stasys Eidiejus, suzannmeer

Die schon beinahe ikonographischen Bilder der Ereignisse sind präsent: Die Aufstände in Tunesien infolge der Selbstverbrennung des jungen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi, die Protestierenden auf dem Kairoer Tahrir-Platz, die Bilder des gestürzten ägyptischen Präsidenten Mubarak vor Gericht, die immer weiter vorrückenden Rebellen in Libyen und nicht zuletzt das zerstörte Homs in den anhaltenden Auseinandersetzungen in Syrien bleiben im Gedächtnis haften.

Wenige Entwicklungen der letzten Jahre haben die internationale Öffentlichkeit so überrascht wie die Ereignisse in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens seit Anfang letzten Jahres. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Regime der jeweiligen Länder zwar als repressiv bis hin zu diktatorisch, dafür aber als ausgesprochen stabil wahrgenommen. „Der Westen" arrangierte sich angesichts der Ölvorkommen, befürchteter Migrationsströme und aus sicherheitspolitischer Sorge vor weiteren globalen Unruheherden mit ihnen oder nutzte Diktaturen wie die in Libyen beispielsweise auch zur Erweiterung der europäischen Konzepte von Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer. Mit gesellschaftlicher Dynamik bis hin zu anhaltenden Protesten und Aufständen der Bevölkerung rechnete offensichtlich kaum jemand.

Zu fehlen schienen sowohl politische Träger für gesellschaftliche Veränderungen wie auch die ernsthafte Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung für politische Alternativen. Eine Rolle bei dieser Wahrnehmung mag auch gespielt haben, dass in den meisten der angesprochenen Länder islamische oder islamistische Parteien eine maßgebliche Rolle innerhalb der Opposition spielten. An dieser Stelle ist „dem Westen" der oft von Vorurteilen geprägte öffentliche Diskurs über „den" Islam und seine „Demokratieunfähigkeit" selbst auf die Füße gefallen, da viele sich demokratische Bewegungen in muslimisch geprägten Ländern schlicht nicht vorstellen konnten. So entfiel oftmals der differenzierte Blick auf die jeweiligen Oppositionslandschaften.

Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen

Festzustellen ist aber zugleich und vor allem eine große Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen. Dies gilt sowohl zwischen den Staaten als

auch innerhalb der Staaten selbst: anhaltenden Auseinandersetzungen in Syrien stehen einerseits erste freie Wahlen in Tunesien oder Ägypten, aber andererseits auch die Stabilität hergebrachter autokratischer Regime wie dem in Marokko gegenüber.

Dies kann eigentlich nicht überraschen, reicht doch der geographische Bogen der Protestbewegungen je nach Lesart von der West-Sahara an der afrikanischen Atlantikküste bis in den Jemen am äußeren Ende der arabischen Halbinsel. Hinzu kommt eine große Spreizung der Entwicklungen in den entsprechenden Ländern entlang regionaler, religiöser, aber auch soziokultureller Linien.

So lassen sich in Bezug auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gut ein Jahr nach Beginn der Ereignisse auch sehr unterschiedliche Beobachtungen machen: Die bisherigen Eliten sind zum großen Teil noch auf ihren Positionen, ausgetauscht wurden nur die obersten Staatsspitzen. Auch hinsichtlich der Demokratisierungsprozesse ist Unterschiedliches zu beobachten. Während in Tunesien eine demokratische Transformation der Institutionen auf dem Weg zu sein scheint, ist beispielsweise Ägypten davon immer noch weit entfernt. Im Gegenteil, auf eine vielleicht subtilere und weniger durch eine einzige Person an der Spitze symbolisierte Art und Weise scheint in Ägypten das Militär seine Macht letztlich sogar konsolidiert zu haben. Doch auch in Tunesien bleibt abzuwarten, ob sich die islamistischen Parteien tatsächlich in ein säkular verfasstes Verfassungskonzept einbinden lassen. Die Auseinandersetzungen um den Stellenwert beispielsweise von Frauenrechten in den letzten Wochen zeigen, dass diese Frage noch offen ist.

Eine eindeutige Einschätzung fällt nach nur einem Jahr seit Beginn des arabischen Frühlings mehr als schwer. Ein genauerer Blick auf einzelne Länder ist unverzichtbar, gleichzeitig drängen sich bei allem grundsätzlichen Wohlwollen gegenüber der arabischen Revolutionswelle ernste Fragen nach Fortschritten, Dauerhaftigkeit und der Gesamtentwicklung in dieser geographischen Region auf: Inwiefern kann von einer grundlegenden Veränderung „des“ arabischen Raums gesprochen werden und lassen sich verbindende Muster in den Protesten und Aufständen identifizieren?

Auch die Erfolgsbilanz ist sehr unterschiedlich: Trotz des großen Einsatzes der Menschen in der von Marokko besetzten West-Sahara ist die vereinbarte Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des Staates zu Marokko bzw. über die Unabhängigkeit der Region noch nicht geschehen. In Marokko selbst kam es zwar zu vereinzelten Protesten, zu einer wirklichen Massenbewegung jedoch nicht. Ähnlich erscheint die Lage in Algerien, auch wenn das Land hier insgesamt instabiler zu sein scheint. Wirklich nachhaltige Wirkung hatten die Proteste demgegenüber nur in Tunesien und Ägypten: In beiden Ländern mussten die Diktatoren schließlich abdanken, es erfolgten freie Wahlen, und Prozesse zur Überarbeitung der Verfassung kamen in Gang.

Anders dagegen die Ausgangslage in Libyen: Die friedlichen Proteste sind schnell in militärischen Widerstand umgeschlagen, der begleitet von Nato-Kampfflugzeugen zum vermeintlich schnellen Erfolg führte. Aktuell zeigt sich an den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Regionalmilizen, dass auf Seiten der „Revolution“ längst nicht nur an Demokratie und Menschenrechten orientierte Gruppen teilnahmen. Ähnliches scheint sich auch in Syrien anzudeuten.

Ein Aufstand in Bahrain wurde schnell mithilfe saudi-arabischer Truppen erstickt, während es in Saudi-Arabien und den anderen Golfstaaten ruhig blieb. Ausnahme bleibt der Jemen, auch wenn hier mit dem Wechsel im Präsidentenamt innerhalb der bisherigen Elite keine Erweiterung der demokratischen Möglichkeiten zustande gekommen ist.

Kurzum: Der Frühling in den arabischen Staaten trägt sehr unterschiedliche Farben.

Gemischte Bilanz zum „Jahrestag“

Wenn am ersten „Jahrestag“ die Bilanz in den hiesigen Medien eher ernüchternd bis zurückhaltend ausfällt, so lohnt an dieser Stelle die Feststellung, dass bei einer klassischen Bewertung von Revolutionen und revolutionären Potenzialen ebenso ihre Gegenkräfte in den Blick zu nehmen sind. Neben innerstaatlichen Kräften fällt auf, dass der „arabische Frühling“ an Saudi-Arabien vorbei gezogen ist, und die Saudis als wichtigste Regionalmacht sicher auch keine weitere Demokratisierung in der Region befördert haben. Eher das Gegenteil ist der Fall. Ihnen wird in den weiteren Entwicklungen in der Region eine Schlüsselrolle zu fallen.

Ebenso wenig haben sich die USA und die EU als Demokratie und Menschenrechte fördernde Akteure in den letzten Jahrzehnten in der Region präsentiert. Das geopolitische Interesse des Westens lag und liegt in erster Linie im Schutz vor Terrorgefahren und Flüchtlingszuströmen sowie in einem sicheren Zugang zu den reichhaltigen Ölvorkommen in der Region. Die unterstützenden Worte der EU-Politik nach "Mehr Demokratie" gehörten in den Bereich der politischen Reden und blieben so zumindest doppelzüngig. Ob angesichts dieser Bilanz oder im Kontext des Libyen-Einsatzes: Die Frage nach der zukünftigen Rolle der internationalen Gemeinschaft in diesen Ländern bleibt unbeantwortet. Noch bis vor einigen Jahren fand vor allem im angelsächsischen Sprachraum eine Diskussion über geopolitische Ordnungspolitik in einem „Greater Middle East“, der von Marokko bis nach Pakistan reichen sollte, und in dem sich die USA als zentrale Ordnungsmacht sahen, statt. Heute ist dieses Konzept kaum noch im Gespräch. Die europäische Mittelmeerunion wiederum demonstrierte ihre Sprachlosigkeit und -unfähigkeit im Umgang mit den arabischen Umbrüchen. Welche Akteure des Westens sich mit welchen mittel- und langfristigen Zielen wirkmächtig in der Region werden einbringen können, bleibt offen. Die Arabische Liga hingegen scheint gestärkt und emanzipiert aus dem letzten Jahr zu gehen.

Von einer Welle arabischer Revolutionen zu sprechen oder das Bild des „arabischen Frühlings“ euphorisch zu bemühen ist somit mindestens voreilig. Im Kern beobachten wir unabgeschlossene Revolutionen und Rebellionen – im Sinne eines Aufstands gegen die jeweils bestehende Ordnungsmacht –, die aber längst nicht alle arabischen Staaten erreicht und in Ländern mit Umbrüchen ihre belastbare Form noch nicht gefunden haben. Und so scheint es ein Jahr nach Beginn des „arabischen Frühlings“ mehr Fragen als Antworten zu geben:

Wie entwickelt sich die Diskussion über eine neue Verfassung in diesen Staaten und lässt sich eine Konsolidierung hin zu jungen Demokratien beobachten? Welche Profile und Entwicklungen weisen die sich auf den Islam als Handlungsleitlinie berufenen Parteien auf? Und aus linker Perspektive: Wie ist es um sozialistische und sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften – die als nahezu marginalisiert erscheinen – als Träger sozialer Veränderungen bestellt? Wird es gelingen neben politischen Freiheiten auch die materiellen Voraussetzungen einer Demokratie zu realisieren, um diese Freiheiten jenseits von Armut und Massenarbeitslosigkeit real leben zu können?

Beiträge des Schwerpunkts

Orientierung in einigen dieser Fragen sollen die Beiträge dieses spw-Schwerpunkts leisten. Dieser stellt den zweiten Schwerpunkt in der Reihe „Neue Weltordnung“ dar, die im letzten Jahr mit spw 185 zu Lateinamerika begann. Verbindende Linien der Regionalschwerpunkte Lateinamerika, Nordafrika bzw. Naher Osten und Asien sind Einschätzungen über Demokratiefortschritte, progressive Potenzialen und deren soziale Träger.

Sabine Kebir nimmt im eröffnenden Beitrag des Schwerpunktes die Region in Gänze in den Blick und gibt einen differenzierten Überblick über die politischen Prozesse in Ägypten, Tunesien, Bahrain, Libyen, Jemen und Syrien. Darüber hinaus problematisiert sie die strategischen Interessen und inneren Probleme der hegemonialen Regionalmacht Saudi-Arabien. Sie wirbt für einen differenzierten Blick auf die islamischen Parteien und Bewegungen, und erklärt ihre Wahlerfolge insbesondere mit der krisenhaften sozialen Lage in den Ländern der Region und mit der nicht-staatlichen Organisation der Armenfürsorge. Für *Sabine Kebir* stellt die Überwindung der ökonomischen Probleme und Notlagen die Bedingung für Laizismus und Demokratisierung in der Region dar.

Zwei Beiträge setzten sich mit der Rolle der ägyptischen Arbeiterschaft vor, während und nach den Ereignissen auf dem Kairoer Tahrir-Platz auseinander. Diese Schwerpunktsetzung mag zunächst überraschend erscheinen, dominierten doch in der Berichterstattung vor allem junge Aktivisten und Blogger das Bild der Aufständischen. *Irene Weipert-Fenner* und *Peter Senft* erweitern jedoch den Blick und geben fundierte Einschätzungen zur aktuellen Lage der Arbeitnehmerschaft und zu den Perspektiven freier Gewerkschaften.

Irene Weipert-Fenner kommt zu der Einschätzung, wonach die soziale Frage nach wie vor ungeklärt sei. Gleichwohl kommt sie zu einer durchaus optimistischen Prognose für die ägyptische Arbeiterschaft und deren Veränderungswillen. *Peter Senft* verweist zudem auf die Rolle deutscher Gewerkschaften in hiesigen Unternehmen, die auch in Ägypten tätig sind, und plädiert für praktische Solidarität beim Aufbau gewerkschaftlicher Arbeit in diesen Betrieben in Ägypten.

Jan Lichtwitz und *Hendrik Meyer* gehen in ihrem Beitrag „Geopolitik im Nahen und Mittleren Osten: Die Neuordnung von innen“ auf eben diese geopolitischen Interessenlagen ein. Die Autoren befürchten, dass Europa Gefahr läuft, „aus Angst vor Veränderungen eigene Handlungsoptionen unnötig einzuschränken und die Zeichen der Zeit zu verpassen“ und plädieren stattdessen dafür, Europas Rolle im Sinne einer aktiven und konstruktiven Friedenspolitik zu stärken.

Aus linker Perspektive ist in jedem Fall die Lehre zu ziehen, dass trotz aller möglichen materiellen Wohltaten und des Ausbaus von Sozialstaatlichkeit autoritäre Regime im Falle von Einschränkungen von Demokratie nicht toleriert werden dürfen. Der Kampf um demokratische und soziale Fortschritte ist eine dauernde Aufgabe, die unabhängig von säkularem oder religiösem Selbstverständnis der Akteure immer wieder ausgefochten werden muss.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, macht die langjährige Zugehörigkeit der Parteien von Tunesiens Ben Ali und Ägyptens Mubarak zur Sozialistischen Internationalen deutlich. Internationalismus muss der Befreiung und Emanzipation dienen und darf nicht zur Anerkennung und Stabilisierung autoritärer Regime führen.

Die politische Linke in Deutschland wird gut daran tun, Nordafrika und den Nahen Osten stärker in den Blick zu nehmen und den Dialog mit fortschrittlichen Kräften in der Region neu zu beginnen. Angesichts dieser unerledigten Aufgabe und der unterschiedlichen Signale des „arabischen Frühlings“ wird spw über diesen Schwerpunkt hinaus mit einzelnen Beiträgen in kommenden Heften diesem Defizit entgegenarbeiten und die Entwicklungen in der Region auch weiterhin begleiten. ■

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär, Mitglied der spw-Redaktion und wohnt in Stuttgart.

Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

Die arabischen Revolutionen in der Klemme

von Sabine Kebir

Foto: www.fotolia.com, © M. Schuppich

Dass der Westen von der tunesischen Revolution komplett überrascht war, wurde klar, als die französische Innenministerin Michèle Alliot-Marie dem Diktator Ben Ali noch wenige Tage vor seinem Sturz Unterstützung durch französische Sicherheitskräfte und -technik anbot. Sie selbst stürzte kurze Zeit später, nachdem bekannt wurde, dass sie und ihre Familie freundschaftliche und geschäftliche Kontakte zu Ben Ali unterhalten hatten. Frau Alliot-Marie war ein Bauernopfer, denn ihr Verhalten gegenüber dem tunesischen Präsidenten galt bis zu dessen Sturz ja keinesfalls als Fehler. Der Westen wünschte sich in seinen Diskursen zwar oft Demokratisierung in islamischen Ländern, pflegte aber mit gleicher Vehemenz Diskurse, wonach der Islam vom Wesen her demokratieunfähig sei. Von daher genügte es dann ja auch, dass Ben Ali in ökonomischen und militärischen Fragen ein loyaler Partner des Westens war, d. h., sich für sein Land mit der Rolle eines preiswerten und flexiblen Zulieferers zufrieden gab.

Tunesien und Ägypten: Wie beim Mauerfall – der Westen ahnt nichts

Ähnliches galt für Hosni Mubarak. Solange er seine Funktion bei der Abriegelung des Gaza-Streifens erfüllte, drohten ihm keine Sanktionen, egal mit welchen diktatorischen Mitteln – einschließlich massiver Wahlfälschung – er sein Land regierte. Er bekam sogar enorme Wirtschafts- und Militärhilfe. Auch im Falle Ägyptens hat sich der Westen erst spät klar gemacht, dass ein großer Teil der Menschen dieser beiden Länder ihre mageren Zukunftsaussichten nicht mehr hinnehmen wollte, die sich wegen der weltweit steigenden Lebensmittelpreise noch einmal zu verschlechtern begannen.

Den großen gewaltfreien Bürgerdemonstrationen in den Hauptstädten Tunis und Kairo waren Streiks und Proteste in Betrieben und vernachlässigten ländlichen Regionen vorausgegangen. Mit dem Ruf nach Demokratie wurde nicht nur eine grundlegende Änderung der formalen Verfasstheit des Staates gefordert, sondern auch eine grundlegende Verbesserung der Lebensverhältnisse der Mittel- und Unterschichten. Denn schon lange garantiert selbst eine gute Ausbildung nicht mehr, dass sich für junge Menschen eine individuelle Lebensperspektive eröffnet, d. h. dass sie eine Familie gründen können.

Mit Verspätung fing der Westen also an, die Umbrüche in Tunesien und Ägypten zu begrüßen. Nachdem jahrzehntelang die kulturelle Kluft beschworen worden war, die die Muslime von uns trennt, bemühte man sich jetzt auffallend, ein Gemeinsamkeitsmerkmal über Gebühr herauszustellen, nämlich die Bedeutung der neuesten Kommunikationsmittel für Zustandekommen und schnellen Erfolg der Demokratiebewegungen. Die Analyse ihres Entstehens und besonders ihrer sozialen Hintergründe geriet dabei kaum in den Blick, obwohl gerade damit weitere Gemeinsamkeiten mit Problemen junger Menschen auch in den USA und Europa deutlich zutage getreten wären. Auch sickerte nur allmählich durch, dass der Fernsehsender Al Djasira, der von Anfang an bis zu 24 Stunden life aus Tunesien und Ägypten berichtete, wesentlich mehr Menschen darüber informieren konnte, wo gerade Massenaktionen stattfanden.

Bahrain und Jemen: Revolutionen mit wenig Aussichten

Seit dem Sturz Mubaraks wurde ein Dominoeffekt, d. h. die Ausbreitung der Demokratierevolutionen in der arabisch-islamischen Welt prophezeit. Aber im Jubel über Ben Alis und Mubaraks Kapitulation, an der sich der Westen durch seine Kommunikationstechnik nun doch ein wenig beteiligt fühlen durfte, ging unter, dass die dritte Demokratiebewegung, nämlich die in Bahrain, durch Militärintervention der westlichen Stellvertretermacht Saudi Arabien schon im März 2011 brutal beendet wurde – wenn es auch bisher nicht gelang, sie ganz zu ersticken. Während sowohl in Tunesien als auch in Ägypten die Generalstäbe der Armee vor und nach dem Umbruch das militärische Bündnis mit den USA niemals in Frage stellten, könnte dieses in Bahrain durchaus in Gefahr geraten. In dem Inselstaat hatte die schiitische Mehrheit mehr Rechte gegenüber der regierenden sunnitischen Minderheit eingefordert. Auch eine nur formale Demokratisierung hätte in Bahrain womöglich eine Machtverschiebung zugunsten des Iran bewirkt. Gegen diesen muss aber gerade diese Insel als wichtigste militärische Bastion der USA in der Region dienen: Hier ist die 5. Flotte stationiert, die im Konfliktfall mit Teheran die Straße von Hormus freizuhalten hat.

Auch die durch Dominoeffekt im Jemen in Gang gekommene Demokratiebewegung kommt nicht recht von der Stelle. Die bis jetzt anhaltenden Proteste von Bürgern und Teilen des Militärs im Jemen haben zwar schließlich die Abdankung des seit über dreißig Jahren regierenden Ali Abdulla Saleh erreicht. Ob aber der nun eingeleitete Prozess, der über die Wahl einer demokratischen Verfassung zum Erfolg führen soll, das Land wirklich aus seiner großen Armut führen kann, ist ungewiss. Mehr Demokratie kann im Jemen auch den völligen Zerfall der Staatsmacht bedeuten, denn die ökonomische Macht liegt in Händen von feudalen Stammesclans. Auch der Südjemen, der eine sozialistische Erfahrung gemacht hat, zeigt bereits Abspaltungstendenzen.

Libyen und Syrien: Gewaltszenarien und Islamisten auf dem Vormarsch

Die nächsten Revolutionskandidaten waren Libyen und Syrien. Obwohl auch hier au-

tokratische Herrscher regierten, die Bürger viele Gründe tiefer Unzufriedenheit hatten und sich zweifellos auch nach Demokratisierung sehnten, sind die Unruhen hier nicht wie in Tunesien und Ägypten von innen heraus gereift, sondern wurden von den Aufständen dieser Länder inspiriert und massiv von außen unterstützt. Da sowohl das Regime Gaddafis als auch das Bashar al Assads noch über starke Anhängerschaften verfügte, nahmen die Konflikte in Libyen und Syrien schnell bürgerkriegsartigen Charakter an. In Libyen forderte der durch den Militäreinsatz des Westens ermöglichte Regimewechsel über 40.000 Tote. In Syrien, wo er noch nicht vollzogen ist, starben bis Ende März bereits 9.000 Menschen. Aber nicht allein deshalb, weil der Regimewechsel innerhalb eines Gewaltszenarios erzwungen werden soll, ist die Perspektive gerade dieser beiden Länder im Moment nicht günstig. Die wirklich am demokratischen Fortschritt im politischen und sozialen Sinne interessierten Kräfte sind zu wenig organisiert gewesen oder waren auf Regionen konzentriert. Die Gefahr von Bürgerkrieg und der anschließenden Machtergreifung durch extrem islamistische Kräfte ist sowohl in Libyen als auch in Syrien besonders groß. So wurde bereits bei der Siegesfeier in Libyen vom Führer der Übergangsrats Dschalil verkündet, dass die Polygamie für Männer wieder eingeführt, dass die gesamte Gesetzgebung des neuen Libyen nach den Grundsätzen der Scharia geändert werden solle.

Programmatisch vertreten das auch die durch die bisherigen Wahlprozesse als Sieger hervorgegangenen Islamisten in Tunesien und Ägypten. Aber besonders in Tunesien, das auf über ein halbes Jahrhundert Gleichberechtigung der Frauen zurückblickt, besteht Hoffnung, dass sich die – trotz Diktatur – herangereiften Potentiale der Zivilgesellschaft mit einigem Erfolg dagegen wehren werden. Im Unterschied zu Libyen und Tunesien galten in Ägypten auch unter Mubarak innerhalb der offiziellen Gesetzgebung auch Teile der Scharia. Und die jetzt aus den Wahlen als Sieger hervorgegangenen Muslimbrüder kontrollieren mindestens ein Drittel der ägyptischen Industrie und verfügten bereits vor der Revolution über unabhängige Kandidaten im Parlament. Aber auch in Ägypten existiert bereits seit Jahrzehnten eine immer stärker werdende Zivilgesellschaft, die die Frauenrechte als integralen Bestandteil jeder Demokratisierung betrachtet und die auch selbst viele Frauen zu ihren aktiven Mitgliedern zählt.

Dennoch darf die große Gefahr, die von Seiten der Islamisten für die Demokratiebewegungen ausgeht, nicht unterschätzt werden – wie es einzelne Medien hier bereits wieder praktizieren. Die Behauptung, dass Islam und Demokratie doch kompatibel seien, ist zwar richtig. Wer aber wirklich die Demokratiebewegungen in den islamischen Ländern unterstützen will, muss lernen, die demokratischen und die fundamentalistischen Strömungen innerhalb der Muslime sehr genau zu unterscheiden. Leider wird das dafür notwenige Grundlagenwissen kaum verbreitet.

Saudi Arabien auf dem Weg zur regionalen Großmacht

Die meisten kritischen EuropäerInnen und AmerikanerInnen glauben, dass es vor allem die Rohstoffinteressen des Westens und die dadurch ausgelösten Kriege und Bürgerkriege sind, die den gesellschaftlichen Fortschritt im islamischen Raum bremsen. Unterschätzt wird dabei die Rolle des mit dem Westen verbündeten Saudi Arabien und anderer Golfstaaten, die die Kräftebalance in vielen islamischen Gesellschaften oft stärker prägen als westlicher Einfluss. Längst geben sich diese Länder mit ihrem eigenen Öl- und Gasreichtum nicht zufrieden, sondern beuten – neben dem Westen – weltweit auch die Vorkommen anderer Länder aus. Sie sind genau so wenig wie der Westen daran interessiert, dass sich die jeweiligen Gesetze über den Anteil, der im

Land selbst verbleiben muss, zu Ungunsten der ausländischen Ölkonzerne vergrößert

Noch weniger bewusst ist sich die hiesige Öffentlichkeit aber über eine weitere wichtige Rolle der Golfstaaten: Um ihre auch in der islamisch-arabischen Welt unsympathisch wirkende demokratiefeindliche Feudalstruktur zu verschleiern, fließt ein Teil des Reichtums in Form von Almosen an bedürftige Glaubensbrüder weltweit. Ziel ist die Gewinnung der geistigen und politischen Hegemonie über lokale Formen des Islam, die sich aus der Vergangenheit tolerantere Strukturen bewahrt, bzw. an der Entwicklung der Moderne teilgenommen haben. Über Finanzspitzen an die jeweiligen religiösen Assoziationen wird seit Jahrzehnten nicht nur der Bau prächtiger Moscheen weltweit hauptsächlich durch Gelder vom Golf finanziert, sondern auch deren geistige Infrastruktur, die mindestens eine großzügig ausgestattete Koranschule oder auch den Status von islamischen Universitäten hat. Die wichtigste Funktion dieser Moscheen ist aber die Verteilung von Geldern an bedürftige Familien. Da es in fast allen islamischen Ländern viel zu wenig Arbeitsplätze bei rasant steigenden Bevölkerungszahlen gibt, ist die Bedeutung dieser Almosenzahlungen nicht zu überschätzen. Um das Recht darauf zu erwerben wird nicht, wie in westlichen Ländern Arbeitsbereitschaft verlangt, sondern das, was in Saudi Arabien unter gottgefälliger Lebensweise verstanden wird: Die männlichen Familienmitglieder müssen regelmäßig zum Gebet erscheinen und der weibliche Teil der Familie ist zu verschleiern. Dass auch die anderen Gebote des Islam eingehalten werden, wird vorausgesetzt. In dieser Form der islamischen Sozialhilfe, die teilweise auch an arme Muslime in westlichen Ländern vergeben wird, ist der tiefste Grund für die in den letzten Jahrzehnten weltweit zu beobachtende Reislamisierung zu sehen. Moscheen sind also nicht nur Orte der Andacht oder der Hasspredigten gegen den Westen und Israel, sondern für viele Muslime auch die Orte, von denen sie ihre soziale Grundsicherung erwarten dürfen.

Als Hegemonialmacht ist freilich Saudi Arabien in der islamischen Welt nicht unangefochten. Es steht in Konkurrenz zum schiitischen Iran, der ebenfalls auch außerhalb seines Territoriums Moscheensubvention und Armenhilfe betreibt, aber mit seiner dezidiert antiwestlichen Politik auch Sympathien bei Sunniten gewinnt. Abgesehen davon ist die Bruchlinie zwischen Sunniten und Schiiten lange nicht so entscheidend wie im Westen oft vermutet wird. Immerhin sind der Iran und das sunnitische Syrien seit Jahrzehnten befreundete Bündnispartner.

Trotz seiner ähnlichen hierarchisch-patriarchalen Grundausrichtung ist der von Teheran ausgehende Fundamentalismus nicht zu vergleichen mit dem, den Riad verordnet. Die Jahrtausende alte Zivilisationsgeschichte des iranischen Staatswesens kann von den Mullahs nicht ausgelöscht werden. Wenn hier auch keine Demokratie im westlichen Sinne herrscht, so verfügen die Bürger doch über weitaus mehr Freiheiten und Mitbestimmung als in Saudi Arabien, dessen Staatlichkeit noch sehr jung ist. Ein weiterer Unterschied ist das immense, weitaus rechtlose Heer von Fremdarbeitern, das auf der arabischen Halbinsel die Dynamik der inneren Ökonomie so weitgehend prägt, dass Autochtone bislang keine sogenannten niederen Arbeiten ausführen müssen. Auch von der Bevölkerungsstruktur her ist der Demokratisierungsdruck im Iran größer als am Golf, obwohl dort der Demokratisierungsbedarf noch ungleich höher ist, insbesondere, wenn man die fast rechtlosen Gastarbeiter berücksichtigt.

Fern- und Nahziele: Laizismus, Wohlfahrtsstaat und Mandatsbegrenzung

Vergegenwärtigt man sich, dass die Ökonomien der arabischen Revolutionsländer in ihrer jetzigen Struktur nicht in der Lage sind,

die endemische Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, werden die Wahlsiege islamistischer Parteien verständlicher. Islamische Länder können erst laizistisch und wirklich demokratisch werden, wenn sie ihr ökonomisches System ändern und die Armenversorgung auf staatlicher Basis abwickeln. Dafür müssten freilich die Steuerzahler herangezogen werden. Letztlich läge es dann auch in deren Interesse, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken. Freilich ist bekannt, dass es mit den Steuersystemen dieser Länder noch sehr schlecht bestellt ist. Wichtig aber ist, dass in diese Richtung öffentlich diskutiert wird. So ist interessant, dass einige tunesische Parteien die Zahlung einer staatlichen Sozialhilfe für Bedürftige in Höhe von etwa 100 Euro fordern – eine Utopie zwar, aber der einzige Ausweg aus der jetzigen Sackgasse.

Es ist keine Überraschung, wenn sich der Demokratisierungsprozess in Tunesien und in Ägypten fortsetzt, in den beiden Ländern nämlich, in denen der institutionelle Wandel ohne Bürgerkrieg und tiefgreifende Einflussnahme von außen erzwungen werden konnte. Dass der Fortschritt buchstäblich mit jedem „Schritt" schwieriger wird, hat noch nicht zur Blockierung der revolutionären Dynamik geführt. So konnte der tunesische Übergangspräsident Moncef Marzouki seine Rede anlässlich des 1. Jahrestag der Revolution in den besonders ärmlichen ländlichen Regionen im Innern des Landes, in denen sie ausgebrochen war, nicht beenden, weil Gruppen von Jugendlichen ihm skandierend vorwarfen, dass die Entwicklungsversprechen bislang nicht eingelöst worden seien. Aus Sicherheitsgründen kann er sich gegenwärtig nicht im Präsidentenpalast aufhalten. Marzouki – ein Sozialist und international anerkannter Menschenrechtler – ist eigentlich der richtige Mann, diese Forderungen zu verstehen und ihre Umsetzung einzuleiten. Zweifelhaft ist, ob er sie gegen die Kräfte der Verharrung durchsetzen kann, die mit dem Ben Ali-Clan ja nicht verschwunden sind.

Permanente Regierung von Familiendynastien oder ins Unendliche wiederholte Wiederwahlen der Staatsspitzen trifft seit langem in arabischen Ländern auf Unmut und Widerstand. Die Menschen fühlen sich durch diese Herrschaftspraktiken, mit denen der Reichtum aller nur einer kleinen Gruppe zugute kommt, gedemütigt, auf den Status von Analphabeten entwürdigt. Daher erfreut sich in arabischen Ländern das amerikanische System der Mandatsbeschränkung für den Präsidenten auf zwei Legislaturperioden großer Beliebtheit. So gerät allerdings kaum in den Blick, dass sich an der Macht der Öffentlichkeit, die Verteilungsverhältnisse gerechter zu gestalten, kaum etwas oder nur wenig ändert. Und dennoch ist unbestreitbar, dass sich durch die systemisch erzwungene Mandatsbegrenzung doch die Perspektiven einiger wichtiger Felder des gesellschaftlichen Lebens verändern, zumindest anders diskutiert werden. Über striktere Mandatsbeschränkungen sollten deshalb auch wir Europäer sehr ernsthaft nachdenken. Statt auf die Kontinuität der Beliebtheitswerte von Politikern zu setzen, wären die Parteien gezwungen, sich in ihren Programmdiskussionen perspektivisch präziser aufzustellen. ■

Sabine Kebir ist Publizistin, Literaturwissenschaftlerin, Politologin und freie Autorin in Berlin.

Die Arbeiter in Ägypten – was von der Revolution geblieben ist

von Irene Weipert-Fenner

Relativ unbeachtet von der breiteren Öffentlichkeit in westlichen Medien, war in Ägypten seit 2004 die größte Welle von Arbeiterprotesten seit dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Etwa zwei Millionen Menschen hatten bis zum Ausbruch der Revolution des Jahres 2011 an Streiks, Versammlungen und Sit-ins teilgenommen. Auch bei den öffentlichen Protesten, die den Sturz des Präsidenten Husni Mubarak zur Folge hatten, waren Arbeiter gerade in den letzten Tagen maßgeblich beteiligt. Doch wofür waren die Arbeiter jahrelang auf die Straße gegangen? Und was hat sich bis heute, ein Jahr nach der sogenannten Revolution des 25. Januar, tatsächlich geändert?

Die Geschichte der ägyptischen Arbeiter

Das Engagement einer modernen Arbeiterklasse in Ägypten ist in der Tat keine Neuerung, sondern blickt auf eine über 100jährige Geschichte zurück. Jene Erfahrungen prägen das Verhältnis von Arbeitern und politischen Akteuren bis heute. Hier ein kurzer Überblick über die wichtigsten Etappen der ägyptischen Arbeitergeschichte.

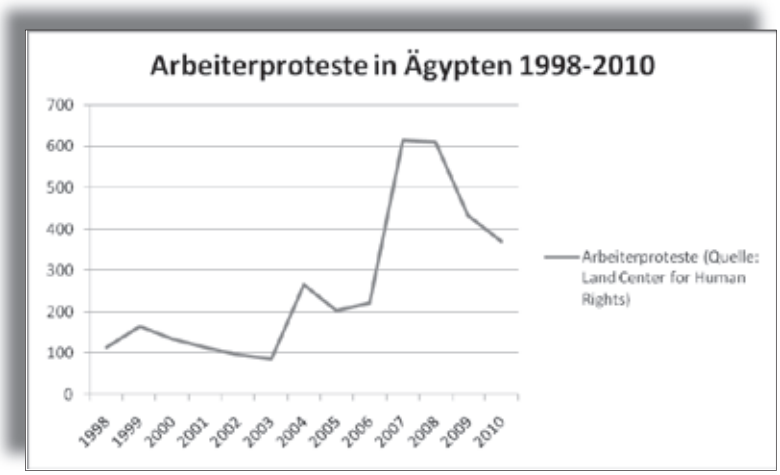
Seit Ende des 19. Jahrhunderts bereits aktiv, waren Arbeiter maßgeblich an der nationalistischen Revolte 1919 gegen die britische Besatzung beteiligt. Zunächst bevormundet von politischen Parteien gründeten die Arbeiter in den 1930er Jahren die ersten Gewerkschaften. Mit der ansteigenden Zahl der Industriearbeiter wuchs auch das Druckpotential von Arbeiterprotesten, die trotz erheblicher staatlicher Repression durchgeführt wurden.

Mit der Machtübernahme durch die Freien Offiziere 1952, die sich die vollständige Unabhängigkeit Ägyptens, soziale Gerechtigkeit und die Beendigung des Feudalismus auf die Fahnen geschrieben hatten, hofften die Arbeiter auch auf die Erfüllung ihrer Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und unabhängigen Gewerkschaften. Präsident Gamal Abdel Nasser (1954-70) hingegen führte einen populistischen Staatskorporatismus ein, der zwar höhere Löhne und Beschäftigungszahlen sowie ein verbessertes Gesundheits- und Bildungssystem bot, dafür jedoch einen staatlich gelenkten Gewerkschaftsverband gründete, der keine demokratische Arbeitermitbestimmung zuließ und in dieser Form bis heute existiert.

Mit der Öffnungspolitik *(infitah)* des Präsidenten Anwar Sadat (1970-81) begann Ägypten den Weg wirtschaftlicher Liberalisierung und Privatisierung zu beschreiten, was vor allem zur Beschneidung öffentlicher Ausgaben und der Lockerung des Kündigungsschutzes führte. Allein die Ankündigung, die Brotsubventionen streichen zu wollen, löste die bis heute im kollektiven Gedächtnis verankerten Unruhen des Jahres 1977 aus, an denen auch Arbeiter beteiligt waren. Trotz weiterer Arbeiterproteste zwischen 1984 und 1989 schrieben IWF und Weltbank ein Strukturanpassungsprogramm vor, das den Washington Consensus weiter vorfolgte. Auch hiergegen kam es Mitte der 1990er Jahre zu Arbeiteraktionen.

Die große Streikwelle 2004-2010

Ab 2004 wurde das „Reformtempo" durch die sogenannte neue Garde um den Sohn des Präsidenten, Gamal Mubarak dramatisch erhöht. Diese Gruppe umfasste zahlreiche Großunternehmer, die Posten in der Regierung, im Parlament und der Regierungspartei einnahmen. Die Zahl der (zumeist korrupten) Privatisierungen stieg immens, und als Folge damit auch die Zahl



der Kündigungen, befristeten Arbeitsverträge und Niedriglöhne. Bei zeitgleicher jährlicher Inflation um die 10 Prozemnt kam es zu der letzten großen Protestwelle vor der Revolution.

Kennzeichnend für diese Welle an Protesten war **erstens**, dass die meisten Aktionen jeweils unternehmensspezifische Forderungen verfolgten wie höhere Löhne, Bonuszahlungen oder eine verbesserte Sicherheit am Arbeitsplatz.

Zweitens bildete sich eine politisierte Schicht von Arbeitern erst allmählich und vorwiegend an Industriestandorten mit jahrzehntelang zurückreichenden Erfahrungen im Arbeitskampf heraus. Sie entwickelten gemeinsame Forderungen, wie die nach unabhängigen Gewerkschaften und der Anhebung des nationalen Mindestlohns auf 1200 L.E. (ägyptische Pfund; ca. 150 Euro). Im Unterschied zu den firmenbezogenen Zielen, bei denen das autoritäre Regime des Öfteren Konzessionen gewährte, um wieder Ruhe herzustellen, wurden die politischen Forderungen lange Zeit kategorisch abgelehnt.

Drittens versuchte das Regime, das bestehende Misstrauen der Arbeiter gegenüber politischen Akteuren zu erhalten und sämtliche Annäherungsversuche von Arbeitern und politischer Opposition im Keim zu ersticken. Hier wurde äußerst repressiv vorgegangen, wie am Beispiel der Textilfirma Ghazl al-Mahalla deutlich wurde. Als die Textilarbeiter für den 6. April 2008 einen Streik planten, griffen junge Internetaktivisten dies auf und riefen zu einem landesweiten Generalstreik auf. Dieser verlief zwar im Sande, aber dafür griffen staatliche Sicherheitskräfte in Mahalla al-kubra, dem Standort der Firma, gewaltsam durch und es kam zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen über mehrere Tage hinweg.

Viertens jedoch gab es, anders als in den Jahrzehnten zuvor, in den 2000er Jahren eine zum Teil unabhängige Medienlandschaft (Satellitenfernsehen, Tageszeitungen, Blogs), die weiter über die Streiks und die staatliche Gewalt berichteten. Dies schloss Repression als einziges Mittel gegen die Arbeiter aus und mobilisierte zudem weitere Arbeiter, die durch die Berichterstattung Protesttechniken anderer Standorte übernahmen und weiterentwickelten. Hierbei verbreiteten sich Protestformen wie der friedliche Sit-in und es entwickelte sich ein gemeinsamer Ort heraus, an dem zahlreiche Proteste stattfanden, Downtown Kairo vor dem Parlament und den Regierungsgebäuden. Hier kampierten in den Jahren 2009 und 2010 beinahe täglich Arbeiter aus unterschiedlichen Firmen und mit differierenden Forderungen. Im Zuge dessen kamen auch Bürger mit anderen Belangen wie körperlich Behinderte oder Bewohner ungeplanter Siedlungen *(ashwa'iyyat)* zu diesen Orten, um für ihre Interessen einzutreten.

Neben zahlreichen kleinen Zugeständnissen konnten die Arbeiter bis zur Revolution einige formale Änderungen erreichen. So gründeten sich erste unabhängige Gewerkschaften, die jedoch eher toleriert denn tatsächlich anerkannt wurden. Der nationale Mindestlohn wurde auf

400 L.E. angehoben, was angesichts der gerade seit 2008 rasanten Inflation nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein bedeutete. Strukturelle Lösungen hatte es bis dato nicht gegeben, dafür eine sich verschlimmernde sozioökonomische Lage, nicht nur für die Arbeiter, sondern insbesondere für die Beschäftigten im informellen Sektor, der in Ägypten ca. 40 Prozent des Arbeitsmarkts ausmacht, und natürlich für die große Zahl an jugendlichen Arbeitslosen. Daher verwundert es nicht, dass in Umfragen über 60 Prozent der Befragten sozioökonomische Gründe für die Unterstützung der Revolution angaben.[1]

Die Arbeiter und die Revolution

Die ersten Tage der Proteste, die von den Ägyptern die Revolution des 25. Januar genannt werden, waren maßgeblich von einigen Jugendbewegungen organisiert, allerdings auch in Zusammenarbeit mit den Arbeitern aus den bekannten Arbeiterstädten al-Mahalla al-kubra, Helwan, al-Sadat und 10th Ramadan City, die sich bereits in den letzten Jahren zunehmend politisiert hatten. Einige Ziele der Arbeiter waren auch in den Forderungskatalog der Kundgebungen aufgenommen wurden, darunter die Erhöhung des Mindestlohns und die Bindung der Löhne an die Preisentwicklung.

Auf dem Tahrir-Platz traten anfangs nur die Arbeiter als Gruppe auf, die bereits unabhängige Gewerkschaften gegründet hatten. Zu diesem Zeitpunkt schien die Stimmung zu überwiegen, über Klassen- und konfessionelle Grenzen hinweg als geeintes Volk aufzutreten. Außerdem wurde die soziale Seite der Revolution, wie sie die Arbeiter verfolgten, als ausreichend vertreten angesehen, unter anderem im allgemeinen Slogan „Ish, Huriyya, Adala ijtima'iyya (Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit).

Ein Meilenstein während der Revolution war für die Arbeiter, als am 30. Januar Vertreter der erwähnten Arbeiterstädte zusammen mit den bereits bestehenden unabhängigen Gewerkschaften die Gründung eines unabhängigen Gewerkschaftsdachverbands ausriefen. Hier emanzipierten sich die Arbeiter vom staatlich gelenkten Dachverband, der sogar aktiv gegen die Revolution mobilisiert hatte. Zwar war damit die Frage der gewerkschaftlichen Organisation in Ägypten keineswegs gelöst, aber der Anfang einer institutionellen Befreiung und Neuordnung getan.

Die eigentliche Bedeutung der Arbeiter für die Revolution ergab sich jedoch erst in den letzten Tagen: Das Mubarak-Regime, das mit Beginn der Proteste sämtliche Firmen geschlossen hatte, dachte wohl, mit dem Wiedereröffnen der Betriebe die Menschen weg vom Tahrir-Platz zurück zu *business as usual* zu bringen. Stattdessen kam es am 9. und 10. Februar, den letzten beiden Tagen, zu mehr als 100 Protestaktionen der Arbeiter mit mehr als 260.000 Teilnehmern, was viele Aktivisten als letzten Schlag für Mubarak sahen.[2] Ob dies nun an der schieren Masse lag oder an der Beteiligung strategisch wichtiger Arbeiter, wie z.B. im öffentlichen Transport in Kairo, oder ob tatsächlich Arbeiter in vom Militär kontrollierten Firmen streikten und damit der Armee die Motivation verschafften, Mubarak aus dem Amt zu drängen, ist bis dato nicht zu klären. In jedem Fall kann man festhalten, dass ähnlich dem Ausbrechen der Revolution auch diese Protestwelle zumeist dezentral und spontan entstanden war und nicht auf eine Organisation oder gar eine Führungspersönlichkeit zurückzuführen ist.

Nach der Revolution: alles beim Alten?

Kaum hatte der Jubel über den Sturz Husni Mubaraks etwas nachgelassen, begann der Oberste Militärrat, der die Macht übernommen hatte, über die Übergangsregierung von Pre-

1 International Republican Institute: Egyptian Public Opinion Survey. Befragung von April 2011, veröffentlicht im Juni 2011.. http://www.iri.org/sites/default/files/ 2011%20June%205%20Survey%20of%20Egyptian%20Public%20Opinion,%20April%2014-27,%202011_0.pdf, (letzter Zugriff 17. Februar 2012).

2 al-Shorouq, 25. Januar 2012

mierminister Sharaf zu altbekannter Politik zurückzukehren. Vor der Revolution waren sämtliche Streiks, die nicht vom staatlich gelenkten Dachverband bewilligt waren, bereits illegal gewesen. Nun wurde – bereits im März! – ein Gesetz erlassen, das Proteste, Versammlungen und Streiks verbietet, die öffentliche und private Unternehmen behindern. Verstöße können nun mit Geldstrafen bis zu einer halben Million L.E. (ca. 60.000 Euro) und Gefängnisstrafen von bis zu einem Jahr geahndet werden. Zudem wurden zahlreiche Streiks durch, wahrscheinlich von der Armee angeheuerte Rowdies, gewaltsam auseinandergetrieben und einige Arbeiteraktivisten vor Militärgerichte gestellt.

Dieses Vorgehen gegen die Arbeiter wurde begleitet von einer äußerst negativen Darstellung jeglicher Proteste in den staatlich gelenkten Medien. Wurden junge Aktivisten und NGO-Mitarbeiter als vom Ausland gesteuerte Unruhestifter gebrandmarkt, so wurden die Arbeiteraktionen als Sonderinteressen verfolgende Proteste *(ihtijajat fi'awiyya)* dargestellt. Indem die nationale Einheit beschworen wurde, die es nun zu wahren gelte, um die wirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten zu überstehen, wurde sämtliche Artikulation von Gruppeninteressen delegitimiert. Besonders der beinahe zum Erliegen gekommene Tourismus wurde als Opfer der Arbeiterproteste dargestellt. Über die wirtschaftlichen Reformen, die zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und der Bereicherung einer kleinen Elite geführt hatten, wurde hingegen nicht diskutiert. In der Tat hatte die Armee, die über einen substantiellen, wenn auch nicht offiziell bekannten Teil der ägyptischen Wirtschaft verfügt, ihren Vorteil aus der Revolution gezogen und den Kreis der Wirtschaftseliten um Gamal Mubarak allesamt inhaftieren lassen. Damit war das Haupthindernis für die weitere wirtschaftliche Expansion der Armee bei Seite geschafft und eine Diskussion über Wirtschaftsfragen somit unerwünscht.

Die ablehnende Haltung gegenüber den Arbeiterstreiks wurde auch von zahlreichen politischen Parteien und Gruppen unterstützt. So sprachen sich die Wahlsieger der ersten postrevolutionären Parlamentswahlen, die Muslimbrüder und deren neu gegründete Freiheits- und Gerechtigkeitspartei, nicht gegen die Unterdrückung aus und unterstützten sie in einigen Fällen sogar. Dies mag damit zusammenhängen, dass einige wichtige Mitglieder der Bruderschaft selbst Unternehmer sind und die Bruderschaft sowie bisher auch die Partei die freie Marktwirtschaft propagieren. Zudem war offensichtlich, dass die Muslimbrüder sich solange nicht gegen die Armee stellen würden, bis zumindest die Parlamentswahlen erwartungsgemäß den Muslimbrüdern eine satte Mehrheit beschafft haben würden. Andererseits gibt es auch Verbindungen zwischen Muslimbrüdern und Arbeitern. So hatten einige Abgeordnete der Muslimbrüder vor der Revolution beispielsweise die Forderung der Arbeiter nach einem nationalen Mindestlohn ins Parlament eingebracht. Dies weist auf die Heterogenität der Bruderschaft hin und zeigt, dass momentan noch nicht klar ist, wie sich die Bruderschaft in Zukunft gegenüber den Arbeitern verhalten und welchen sozial- und wirtschaftspolitischen Kurs sie einschlagen wird.

Die ultrakonservativen Salafisten, die im Mubarak-Regime politisch nicht aktiv gewesen waren und auch die Revolution erst unterstützten, als diese erfolgreich beendet war, sprechen sich generell gegen öffentliche Proteste aus. Aber auch säkulare wirtschaftsliberale Parteien haben sich vom andauernden Engagement der Arbeiter distanziert.

Im linken Spektrum sind seit der Revolution zahlreiche Parteien gegründet worden, die jedoch im aktuellen Parlament de facto keine Rolle spielen. Wahrscheinlich haben sich hier die meisten Arbeiter aufgrund eines wenig ausgeprägten Klassenbewusstseins von den politisch erfahrenen und sozial engagierten Muslimbrüdern vertreten gesehen. Es wird sich zeigen, wohin sich die Wirtschaftspolitik der Partei der Bruderschaft entwickelt und ob dies Auswirkungen auf das Wählerverhalten haben wird.

Die zentrale Frage der Gewerkschaftsfreiheit ist bis dato noch nicht geklärt und ein neues Gewerkschaftsgesetz wird seit längerem diskutiert. Es existieren im Moment zwei unabhängige Dachverbände neben dem alten staatlichen, sowie zahlreiche Gewerkschaften, die sich keinem Dachverband anschließen wollen. Zudem sind viele Gewerkschaften nicht landesweit organisiert, sondern vertreten Arbeiterinteressen auf Betriebs- oder Distriktebene sowie sektorweit in einer Industriezone (mehr zur Lage der Gewerkschaften siehe Beitrag von Peter Senft).

Weiterhin wird die Lohnstruktur diskutiert. Zwar wurde der Mindestlohn zum 1. Januar 2012 auf 700 L.E. (85 Euro) im öffentlichen und privaten Sektor angehoben, jedoch liegt er damit immer noch weit unter den geforderten 1200 L.E. Zudem wird die Implementierung kaum überprüft und es wird sich zeigen, inwiefern sich gerade private Unternehmen daran halten werden. Seit einigen Jahren wurde auch die Einführung eines Maximallohns diskutiert. Vorschläge auf Seiten der Arbeiterschaft liegen bei einem Verhältnis von Maximallohn und Mindestlohn von 1:10 oder 1:15. Im März 2012 hat die Regierung nun einen Maximallohn auf der Basis 1:35 eingeführt.

Eine weitere wichtige Neuerung ist die Annullierung von Privatisierungsprozessen, die in den letzten Jahren vorgenommen wurden. Dies kann bei offengelegter Korruption bei der Privatisierung erfolgen oder wenn entgegen des Verkaufsvertrags Massenentlassungen vorgenommen wurden. Einige Fälle waren bereits vor Verwaltungsgerichten erfolgreich. Bisher wurde jedoch erst ein Unternehmen tatsächlich seinem Eigentümer abgenommen, was jedoch nicht gleichzusetzen ist mit einer Wiederverstaatlichung, die von vielen Arbeitern auch gar nicht gewünscht wird. Mit diesen Vorhaben sind jedoch zahlreiche Probleme verbunden. Oft wurden die Staatsbetriebe an Getreue des bestehenden Regimes zu Spottpreisen verkauft, wobei jene die Firmen schnell mit einer beträchtlichen Gewinnspanne wieder verkauften. Viele Unternehmen wechselten diverse Male die Besitzer und dabei stellt sich nun das Problem, ob man die aktuellen Eigentümer entschädigen müsse und wenn ja, zu welchem Preis. Sollte der beinahe zahlungsunfähige Staat seine ehemaligen Unternehmen teuer zurückkaufen? Dies wird zusätzlich dadurch verschärft, dass viele Firmen in den Händen ausländischer Investoren gelandet sind. Eine Enteignung ausländischer Eigentümer würde die Fälle vor internationale Schiedsgerichte bringen, ein Imageverlust, den gerade der Oberste Militärrat scheut. Denn auch weiterhin wird propagiert, dass das Heil der ägyptischen Wirtschaft in ausländischen Investitionen liegen würde. Dies erklärt zudem, warum der Militärrat bisher auf die Annullierung von Privatisierungen nicht reagiert hat.

Ein Jahr nach der Revolution ist die soziale Frage in Ägypten nach wie vor ungeklärt, worauf die nicht nachlassenden Streiks und Sit-ins der Arbeiter trotz erheblicher staatlicher Repression hinweisen. Die Inflation ist immer noch hoch (ca. 10 Prozent) und es fehlt an Konzepten, die Wirtschaft des Landes wieder in Gang zu bringen und Armut und soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Ob sich dies im neu entstehenden politischen System ändern wird, ist im Moment noch nicht klar. Es bleibt abzuwarten, wie die neue Verfassung und beispielsweise das neue Gewerkschaftsgesetz aussehen werden und wie sich das Verhältnis von Armee zur Politik und vor allem zur Muslimbruderschaft entwickeln wird. Viel wird auch davon abhängen, ob die breitere ägyptische Öffentlichkeit die Arbeiter trotz der Medienpropaganda gegen Streiks und Proteste unterstützten wird. Sicher ist allein, dass im Vergleich zu früheren Zeiten die Arbeiter ein neues Bewusstsein haben, dass Veränderung möglich ist. Daraus resultiert ein Wille, für die eigenen Rechte einzutreten, der nur schwer zu brechen sein wird. ■

Irene Weipert-Fenner ist Politologin mit Schwerpunkt Nahost und promoviert an der Goethe-Universität Frankfurt zum Parlament und öffentlichen Protesten in Ägypten.

Gewerkschaftsbewegung in Ägypten – ein Jahr nach der Revolution

von Peter Senft

Der „Arabische Frühling" ist das politische Wort des Jahres 2011. Mit Paukenschlägen in Ägypten und Tunesien begann diese politische Jahreszeit. Mitte 2010 schlugen Ägyptische Sicherheitskräfte den Internetaktivisten Khaled Mohamed Said auf offener Straße tot, in Tunesien setzte der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi durch Selbstverbrennung seinem Leben ein Ende. Fanale die jeweils das Ende von Verzweiflung markierten, aber die auf gesellschaftliche Entwicklungen aufmerksam machten, die zumindest in Europa kaum Beachtung fanden. Sie lösten einen Flächenbrand aus, der bis heute anhält. Es ist nicht klar, wie die Entwicklung in Nordafrika und im Nahen Osten weitergeht. Das einzige, was sicher ist, es gibt keinen Weg zurück, weder in Ägypten noch in Tunesien oder in anderen Brennpunkten der Region. Die beiden Paukenschläge waren Meilensteine auf dem Weg zu Demokratie und Gerechtigkeit gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Dieser Weg wird noch lang und steinig sein, selbst an den Rändern dieses Weges sind die Dornen täglich zu spüren.

Der Weg zum Tahrir

Für viele Menschen außerhalb Nordafrikas und des Nahen Ostens kam der „Arabische Frühling" überraschend. Brennpunkte wurden woanders erwartet, in Zentralasien, in Südostasien, Lateinamerika, der Sahelzone oder in Zentralafrika. Revolutionen in Ägypten nach dem Zweiten Weltkrieg verliefen unblutig, wie die Revolution der „Freien Offiziere" unter Nasser 1952. Es gab interne Unruhen wegen der Brotpreise 1977, es gab Kriege mit Nachbarstaaten, aber Revolutionen wie in anderen Staaten Nordafrikas, u.a. Algerien und Tunesien, waren in Ägypten unbekannt.

Bekannt waren politische Auseinandersetzungen wegen des Suezkanals, der als Kristallisationspunkt der Kolonialpolitik in Ägypten seit seinem Bau steht. Die wegen der geopolitischen Bedeutung des Kanals interessierten Mächte wie USA, Großbritannien und Frankreich verbanden diese Interessen gleichzeitig mit Marktöffnung für ihre Produkte. Von einer eigenständigen sich tragenden Wirtschaft Ägyptens ist seit der Errichtung des Kanals und damit der neueren Geschichte nichts bekannt.

Dieser Ausflug in die Geschichte ist deshalb wichtig, weil es die Erklärung dafür ist, dass Ägypten keine Industrienation ist. Handel, Handwerk, Klein- und Mittelbetriebe und auch die bis heute aktiven Industriebetriebe stehen für die Selbstversorgung des ägyptischen Marktes und nicht für eine exportorientierte Wirtschaft mit einer beschäftigungsintensiven Industrie. Das Rückgrat der ägyptischen Wirtschaft sind die erwähnten Betriebe und in erheblichem Maße die Landwirtschaft. Hinzu kommen Erdöl und Erdgas, das auch exportiert wird, und der Tourismus. Wertschöpfende Produktion ist marginal.

Nur knapp vier Prozent des ägyptischen Bodens sind landwirtschaftlich nutzbar um die 82 Millionen Ägypter zu versorgen. In 2011 waren 25 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig und erwirtschafteten 5 Prozent des BIP. Von den 22 Millionen Einwohnern Kairos auf der Fläche von Westberlin leben 60 Prozent von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Außerhalb Kairos und den wenigen Großstädten wie Alexandria sieht es ähnlich aus. Landwirtschaft und Substitutionswirtschaft sind neben dem Tourismus die Säulen der ägyptischen Wirtschaft.

In Ägypten gibt es keine Arbeiterbewegung nach europäischem Vorbild. Es gibt aber eine Arbeiterbewegung mit einer langen Geschichte auf die Ägypten stolz sein kann. Diese Bewegung ist – nach europäischen Maßstäben – zersplittert, lokal und betrieblich orientiert und wenig vernetzt.[1]

Seit 2004 können Aktionen und gewerkschaftlicher Widerstand bis zur Revolution vom 25. Januar 2011 als Lichterkette auf dem Weg zum Tahrir, dem politischen Kristallisationspunkt des „Ägyptischen Frühlings", ausgemacht werden. In vielen Einzelaktionen haben Arbeiteraktivisten die lokalen Initiativen getragen und zusammen mit den Jugendaktivisten, den Bloggern und Künstlern letztendlich zum Erfolg geführt. Das Internet spielte eine wichtige Rolle, aber erst die Arbeiter, die meistens keinen Zugang zum Internet hatten und bis heute nicht haben, haben auf dem Weg zum Tahrir am 25. Januar 2011 aus den ersten Funken der Blogger das politische Feuer für eine Massenbewegung gemacht. Liberale, Bürgerliche waren beteiligt, aber eben nicht als Träger dieser Massenbewegung.

Gewerkschaftsarbeit vor der Revolution

Über Jahrzehnte ist es den Nachfolgern von Staatspräsident Nasser gelungen, aus der sich an Jugoslawien orientierten Gewerkschaftsbewegung eine gleichgeschaltete, parteitreue Unterstützungsorganisation für den Machtapparat zu bauen. Begünstigt wurde diese Entwicklung, weil nach der Revolution von 1952 und der Abschaffung der Monarchie und des Ständestaates Nasser und die „Freien Offiziere" einen Staatskorporatismus aufbauten, in dem der Widerspruch von Arbeit und Kapital keinen Platz hatte.

Die ETUF (Egyptian Federation of Trade Unions) hatte mit demokratischer Gewerkschaftsarbeit nichts gemein. Die Führung wurde von der Nationaldemokratischen Partei (NDP) mit Gefolgsleuten der jeweiligen Regime besetzt, es ging um Kantinenessen, Ausstattung von Sozialräumen, Verteilung von Almosen, Zuteilung von Arbeitsplätzen und vor allem um Ruhigstellung von Kritikern. ETUF war hauptsächlich im Öffentlichen Dienst – noch heute sind 27 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst tätig – und in Staatsbetrieben organisiert. In letzteren wurden über Lizenzen Produktionsvolumina festgelegt, an Mitglieder der Oligarchenfamilien vergeben und auf diese Weise gelenkte Staatswirtschaft betrieben. In Privatbetrieben organisierte ETUF nicht und außer ETUF durfte keine andere Organisation Mitgliedsbeiträge erheben. Mitgliedsbeiträge wurden in den von ETUF „organisierten" Betrieben automatisch vom Einkommen abgezogen, Widerspruch war nicht möglich. Diese Rechtsnorm besteht wegen des politischen Vakuums in Ägypten zwischen Parlamentswahl und Präsidentenwahl bis heute fort.

Aus den vielen kleinen Arbeitsniederlegungen, Ungehorsam am Arbeitsplatz, Versammlungen vor dem Werkstor bildeten sich die Kerne von Betriebsgewerkschaften, ohne dass es zunächst zu überbetrieblichen Aktionen kam. Die betrieblichen Angelegenheiten wurden im Betrieb geregelt – oder nicht geregelt. Aktionen, die darüber hinausgingen, waren dann schon gleich politische Versammlungen, die letztendlich die Roadmap zum Tahrir waren.

Bei dieser Betrachtung darf man nicht vergessen, dass die Interessen der Arbeiter und die Interessen der kleinen Händler, der Bauern, der Tagelöhner, der selbständigen Handwerker gleich waren und es bis heute sind. Die Losung für die Gründung von Gewerkschaften und die Losung der Revolution waren ein und dieselbe: „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit".

Anwar Al Sadat und Hosni Mubarak haben es beide geschafft, dass sich die Gesellschaft soziologisch in eine kleine, unermesslich reiche Oberschicht, eine Oligarchie, eine ebenso kleine wie gut ausgebildete Bürgerschicht und in eine fast

1 Über die Geschichte der Arbeiterbewegung gibt der Beitrag von Irene Weipert-Fenner in diesem Heft fundiert Auskunft.

80 Prozent ausmachende Gesellschaftsschicht, mit wenig gebildeten, mäßig wirtschaftlich gesicherten bis hin zu bettelarmen Bürgern, teilt. In dieser soziologischen Ausgangslage und einem von der Zahl her nicht bedeutenden Industriearbeiterschicht wäre und ist es in jedem anderen Land schwer, Gewerkschaften nach europäischem Standard zu gründen.

Umso mehr muss man Respekt zollen, dass es bei dieser Ausgangslage möglich war, gegen staatlichen, administrativen Widerstand, brutaler Militär- und Polizeigewalt und erbitterter wirtschaftliche Macht einzelne „Gewerkschaftsinseln" zu gründen. Zwischen 2004 und 2011 hat die Arbeiterbewegung in Ägypten mehrere Entwicklungsschritte durchgemacht, die in anderen Regionen der Welt Jahrzehnte gebraucht haben.

Das Center for Trade Union and Workers Services (CTUWS), eine NGO die 2006 gegründet wurde, war in diesem Organisationsprozess eine wichtige Einrichtung, um mit Rat und Tat tausende Einzelkämpfer zu unterstützen. Gegründet von einem gemaßregelten Metallarbeiter, Kamal Abbas, der theoretisch und eloquent die großen Linien für eine Gründung von demokratischen Gewerkschaften im Auge hatte, hat diese NGO der „grassroot-activists" bis heute großen Einfluss. Sie war und ist die Organisation, die die politische Botschaft, dass es eine Gewerkschaftsopposition in Ägypten unter Mubarak gab, ins Arabische Ausland und nach Europa getragen hat. Das Center, weiter unter Führung von Abbas, ist bis heute der wichtigste Think Tank der Gewerkschaftsbewegung in Ägypten.

25. Januar 2011

Wenig geplant, aber unbewusst immer im Ziel angestrebt, kam nach Wochen bitterer, blutiger Auseinandersetzungen auf der Straße der Tag der Revolution, der 25. Januar 2011.

Wochen und Tage vor diesem Tag legten Arbeiter die Arbeit nieder und gingen auf die Straße, auch die Arbeiter in den Betrieben des Militärs. Es halfen keine Drohungen mehr, die Angst war weg und damit ein Zeichen gesetzt. Wahrscheinlich waren diese Tage der Entscheidung die Höhepunkte der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Keine Bloggs, keine Internetaufrufe konnten letztendlich diesen Druck ausüben. Jeder Blogger, jeder Netzaktivist weiß, dass er erst dann Wirkung entfaltet, wenn wirtschaftliche Macht angegriffen wird, in der Werbung oder beim Hacken von Unternehmensdateien. Am 25. Januar 2011 kam es zu einer Kulmination aus Netzaktivisten und Arbeitern. Nach diesem Tag, der zum Rücktritt von Mubarak führte, gab es diese politische Symbiose nicht mehr.

Der 25. Januar 2011 führte zu Parlamentswahlen mit der Wahl von zwei Kammern des Parlaments, zur Verfassungsgebenden Versammlung, und in wenigen Wochen zur Wahl eines neuen Staatspräsidenten. Ägypten ist ein anderes Land geworden, aber eben ein Land, in dem die soziologischen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Grenzen weiter bestehen und tagtäglich spürbar sind. Nur eines hat sich geändert: Man diskutiert angstfrei über diese Grenzen und die notwendigen Formen der Überwindung. Das alte Regime ist noch nicht überwunden. Wie ein angeschossenes Wildtier verharren die alten Kräfte, kommen von Zeit zu Zeit ans Tageslicht, hoffen auf eine Phase der Restauration. Sowie im demokratischen Aufbauprozess Schwächen auftauchen sollten, werden diese Kräfte skrupellos zupacken. Der Tahrirplatz als Kristallisationspunkt des Aufbruchs hat noch nicht ausgedient.

Gründung von demokratischen Gewerkschaften

Am 29. Januar 2012, ein Jahr und vier Tage nach der Revolution, gründete sich der demokratische Gewerkschaftsdachverband Egyptian Federation of Independent Trade Unions (EFITU). Aus 170 Betriebsgewerkschaften kamen in einem Industrievorort in Kairo 150 Delegierte zusammen, die in den Betrieben demokratisch gewählt wurden. In dem 21-köpfigen Vorstand

sind 17 Branchen vertreten. In einem beispiellosen Kraftakt wurden über Wochen in Betrieben und Verwaltungen Vorschläge für Resolutionen und Kandidatenvorschläge diskutiert. Die Beratungen der Resolutionen fanden auf einem Niveau statt, das jedem Gewerkschaftstag in Deutschland zur Ehre gereichen würde. Mit einer schlichten, knappen Geschäftsordnung wurde der Gewerkschaftstag geführt. Geführt wird EFITU seit diesem Gewerkschaftstag nun auch offiziell und nicht mehr vorläufig vom Präsidenten Kamal Abu Eita, der als Vorsitzender der Gewerkschaft der Grundsteuerbeamten, den Gründungsprozess der demokratischen Gewerkschaften maßgeblich beeinflusst hat.

EFITU ist Mitglied des IGB / ITUC. Inzwischen haben sich weitere 50 Betriebsgewerkschaften EFITU angeschlossen. Der Konsolidierungsprozess läuft und aus revolutionären Aktivisten werden Gewerkschaftsfunktionäre, die mit Alltagsproblemen kämpfen müssen: Tarifverträge werden nicht eingehalten, Kollegen werden grundlos entlassen, Arbeitsbedingungen und vor allem Arbeitssicherheit werden missachtet.

Der Spagat zwischen zeitraubender Gewerkschaftsarbeit und politischer Aktivität bei Aktionen auf der Straße, auf dem Tahrirplatz in der Mitte Kairos und den Plätzen in anderen Städten der 29 Provinzen, endet damit, dass Gewerkschafter in den Betrieben aktiv sind und nicht mehr bei öffentlichen Diskussionen oder Talk-Shows, die es sowohl im Fernsehen wie im Radio gibt, auftreten.

In der Person des Vorsitzenden Kamal Abu Eita werden zwei Linien deutlich. Einmal hat diese charismatische Persönlichkeit einen hohen persönlichen Anteil im Kampf für demokratische Gewerkschaften vor der Revolution und im Jahr nach der Revolution. Inzwischen ist er – für die Karama-Partei – Mitglied in der Volksversammlung, dem Nationalparlament. Er ist in diesem Parlament der einzige gewählte Gewerkschaftsvertreter. Daran wird deutlich, dass ähnlich wie die Jugendlichen vom Tahrirplatz auch Gewerkschafter im neuen Parlament nicht im Geringsten angemessen vertreten sind. Zur enormen persönlichen Belastung kommt die objektive Ausgrenzung durch politische Kräfte, die die Revolution nun für sich beanspruchen, bürgerliche Kräfte, die noch keinen Betrieb von innen gesehen haben.

Da die CTUWS nicht als Think Tank in die zweite Reihe nach der Revolution gehen wollte und sich von EFITU distanziert hat, wurde von ihr ein weiterer Gewerkschaftsdachverband gegründet, der Egyptian Democratic Labour Congress (EDLC), der vornehmlich im privaten Sektor bei den mittleren und kleinen Betrieben und in der Metall- und Textilindustrie organisiert ist. Dies ist eine bedauerliche Entwicklung. Der Internationale Gewerkschaftsbund (ITUC) arbeitet gegenwärtig daran, die Differenzen auszuräumen und auf ein Zusammengehen hinzuwirken.

Deutsche Betriebe in Ägypten und Intervention von Deutschland

Viele deutsche Betriebe sind in Ägypten mit Niederlassungen vertreten. BMW und Mercedes Benz haben CKD-Produktionsstätten, in denen ausschließlich für den ägyptischen Markt Modelle zusammengebaut werden. BMW gehört einem Unternehmerkonsortium aus Quatar, Mercedes Benz hat einen Anteil von 26 Prozent an dem mehrheitlich ägyptischen Unternehmen. RWE ist ebenso im Geschäft wie SIEMENS, die 110 Jahre im Land sind. LEONI hat eine Kabelproduktion und ThyssenKrupp ist ebenfalls mit Produktion und Service im Land.

In der Deutsch-Arabischen-Industrie- und Handelskammer mit Sitz in Kairo sind 80 deutsche Unternehmen Mitglied. Ägypten ist nach Südafrika das zweitgrößte Industrieland des Kontinents, jedoch ist das BIP Ägyptens erheblich kleiner als das einiger deutscher Bundesländer. Trotz wirtschaftlicher Krise und Unsicherheit durch die Revolution hat aber im

Gegensatz zu Firmen aus USA, Kanada, Großbritannien und Spanien kein deutsches Unternehmen Ägypten während der Revolution verlassen. Die Prognose deutscher Unternehmen für Nordafrika sieht so aus, dass bei Investitionen in die Region das bevölkerungsreichste Land, Ägypten, große Priorität besitzt.

Die Ausgangslage für deutsche Unternehmen ist trotz der negativen Wirtschaftsprognosen der Weltbank positiv. Unter diesem Gesichtspunkt kommt den deutschen Gewerkschaften für die Stützung ägyptischer Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu.

Mit dem Druck deutscher Betriebsräte gegenüber dem Management in Deutschland sollte es möglich sein, auf das Management der Niederlassungen in Ägypten einzuwirken, demokratischen Gewerkschaften in den Betrieben in Ägypten den Start zu ermöglichen. Das ist deswegen dringend geboten, weil deutsche Niederlassungen in Ägypten mit dem deutschen Konsensmodell, Betriebsverfassung und Mitbestimmung, vorangehen müssen. Die ägyptische Wirtschaft wird dies nie ohne Druck zulassen. Die in Deutschland praktizierte Dualität zwischen gegenseitigem Respekt und hartem Interessenausgleich muss hier erst eingeübt werden. Nur über diesem Weg wird es möglich sein, die vielen spontanen Arbeitsniederlegungen in eine konkrete Tarifpolitik umzuwandeln und so zur Stabilität beizutragen. Bei BMW und Mercedes gibt es Ansätze für eine Arbeitnehmervertretung, der Weg zu Betriebsräten und Gewerkschaften ist aber auch hier noch weit.

Bevor die große internationale Solidarität beschworen wird, sollten Gewerkschaften sich darauf konzentrieren, mit ihren eigenen Instrumenten zu helfen, den steinigen Weg zur Demokratie zu ebnen. Die Friedrich Ebert Stiftung hat auf diesem Weg in Ägypten einiges geleistet, still, beharrlich und immer an den Interessen der Kolleginnen und Kollegen interessiert, sowohl beim Aufbau von EFITU wie bei der Unterstützung von CTUWS. Das kann und sollte durch direkte Betriebskontakte nachhaltig unterstützt werden.

Quo vadis Gewerkschaften in Ägypten?

Auf dem Weg zum Tahrir und jetzt weiter auf dem Weg in die große Familie der demokratischen Gewerkschaften sind die Kolleginnen und Kollegen Riesenschritte gegangen. Die Betrachtung, was seit mehr als einem Jahr in Ägypten geschehen ist, reicht zur abschließenden Bewertung nicht aus. Der Weg aus dem Dunkel der Ära von El Sadat und Mubarak war beschwerlich. Der Start in eine neue Zeit 2004 und 2005 hatte ja Vorläufer und nun hat es bereits zwei Schritte gegeben, bis zum 25. Januar 2011 und nach diesem Datum. Erstaunlich wie der Atem für diesen Ritt bisher reichte und welcher Mut und welche Überzeugung dazu gehört, nach diesem Ritt noch Jahre harter Arbeit vor sich zu haben.

In den Gewerkschaften spielen parteipolitische Überzeugungen und religiöse Zugehörigkeit keine Rolle. Eine hervorragende Voraussetzung für eine Einheitsgewerkschaft. Das allein ist in Ägypten etwas Besonderes und wird in politischen Kreisen skeptisch beäugt.

Noch mehr sollte beachtet werden, dass Kolleginnen wichtige Träger der gewerkschaftlichen Revolution waren und sind. Das ruft in Ägypten religiöse Hardliner auf den Plan. Die begonnene Emanzipation muss gestützt werden, manchmal auch noch innerhalb der ägyptischen Gewerkschaften.

Diese Prinzipien und den Menschenrechtskatalog der Vereinten Nationen hoch zu halten und die Interessen der Arbeitenden stets im Auge zu behalten, das ist die eigentliche Idee des Tahrir. ■

Peter Senft ist Sozialreferent in der Botschaft Kairo und war davor lange Zeit als hauptamtlicher Sekretär beim IG Metall Vorstand tätig.

Geopolitik im Nahen und Mittleren Osten: Die Neuordnung von innen

von Henrik Meyer und Jan Lichtwitz

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre befindet sich der Nahe und Mittlere Osten in einer Phase des gewaltigen Umbruchs und der regionalpolitischen Neuordnung. Bedeutete 2003 der Irakkrieg eine geopolitische Revolution für die Region[1], die die erste Besetzung eines arabischen Staates durch eine nichtregionale Macht seit dem Ende des Kolonialismus mit sich brachte, kommen die Veränderungen dieses Mal aus dem Inneren. War die erste Phase der geopolitischen Neuordnung des *Greater Middle East* von missionarischem Anspruch der USA geprägt, der die selbst gesteckten Ziele der Demokratisierung verfehlte und zum Aufstieg des Iran zur Regionalmacht beitrug, schaffen die Aufstände und Demokratiebewegungen aus dem Innern neue Realitäten mit ungewissem Ausgang.

Der arabische Frühling und die von ihm entfesselten Dynamiken stellen für die geostrategischen Verhältnisse eine nicht minder revolutionäre Veränderung dar als geopolitische Gesamtordnungspläne externer Akteure. Wie 2003 sind die deutsche und vor allem die europäische Außenpolitik gefordert, sich mit neuen Realitäten zu befassen und tragfähige Konzepte zu entwickeln. Und während zumindest die Achse der Verweigerer in den Zeiten des Irakkriegs es schaffte, gegen US-Druck ein Friedenskonzept aufrechtzuerhalten, läuft Europa in den nachrevolutionären Wirren nun Gefahr, aus Angst vor Veränderungen eigene Handlungsoptionen unnötig einzuschränken und die Zeichen der Zeit zu verpassen.

Greater Middle East: Gescheiterte neokonservative Raumordnungspläne

Ein kurzer Blick zurück: Nach Jahren der relativen Zurückhaltung, in denen sich die USA mit autoritären Regimen als Stabilitätsfaktor im Nahen Osten abzufinden schienen, änderte sich die Herangehensweise mit der Wahl George W. Bushs ins Präsidentenamt, spätestens jedoch mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Es folgte eine Strategie der Revolution von außen, die auf Liberalisierung der Märkte, Modernisierung und Demokratisierung der als „Terrorgürtel" wahrgenommen Region zielte.[2]

Den Beginn sollten die militärisch herbeigeführten Regimewechsel in Afghanistan und dem Irak bilden. Letzterer gestaltete sich als *„Akt imperialer Selbstbestätigung"*[3] der USA gegen eine Welle internationaler Proteste und transatlantischer Spannungen. Die Bush-Administration hatte sich in eine Lage manövriert, in der eigene territoriale Ordnungspläne, ein anhaltender Schock nach den Terroranschlägen und nicht zuletzt das Streben nach Rohstoffsicherung zusammenwirkten. Am Ende stand das Wagnis, die USA als erste Besatzungsmacht in Nahen Osten seit der Dekolonisation zu positionieren. Der ehemalige Leiter der CIA, James Woolsey, formulierte die Strategie der USA mit dem Satz: „Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwaffe wegnehmen." [4] Zugleich verstand er den Irakkrieg als einen notwendigen ersten Schritt zur „Verbreitung der Demokratie" im Nahen Osten.

1 Vgl. Perthes, der beispielsweise den Fall des Regimes in Bagdad in seiner globalen Bedeutung mit dem Fall der Berliner Mauer vergleicht

2 Vgl. Asseburg, „Broader Middle East"

3 Vgl. Mudhoon

4 Vgl. SPIEGEL-Interview vom 20.01.2003: Wir fangen mit dem Irak an

PapyRossa Verlag

Jürgen Leibiger

Bankrotteure bitten zur Kasse
Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung

978-3-89438-466-1
274 Seiten | 16,90 Euro

Wie kommt es zu den horrenden Staatsschulden? Wer verdient daran? Wie wird ein Staatsbankrott vermieden? Wie kommt es, dass dabei stets die einfachen Leute zur Kasse gebeten werden? Das deutsche Beispiel zeigt, dass die Suche nach Alternativen zur Bankrottpolitik alternativlos ist.

Thomas Wagner

Demokratie als Mogelpackung
Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus

978-3-89438-470-8
141 Seiten | 11,90 Euro

Die Sloterdijks und Henkels polemisieren gegen Parteienmacht und für plebiszitäre Mitwirkung: Wie elitäre Gruppen fortschrittliche Begriffe besetzen, welche Rolle rechte Think Tanks dabei spielen, wer sie finanziert und wie eine emanzipatorische Gegenstrategie aussehen könnte.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Die versprochene Welle der Demokratisierung blieb jedoch aus, die Lage im Irak gestaltete sich vielmehr als Pulverfass. Das Image der Vereinigten Staaten erlitt innerhalb der Region einen Totalschaden und die Spaltung der EU in Kriegsbefürworter und Kriegsgegner schwächte zudem die Einflussmöglichkeiten Europas.

Ausgehend von der Theorie, dass sich die Demokratie vom Irak aus in einem Reformprozess im ganzen Nahen und Mittleren Osten verbreitet würde, institutionalisierten die USA ihre Strategie, die regionalen Verhältnisse umfassend neu zu ordnen mit der „Greater Middle East Initiative" (GMEI).[5] Die Initiative wurde im Juni 2004 auf dem G8-Gipfel vorgestellt und umfasste 27 Staaten. Neben den 22 Staaten der Arabischen Liga waren dies die Türkei, Israel, der Iran, Afghanistan und Pakistan. Dabei verkannte das Programm gravierende Unterschiede und Besonderheiten innerhalb der Region, die Einkommen, Wirtschaftsstruktur, ethnische Herkunft, Bildungssysteme, den Arbeitsmarkt, soziale Sicherung und viele andere Felder betreffen. Man setzte vielmehr eine in sich geschlossene Region voraus. Die Demokratisierung „islamischer" Staaten wurde zugleich als zentrales Element des Kampfes gegen den Terrorismus verstanden. Mit der Demokratie sollte die Grundlage für diesen Terrorismus überwunden werden. Im US-amerikanischen Verständnis sollte die Demokratie durch Institutionsaufbau und Reformen, die Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Militärpolitik und nicht zuletzt mithilfe einer Liberalisierung und Marktöffnung unter der Überschrift des Ausbaus ökonomischer Potentiale vorangetrieben werden. Eine Distanzierung von autokratischen Regimen wie Saudi-Arabien fand hingegen nicht statt.

Im Ergebnis stellte sich die Initiative als Konstrukt ohne praktischen Nutzen heraus. Ein pauschales, externes Ordnungskonzept

5 Zur GMEI vgl. Perthes

für eine Region mit etwa 600 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern war schlicht nicht tragfähig. Dazu kamen Glaubwürdigkeitsprobleme der USA, etwa durch die jahrelange Kriegsführung im Irak oder die immer neuen Nachrichten über Folter im irakischen Gefängnis Abu-Ghuraib.

Heute scheint klarer denn je: Demokratie und Fortschritt werden weder durch militärisch herbeigeführte Regimewechsel, noch durch simplifizierende externe Ordnungskonzepte gefördert.

Regionale Machtentwicklungen

Die bedeutendste geopolitische Veränderung der Nachkriegszeit spielte sich jenseits der nördlichen und östlichen Grenzen des Irak ab. Der Irak-Krieg manövrierte den Iran in eben jene Position regionaler Macht, die das Teheraner Regime seit Jahrzehnten erfolglos angestrebt hatte. Nicht nur ermöglichte die Postkriegssituation dem Iran, seinen Einfluss auf die unter Saddam Hussein unterdrückten irakischen Schiiten verstärkt auszuüben. Die Kombination aus durch Kriegsunruhe steigenden Öleinnahmen und der von den Nachbarn immer stärker perzipierten Rolle des Iran als einziger ernstzunehmender Gegenspieler des Westens im Nahen Osten verschaffte der schiitischen Theokratie eine neue regionale Legitimität. Was die islamische Republik seit der Revolution 1979 vergeblich angestrebt hatte, wurde durch das externe Eingreifen der Kriegskoalition ermöglicht.

Zeitgleich stellte sich auch der westliche Nachbar des Iran, die Türkei, auf die veränderten geopolitischen Realitäten ein, was einen nicht minder großen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung des Nahen Ostens haben sollte. Denn während die Türkei über Jahrzehnte den aus ihrer Sicht alternativlosen Weg der EU-Annäherung gegangen war, eröffnete sie sich angesichts des zaudernden und widersprüchlichen Verhaltens konservativer europäischer Regierungen neue Handlungsoptionen. Unter der Führung der sozialkonservativen AKP gelang es der Türkei, ein von Europa emanzipiertes Entwicklungsmodell zu schaffen, ohne sich dabei von Europa vollständig abzukoppeln. Die *Zero Problems Policy* Ankaras etablierte die Türkei als regionalen *Player,* der eine zunehmende Faszination auf die Staaten des Nahen Ostens ausstrahlte: für die jeweiligen nationalen Machteliten als Beispiel eines autarken Entwicklungsmodells, für die Bevölkerungen als Beispiel eines alternativen, islamisch-demokratischen Modells, dem die Radikalität und Strenge des iranischen Weges auf angenehme Weise fehlte. In dem Maße, in dem das Ansehen der Türkei in der arabischen Welt auf diese Weise stieg, sank die Anziehungskraft der Islamischen Republik Iran.

Wie sehr sich die Machtbalance im vorderen Orient verschoben hatte, sollte spätestens mit Beginn des Arabischen Frühlings deutlich werden.

Soziale Anforderungen an Geopolitik

Die zu Beginn der Aufstände originär sozialrevolutionären Bewegungen in Tunesien und Ägypten verdeutlichten die Irrwege, die auch deutsche und europäische Regierungen in ihrer geopolitischen Einschätzung der Region beschritten hatten. Viel zu lange waren legitime soziale Forderungen und Nöte der jungen Bevölkerungen der arabischen Staaten beiseitegeschoben, als unbedeutende Nebenschauplätze im großen Machtspiel der geostrategisch wohl immer noch wichtigsten Region der Welt abgetan worden. Bewahrende Machtpolitik unterstützte regionale Despoten, um die fragilen Gleichgewichte nicht zu gefährden. Retrospektiv hat sich damit die europäische Außenpolitik massiven Schaden zugefügt. Denn, soviel ist heute klar, die Ära der vom Westen alimentierten Gewaltherrscher im Nahen Osten ist vorbei – und eine Rolle des Westens beim Aufbau demokratischer Strukturen wird ob der zweifelhaften Rolle vor und während des Ara-

bischen Frühlings in weiten Teilen der Bevölkerungen skeptisch gesehen.

Neues Bewusstsein in der Region

Die neuen, nach dem Legen des Staubes langsam sichtbar werdenden Akteure zeigen ein verändertes geopolitisches Bewusstsein. Die vom politischen Islam inspirierten Kräfte, die von Marokko bis zum Jemen Wahlen und an Zulauf gewinnen, brauchen den Iran als geopolitisches Gravitationszentrum nicht mehr. War bis in die frühen 2000er-Jahre hinein der Iran das einzige Beispiel für ein Regime, das sich islamisch definierte und den Machterhalt bewerkstelligen konnte, so ist der Blick nach Teheran für die Muslimbrüder Tunesiens und Ägyptens nun eher distanziert-interessiert denn angestrengt suchend. „Erdogan – not Iran" ist zum geflügelten Wort nicht nur der tunesischen An-Nahda geworden, sondern auch der ägyptischen Muslimbruderschaft und der palästinensischen Hamas. Es verdeutlicht die Machtverschiebung, die wachsende *Soft Power* der Türkei.

Europäische Optionen

Die Quintessenz für progressive Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten ist wenig überraschend und doch in dieser Deutlichkeit selten unterstrichen worden. Externe, militärische Einmischungen haben – auch geopolitisch – keine Erfolge gezeitigt. Ebenso ist der euphemisierend als „Stabilitätspolitik" bezeichnete Umgang mit den arabischen Diktaturen in seinem Ziel gescheitert.

Zwar ist die europäische Nachbarschaftspolitik stets zweigleisig gefahren: Neben der Bündnistreue zu vertrauten nahöstlichen Regimen stand immer auch die mehr oder weniger ernsthaft betriebene aktive Nachbarschaftspolitik für die Mittelmeerländer. Dieser zweifellos in die richtige Richtung weisende Versuch, die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas konstruktiv einzubinden, blieb jedoch bislang erratisch. Im Zweifelsfall wurde stets der stabilitätswahrenden Option der unveränderlichen Bündnistreue der Vorzug gegeben.

Die deutsche und europäische Politik zeigt sich also unentschlossen und widersprüchlich. Jenseits der teilweise progressiven Rhetorik bestimmen weiterhin neoklassische Rezepte den Umgang mit dem Nahen Osten. Die Mittelmeerunion[6], das nie ernsthaft betriebene Prestigeprojekt Nicolas Sarkozys, ist fast schon wieder vergessen. Deutsche Panzerlieferungen an Saudi Arabien hingegen bleiben harte Realität.

Hier bietet sich ein Ansatzpunkt für sozialdemokratische Außenpolitik: Der Stillstand in der Region ist ein für alle Mal überwunden worden. Das bloße Festhalten an alten Verbündeten zur Aufrechterhaltung des Status Quo ist weder zukunftsweisend noch solidarisch. Vernünftige Geopolitik nach dem Arabischen Frühling heißt auch, den neuen Realitäten ins Auge zu blicken und sie in eine aktive und konstruktive Friedenspolitik einzubauen.

Nehmt die Menschen ernst

Soll die ehrenwerte Idee einer Gemeinschaft der Mittelmeerländer Substanz erhalten und einer zukunftsweisenden Friedensordnung den Weg bereiten, kann dies nur gelingen, wenn das Projekt auf beiden Seiten des Mittelmeeres mit Ernsthaftigkeit betrieben wird. Für die EU bedeutet dies, dass sich alle Staaten beteiligen müssen, ohne Vorbehalte zu hegen, sie könnten bei einer perspektivischen Süderweiterung übervorteilt werden. Auch heißt es, dass partnerschaftlich tragfähige Konzepte entwickelt werden müssen, um den sozialen Forderungen derjenigen, die den Arabischen Frühling getragen haben, Geltung zu verschaffen.

Zeiten, in denen autoritäre Regime in der europäischen Partnerschaftspolitik aus scheinbaren Stabilitätserwägungen heraus bevorzugt behandelt werden, müssen vorbei sein. Viel-

6 Zur Mittelmeerunion vgl. Schneider/von Harbou

mehr müssen Menschenrechte und Freiheit als Werte glaubhaft vertreten werden. Dazu gehört auch eine Abkehr von der Orientierung auf Marktöffnung, Liberalisierung und Deregulierung. Mit schwachen Staaten ist kein Frieden zu machen, auch nicht im Nahen und Mittleren Osten. Europäische Außenpolitik muss gleichzeitig eine aktive militärische Abrüstungspolitik und auf die Unterstützung von funktionierenden staatlichen Strukturen gerichtet sein, die öffentliche und soziale Sicherheit, gute Bildung und Ausbildung, Gesundheit und funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten.

Neuordnung von innen

Langfristig können stabile Verhältnisse in der Region nur geschaffen werden, wenn ihnen demokratische Prozesse und Partizipation vorausgehen. Das setzt auch eine Offenheit Europas für die Ergebnisse dieser Prozesse voraus. Politische Kräfte, die für veränderte Realitäten in der Region repräsentativ sind, müssen in den Dialog eingebunden werden. Dazu gehört ein konstruktiver Umgang mit dem politischen Islam, mit dessen Akteuren Europa sich auseinander setzen muss. Die Bewertung dieser Akteure muss anhand deren Bereitschaft zu Gewaltverzicht und rechtsstaatlichen Reformen erfolgen, nicht anhand überkommener „Schreckgespenster“[7]. Ohne einen ernsthaften Dialog mit den Kräften des politischen Islam unterwirft sich jede Nachbarschaftspolitik von Anfang an der Gefahr, an ihrer selbstgewählten Irrelevanz zu scheitern. Die breit getragenen Demokratiebewegungen in vielen Ländern der Region sollten das immer wiederkehrende und nicht zuletzt in Huntigton‘s Kampf der Kulturen verankerte Argument der Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie ein für alle Mal ausgeräumt haben.[8]

Die gescheiterten Regionalordnungspläne der vergangenen Jahre auf der einen und die überwältigenden politischen Bewegungen aus der Mitte der Bevölkerung auf der anderen Seite haben gezeigt: Demokratie lässt sich nicht exportieren, erst Recht nicht mit Gewalt. Sie ist aber sehr wohl einem partnerschaftlichen Dialog des Austauschs zugänglich. Wenn die europäische Politik einsieht, dass es in der Natur der Sache eines jeden demokratischen Prozesses liegt, dass das Ergebnis nicht von außen kommt, dann kann es gelingen, als Ideengeber Teil einer konstruktiven Partnerschaft auf Augenhöhe zu werden.

Die Erfahrungen haben auch gezeigt: Es kommt nicht nur auf den Dialog mit politischen Eliten an. Demokratiebewegungen waren getragen von der online und offline vernetzten Bevölkerung. Auch hier muss europäische Außenpolitik ansetzen. Die Europäische Union, Staaten, politische Stiftungen und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen stärker als in der Vergangenheit den Dialog mit allen Teilen der Bevölkerung suchen und können sich dabei auch neuer medialer Kommunikationswege bedienen.[9] Denn kluge Geopolitik sollte aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben: Die Neuordnung kommt von innen. ■

Henrik Meyer arbeitet im Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Jan Lichtwitz ist stellvertretender Sprecher des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit und Mitglied der Bundeskommission Internationales der Jusos.

Literatur

■ Asseburg, Muriel: „Die Transatlantische Debatte über den ‚Broader Middle East‘ und die Erfahrungen des Barcelona-Prozesses“, SWP Diskussionspapier der FG 6, Oktober 2004

■ Asseburg, Muriel: „Schreckgespenst Islamismus“, Kommentar in der taz, 01.02.2011

■ el Difraoui, Asiem: „Die Chance zum echten Dialog“, Kurz gesagt, SWP, 04/2011

■ Massarat, Mohssen: „Demokratisierung des Greater Middle East“, in APuZ 45/2005, Bundeszentrale für politische Bildung

■ Mudhoon, Loay: „Wandel der regionalen Ordnung und Aufstieg neuer Mächte in der Golfregion“, in APuZ 09/2011, Bundeszentrale für politische Bildung

■ Perthes, Volker: „Greater Middle East“, in Blätter für deutsche und internationale Politik, Juni 2004

■ Schneider, Dr. Jörg / von Harbou, Frederik: „Von der euro-mediterranen Partnerschaft zur Mittelmeerunion?“, Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Januar 2008

7 Vgl. Asseburg, „Schreckgespenst Islamismus“

8 Zur Frage von Islam und Demokratie vgl. insbesondere Massarat

9 Vgl. el Difraoui

Kinderspiel Kapitalismus: Lebenszeichen

von Gesa Rünker

Manchmal konfrontiert uns Bürokratie mitten im lauten Alltag mit Lebensfragen. So geschah es einem Bekannten von mir vor einiger Zeit, ich nenne ihn hier Ferdinand S., der mir die folgende Geschichte erzählte: Ein zuständiges Amt äußerte schriftlich den Wunsch, jemand Drittes möge bestätigen, dass Ferdinand S. noch am leben sei, ein entsprechendes Formular war beigefügt. Der Hintergrund ist schnell erklärt: Da Ferdinand nichts sieht, bezieht er Blindengeld. Nun soll es wohl durchaus geschehen sein, dass eben dieser Nachteilsausgleich ausgezahlt wurde, obwohl der oder die Betroffene schon nicht mehr unter uns weilte. Der Missbrauch von sozialen Leistungen muss um jeden Preis verhindert werden, da darf der Staat sich keine Blöße geben! „Meine Lebendigkeit bezeugen kann am besten ich selbst“, sagte sich Ferdinand und rief die im Schreiben für zuständig erklärte Sachbearbeiterin an, um mit ihr einen Termin zu vereinbaren, bei dem er sich selbst lebendig zu präsentieren gedachte. „Nein, das ist nicht vorgesehen“, sprach die verantwortungsvolle Verwaltungsangestellte, „da könnte ja jeder kommen. Sie bräuchten schon einen Zeugen, jemand, der häufig mit Ihnen zu tun hat.“

Ferdinands Kinder und seine Frau fanden ihn sehr lebendig, gealtert zwar, aber noch brauchbar, doch ausgerechnet sie waren als seine Verwandten ausgeschlossen von der Zeugenschaft; denn Verwandte waren es ja gerade, die in der Vergangenheit tote Blinde für lebendig erklärt hatten.

„Es geht um meine Körperfunktionen“, sagte sich nun Ferdinand S., „also ist doch mein Hausarzt zuständig.“ Der Mediziner nahm sich für Ferdinand Zeit, so viel er eben hatte, erklärte aber, das Ausfüllen des beigefügten Formulars sei für Kassenpatienten mit einigen Zusatzzahlungen verbunden.

Ferdinand aber war schlecht bei Kasse.

„Herr S., fragen Sie doch Ihren Vorgesetzten“, riet der Arzt, „ich kenne ihn gut, er macht das schon.“ Ferdinands Vorgesetzter, ein Chef der alten Schule, Patriarch im Betrieb, mit Herz für den Einzelnen und Sorge für das große Ganze, empfing Ferdinand im Chef Büro, entfaltete das Formular, räusperte sich und sprach: „Gern würde ich Ihnen helfen, aber - so lebendig wie früher sind Sie längst nicht mehr. Schriftlich bezeugen, dass sie noch Anspruch auf das Blindengeld eines Lebendigen haben, kann ich leider nicht...“

Alkohol löst keine Probleme, nur zuweilen die Zunge. So ging es auch Ferdinand, und in seiner Stammkneipe erzählte er von seinem Problem. „Gib her den Wisch“, rief Inge, die nichts geworden war außer Betriebs- und hernach Kneipenwirtin, „ich bezeuge Deine Lebendigkeit. Ich tue das, bevor Dir einfällt, Dich selbst für tot zu erklären.“ So unterschrieb Inge, übernahm es sogar, den Brief eigenhändig zur Post zu bringen, und half Ferdinand in sein Taxi, damit er gesund heim käme und bald wieder in ihre Kneipe. Denn nur ein lebendiger Stammgast zahlt schließlich, und Überleben im Kapitalismus ist gerade für eine Kneipenwirtin kein Kinderspiel...

Gutes Ende der Geschichte! Sollte mir Ferdinand einen Bären aufgebunden haben, so konnten wir an dieser Stelle wenigstens das Bärenfell miteinander teilen. Eines ist sicher: Die Post vom Amt hat er bekommen, den Brief nämlich hab ich selbst gesehen. ■

Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

Konjunktur in Deutschland und Europa – auf dem Weg in eine neuerliche Rezession?

von Arne Heise

Es mehren sich die Stimmen, die die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union und Deutschland (aber z.B. auch in den USA) auf dem Weg in die so genannte 'double dip'-Rezession sehen, also die erneute wirtschaftliche Krise nach dem kurzen konjunkturellen Zwischenhoch in den Jahren 2010 und 2011. Obwohl ein derartig 'W'-förmiger Konjunkturverlauf grundsätzlich nicht ungewöhnlich ist, wäre doch ein erneutes Abgleiten in die Rezession – ausgezeichnet durch negative BIP-Wachstumsraten – besonders bedenklich, weil es den Haushaltskonsolidierungsprozess in den betroffenen Ländern erschwerte und das Risiko einer erneuten globalen Krise wie in den Jahren 2008 und 2009 erhöhte.

Ein Blick auf die **Tabelle 1** zeigt, dass alle konkurrierenden Konjunkturprognosen – also die Gemeinschaftsdiagnose mehrerer führender europäischer Wirtschaftsforschungsinsti-

Tabelle 1: Konjunkturprognosen im Vergleich

	Gemeinschaftsdiagnose*		Sachverständigenrat**		IMK/OCFE/WIFO***	
	EU	D	EU	D	EU	D
BIP	0,4	0,8	1,1	0,8 (0,9)	-0,4	0,3
Priv. Konsum	0,1	0,5		0,8		0,6
Staats-konsum	0,4	0,2		1,4		1,0
Investi-tionen	0,4	0,4		1,3		0,4
Inl. Ver-wendung	0,3	1,2				
Exporte	3,8	1,5				3,0
Preise (Verbrauch)	1,5	1,9	1,4	1,8		1,3
Budget-saldo	-3,7	-0,6		-0,8		
ALQ^{x}	10,3	5,5	9,4	6,7^{y}		5,4

Anmerkungen: *=Herbst 2011; ** = EU Herbst 2011, D Frühjahr 2012 (in Klammer: Herbst 2011); *** Frühjahr 2012; x = Eurostat-Definition, y = Definition der Bundesagentur für Arbeit

tute, die Prognose des Sachverständigenrats (SVR) und die Prognose des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung IMK (im Zusammenarbeit mit einem französischen und einem österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut) von zumindest sehr geringen BIP-Wachstumsraten für die EU und Deutschland für das Jahr 2012 ausgehen – berücksichtigt man, dass die EU im Jahr 2011 ein Wirtschaftswachstum von immerhin 1,5Prozent und Deutschland gar von 3,0Prozent verzeichneten, deutet sich hier also ein markanter Konjunktureinbruch an. Die Befürchtungen einer neuerlichen Rezession werden auch dadurch genährt, dass die Prognosen ungünstiger ausfallen, je aktueller sie sind: So ist die jüngste Prognose des IMK insgesamt deutlich pessimistischer als die Herbstprognosen der Gemeinschaftsinstitute und des SVR, und auch der SVR hat seine Herbstprognose im Frühjahr nach unten korrigiert. Das IMK sieht die EU tatsächlich in eine Rezession fallen, wobei sich hinter dem angegebenen Durchschnittswert recht unterschiedliche regionale Entwicklungen verbergen (z.B. Frankreich +0,2, Portugal -4,3, Griechenland -6,7) – die Varianz der Wachstumsperformanz hat sich seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise deutlich erhöht, was insbesondere in der Eurozone problematisch ist, weil bei angespannter Haushaltslage und einheitlicher Geldpolitik keine wirkungsvollen Instrumente für eine regionalspezifische Konjunkturstützung mehr zur Verfügung stehen.

In Deutschland zeigt sich die Konsumnachfrage – bei recht guter Lohn- und Gewinneinkommensentwicklung und leicht sinkender Sparneigung – als Konjunkturstütze, die ansonsten unter der schwachen Investitionstätigkeit und dem ebenfalls schwachen Exportwachstum leidet. Hier ist es insbesondere die EU-Konjunkturschwäche, die das weltwirtschaftliche Wachstumsklima deutlich beeinträchtigt und damit auch die deutschen Exporte leiden lässt – ohne weiterhin recht robustes Wachstum in Südosta-

Tabelle 2: Alternative Entwicklungsszenarien 2012-2016

	Deutschland Ø 2012-2016		Griechenland Ø 2012-2016		Eurozone Ø 2012-2016	
	Fiskal-pakt	Euro-bonds	Fiskal-pakt	Euro-bonds	Fiskal-pakt	Euro-bonds
BIP	1,0	1,7	-6,4	-1,2	0,5	1,3
ALQ*	7,6	6,5	26,8	21,1	11,4	10,3
Inflation	0,0	1,9	-0,1	1,5	0,4	2,0
Budgetsaldo	1,7	-0,8	8,0	-2,2	0,6	-1,8
Schuldenstand*	80,5 (81,7)	79,7	149,6 (162,8)	127,0	88,3 (87,7)	87,2

Anmerkungen: * = Stand Ende 2016; in Klammern = Stand Ende 2011. Quelle: IMK Report Nr.71/2012

sien würde der Konjunkturabschwung auch in Deutschland noch ausgeprägter ausfallen. Es sollte auch festgehalten werden, dass das Vorkrisenniveau des BIP in Deutschland erst in der 1. Hälfte 2011 wieder leicht überschritten werden konnte, in der EU im Durchschnitt gar erst in der 2. Jahreshälfte 2011 und in einigen Eurozonenländern liegen wir immer noch weit unter dem 2008er Niveau. Weltfinanz- und Eurokrise haben also etwa 4 Jahre Wirtschaftsentwicklung gekostet.

Bislang gehen die mittelfristigen Prognosen für Deutschland schon in 2013 wieder von einer leichten Erholung aus – ob also eine echte Rezession wie in Griechenland, Spanien oder Portugal ausbleibt, hängt allerdings von einige Unwägbarkeiten ab, die durchaus als erhebliche Risiken betrachtet werden können: Einerseits wird bei den vorliegenden Prognosen ein lediglich leichter, deutlich unter dem gegenwärtigen Trend liegender Preisanstieg für Rohstoffe unterstellt – ein hingegen trendmääiger Anstieg würde zweifellos die EU-Konjunkturen zusätzlich belasten. Andererseits ist zwar die durch den jüngst beschlossenen EU-Fiskalpakt nötig gewordene Verschärfung der Austeritätsprogramme in fast allen Eurozoneländern in die Prognose aufgenommen worden, weitere Finanzmarktturbulenzen oder gar Staatsinsolvenzen sind aber natürlich nicht in die Prognosen eingegangen. Dass hier Potential für einen Teufelskreislauf besteht, zeigt sich nicht nur in den Auswirkungen der Austeritätsprogramme auf die Wirtschaftsentwicklung, sondern auch in den Rückwirkungen auf die (misslingende) Konsolidierung und die dadurch (zu) hoch verbleibenden Risikoprämien auf Staatsschuldpapieren.

Tabelle 2 verdeutlicht diese Auswirkungen und das darin liegende ‚Schuldenparadoxon': Im Entwicklungszenario 'Fiskalpakt' wurde angenommen, dass die durch den gehärteten Europäischen Stabilitätspakt (ESWP) und die Schuldenbremse erzwungenen Austeritätsprogramme schonungslos umgesetzt werden, während im Szenario 'Eurobonds' nicht nur allen Eurozonenländern zinsgünstige Verschuldungsmöglichkeiten geboten werden (Eurobonds), sondern auch auf die Umsetzung der speziellen Austeritätsprogramme wird verzichtet. Obwohl dadurch die durchschnittliche Netto-Neuverschuldungsquote teilweise wesentlich höher liegt als im Falle des 'Fiskalpakt'-Szenarios, liegt die Schuldenstandsquote überall – in Deutschland als einem insgesamt wenig betroffenen Land, in der Eurozone und vor allem in Griechenland als einem von der Austeritätspolitik besonders betroffenen Land - teilweise deutlich niedriger als im 'Fiskalpakt'-Szenario und vor allem unter der Schuldenstandsquote von 2011. Dieses scheinbar paradoxe Ergebnis lässt sich durch die starken negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum – das sich ohne Austeritätspolitk in der Eurozone fast verdreifacht, in Deutschland immerhin fast verdoppelt - aber auch auf die Inflation und natürlich auf den Zinssatz plausibel erklären. Wenn man dann noch bedenkt, dass unter dem 'Fiskalpakt'-Szenario die Schuldenstandsquoten bis 2015 weiter steigen (während sie im 'Eurobonds'-Szenario schon nach 2013 zu sinken beginnen), wird die Gefahr künftiger Finanzmarktturbulenzen besonders deutlich. ■

Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

Über **10.000** Beschäftigte der Einzelhandelskette Schlecker erhielten Ende März die Kündigung, nachdem die Verhandlungen einzelner Bundesländer über die Gewährung einer Bürgschaft durch die fehlende Unterstützung der FDP gescheitert waren. **Mag die FDP sich und ihre neue „Konsequenz" feiern,** so offenbart sich in den Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers und FDP-Parteichefs Rösler eine erschreckende Unkenntnis des bundesdeutschen Arbeitsmarktes und des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums. Mit seiner Anrufung der Ordnungspolitik missinterpretiert Rösler Transfergesellschaften als wirtschaftspolitischen Eingriff. Tatsächlich handelt es sich hierbei um ein Instrument der Arbeitsförderung, das gleichermaßen wie andere nun zu nutzende Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik die Phase der Arbeitslosigkeit verkürzen soll. Transfergesellschaften ermöglichen bei Massenentlassungen jedoch anders als andere Instrumente branchenspezifischere Angebote für die Entlassenen, die den Bedingungen der jeweiligen Teilarbeitsmärkte Rechnung tragen.

Mit seiner verachtenden Wortwahl – „jetzt gilt es für die Beschäftigten schnellstmöglich eine Anschlussverwendung selber zu finden" – hat Rösler jedoch offenbart, worum es wirklich geht: jede/jeder ist auf sich allein gestellt. Eine staatliche Verantwortung, wie sie in der aktiven Arbeitsmarktpolitik verankert ist, wird negiert. Begründet wird dies mit der guten Arbeitsmarktsituation. Dabei scheint die Bundesregierung ihrer eigenen Kampagne, die den Tiefstand der offiziellen Arbeitslosenzahlen feiert, auf den Leim gegangen zu sein.

Zwar liegt die Zahl der erwerbstätigen Menschen mit über 41 Millionen auf einem nie zuvor erreichtem Niveau, doch ist nicht alles Gold was glänzt. Denn gezählt wird jede Form der Erwerbstätigkeit. Dazu zählen auch Ein-Euro-Jobs oder Mini-Jobs, die am Schicksal der Arbeitslosigkeit möglicherweise nichts ändern oder der Niedriglohnjob, der nicht aus Hartz IV herausführt. Mehr als ein Viertel aller abhängig Beschäftigten arbeitet zudem in Teilzeit. Mittlerweile ist jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis ein Minijob. Nicht selten werden diese strategisch zur Personalkostensenkung eingesetzt, denn Minijob-Beschäftigte erhalten in der Regel einen geringeren Stundenlohn. Fast 60 Prozent aller Minijob-Beschäftigten arbeitet in der Folge für weniger als sieben Euro pro Stunde. Insbesondere im Einzelhandel wurden in den vergangenen Jahren viele Vollzeitjobs abgebaut und stattdessen mehr Teilzeit- und Minijobs eingerichtet.

Gerade Schlecker hatte in der Vergangenheit eindrucksvoll demonstriert, wie weit Unternehmen gehen, um bei den Lohnkosten einzusparen. So hatte Schlecker 2009 Beschäftigte entlassen und dann zu deutlich niedrigeren Löhnen über eine Zeitarbeitsfirma wieder eingesetzt. Dieser Praxis wurde nun durch die jüngste Novellierung des Zeitarbeitsgesetzes zwar ein Riegel vorgeschoben und auch Schlecker hatte zuletzt versucht, seinem schlechten Image mit einer Rückkehr zu sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung entgegen zu wirken. Für die entlassenen Schlecker-Frauen bleibt dies ein schwacher Trost. Denn die Praxis der Arbeitsagenturen sieht vor, dass die Vermittlung in jedwede Tätigkeit Vorrang vor Qualifizierung oder einer längeren Arbeitsplatzsuche hat. Sie werden als Minijobberinnen oder über Leiharbeit ihre „Anschlussverwendung" zu deutlich schlechteren Bedingungen finden und womöglich auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen sein. Das scheint jedoch für die FDP ordnungspolitisch akzeptabel zu sein. ■

Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

Geltung qua Verständlichkeit – kommunikative Anforderungen in der Auseinandersetzung mit dem Finanzkapitalismus

von Ernst Dieter Rossmann und Tim Rohardt

Foto: www.photocase.de, © chriskuddl | ZWEISAM

Die Geltung einer Ordnung und ihre soziale Verwirklichung kommen laut Habermas über so genannte Geltungsansprüche zustande. Die Frage ist, was jeweils als legal, legitim, wahrhaftig, wahrheitsgemäß und verständlich *gilt* und damit leichter in Praxis übersetzt werden kann.

Geltungsverlust entsteht durch innere Widersprüche

In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die Linke in den verschiedenen Parteien, aber auch im öffentlichen Diskurs aktuell führen, lässt sich diagnostizieren, dass die fehlende Finanzmarktregulierung, wie sie gegenwärtig immer noch besteht, zwar noch legal ist, aber nicht mehr als legitim erlebt wird. Die inneren Mechanismen und Prozesse der Finanzwirtschaft, wie sie sich im gierigen Kapitalismus der Moderne von der Realwirtschaft abgekoppelt hat, als verständlich zu bezeichnen, wird sich auch niemand außerhalb dieser Parallelwelten trauen. Im Gegenteil: Selbstschutz des Systems durch Verschleierung und Intransparenz hat hier Platz gegriffen.

Und auch Geltung qua Wahrhaftigkeit und Wahrheit stellt sich nicht mehr her, wenn man die Spekulationswellen gegen die Europäischen Staaten durch die Finanzmärkte verfolgte. Fast könnte man meinen, in einem unbewussten Durchbruch von Wahrhaftigkeit demonstriert die Logik der maximalen Profitorientierung ihre Wahrheiten derart, dass die dahinter stehende Ordnung nur noch zwingend als illegitim aufgefasst werden kann. Die Realität der gegenwärtigen Strukturen und Wirkungen des Finanzkapitalismus ist damit vordergründig mächtiger, als dass diese Realität noch durch einen Geltungsanspruch nach Habermas abgedeckt und nachhaltig gesichert würde.

Nachhaltige Beruhigung kann es ohne kurzfristige Unruhe nicht geben

Was in dieser Form an inneren Widersprüchen zerbricht, verlangt selbst in seiner Implosion noch nach neuen Geltungsansprüchen. Die können allerdings nicht darin liegen, dass die vordergründige Beruhigung der Finanzmärkte das sinnstiftende Kriterium für politisches Handeln ist. Denn deren Logik liegt ja gerade darin, sich immer wieder neu auf Kosten der Mitspieler am Casinotisch des Finanzkapitalismus mit Rückversicherung durch die Allgemeinheit in Unruhe zu versetzen und aus dieser ständigen Unruhe von „Baisse" und „Hausse", jetzt auch mit zunehmenden Zinsspekulationen gegen Staaten und ihre Finanzierung, kontinuierlichen Gewinn zu ziehen.

Wenn also schon Beruhigung ein Ziel einer alternativen Politik sein soll, muss sie mit dieser Systemlogik schrittweise brechen und eine andere Beruhigung vorantreiben, die sich im Verständnis und Ziel von politischer Ökonomie wie in den Mitteln und Instrumenten allerdings fundamental von den „Erwartungen der Märkte" an Sicherheit unterscheidet. Der Fiskalpakt, wie er jetzt verabschiedet werden soll zeigt diese Spannung auf und die neue Realität der Diskussion dreht sich gar nicht mehr um „das Verschulden" der Krise durch die Finanzmarktakteure, sondern „die Schulden" der Staaten.

So kann keine Sicherheit für die Arbeitseinkünfte und Ersparnisse der Arbeitnehmer und ihrer Familien, Sicherheit für die Finanzierung von realwirtschaftlicher Wertschöpfung und Sicherheit für die Staaten beim Aufbau und der Entwicklung ihrer öffentlichen Infrastruktur, von Bildung, Forschung, Nachhaltigkeit bei Energie und Umwelt entstehen. Das aber sind die linken Alternativen zu den Erwartungen an eine immerwährende Zins-, sprich Gewinnmaximierung des Finanzkapitals.

Dass dieser Kampf der Interessen um den Geltungsanspruch eines neuen Verhältnisses von Realwirtschaft zu Finanzwirtschaft höchst „unruhig" und höchst krisenhaft geführt werden wird, bedarf keiner großen Phantasie. Kurzfristige Ruhe im Kampf um mehr nachhaltige Ruhe sollte die Linke denn auch nicht versprechen, wenn sie nicht von vornherein das Gewicht ihrer Geltungsansprüche schwächen will.

Die Transaktionssteuer als Top-Runner von linker Entschleunigung und Regulierung

Und was heißt das für den instrumentellen Aufbau einer neuen Geltungsordnung von links? Allein für die letzten Monate müssen wir hierbei vier wesentliche Konzepte reflektieren, mit denen die Linke den irrlichternden Konsens von reiner Anpassungspolitik durchdringen konnte und denen wir durchschlagende Wirkung als Instrumente gegen die destruktiven Beschleunigungsstrukturen des Finanzkapitalismus zugesprochen haben und für die wir mehr Geltungsanspruch erreichen müssten: Transaktionssteuer, Euro – Bonds, Regulierung der Finanzmärkte und Aktivierung der Europäischen Zentralbank.

Wirklich durchgestanden hat bis jetzt nur die Transaktionssteuer. Weshalb? Auch wenn die Tobin – Steuer über Jahrzehnte diskriminiert und verworfen worden ist, hat die Diskussion hierzu den Boden für die Transaktionssteuer bereitet. Mit dem Instrument der Börsenumsatzsteuer, einer Teilmenge einer Transaktionssteuer, gibt es bereits positive Erfahrungen, selbst in den Zentren des Finanzmarktkapitalismus wie London, was auch Realitätsnähe vermittelt. Schließlich lässt sich die Widersprüchlichkeit der Erhebung von Mehrwertsteuern auf alle Geschäfte, nur nicht auf Finanzgeschäfte, nicht mehr länger kaschieren. Dafür ist diese Widersprüchlichkeit zu groß, zumal eine immer stärkere Besteuerung von realer Arbeit und Umwelt und einer immer geringer werdenden Heranziehung von Kapitalhandel und Kapitalerträgen zum allgemeinen Steueraufkommen sich nicht mit der neu ge-

wachsenen Anerkennung von Realwirtschaft gegenüber der Finanzwirtschaft verträgt und die Einführung einer Besteuerung im bislang nur marginal besteuerten Finanzsektor auch noch Perspektive hat.

Wo sollen die Steuereinnahmen der Zukunft in einer globalisierten Wirtschaft denn konsistenter gewonnen werden, wenn nicht von einem der mächtigsten Treiber und Nutznießer der Globalisierung, der dynamisch gewachsenen Finanzwirtschaft, die jenseits aller zu bekämpfenden und einzuschränkenden spekulativen Elemente, die aktuell noch dominieren, natürlich in der Zunahme von währungsüberschreitendem Warenverkehr und globalen Investitionen auch eine dienende Rolle für die globale Realwirtschaft spielt und noch stärker spielen wird. Auch dürfte es kein Zufall sein, dass supranationale Gebilde wie die EU mit ihrer einzigartigen Konstruktion auf die Transaktionssteuer als erste eigenständige Einnahmequelle ins Auge fassen. Moderne Systeme suchen sich eben auch moderne zukunftsträchtige Steuern.

Schließlich ist der geringe Prozentsatz von 0,05 oder 0,1 Prozent an jeder Transaktion nicht dazu angetan, schon von der kleinen Zahl her den kleinen Sparern Angst einzujagen, zumal Freistellungsansprüche auch aus anderen Steuerbereichen bekannt sind. Und die semantische Abwehrfront, an der bestverdienende Fondsmanager kämpfen, wenn sie die Allianz der Kleinsparer alias Riester – Sparer und der Großsparer alias Milliardenanleger beschwören, hält auch nicht mehr dem Alltagswissen der Menschen stand. Dazu fehlt diesen Apologeten des gescheiterten Neoliberalismus in seiner brutalstmöglichen Form die nötige Glaubwürdigkeit in ihren Beschönigungen und Verkleisterungen, als dass sie damit einen allgemeinen Geltungsanspruch definieren könnten. Wichtig ist sicherlich auch, dass die Transaktionssteuer deshalb Geltung erreicht hat, auch ohne dass sie bisher Realität geworden wäre, weil sie verständlich ist, erklärt als kleine Umsatzsteuer einfach, plausibel, gut. Und wer mit dem Wort der Transaktion Schwierigkeiten hat, kann jedenfalls sehr schnell mit dem Hinweis auf eine überfällige „Finanz – Umsatzsteuer", eben die Transaktionssteuer, gewonnen werden.

Die Zentralbanken als letzte Reserve und Brandmauer: Aussichten für mehr Deutungshoheit von links

Die anderen bisher propagierten Instrumente, die gegen den auswuchernden Finanzkapitalismus als Geltungsbegriffe in Stellung gebracht werden, sind dagegen schon wesentlich komplizierter zu erklären. Euro – Bonds, Blue – Bonds, Red Bonds, konditionierte Bonds: Einfachheit geht jedenfalls anders und gegen eine Diffamierung als Vergemeinschaftung von Schulden müssen die Vorteile einer gemeinschaftlichen Aufnahme von Krediten erst einmal über einen langen Prozess hin argumentativ unterfüttert und populär gemacht werden Und auch die Forderung nach einem Trennbankensystem setzt differenziertes Fachwissen voraus und bringt anspruchsvolle Probleme der Definition einzelner Bankgeschäfte mit sich.

Das gilt in gleicher Weise für die vielen in sich und an sich richtigen Punkte aus der Regulierung der Finanzmärkte, wie sie schon seit langem diskutiert worden sind und in Deutschland von Helmut Schmidt bis Peer Steinbrück in die Debatte gebracht worden sind. Wirkungsmächtig waren tatsächlich statt den Forderungen z.B. nach einem Verbot der Leerverkäufe oder der Einschränkung von CDS (Credit Default Swaps) eher gut gesetzte Begriffe wie „Raubtierkapitalismus" (Helmut Schmidt) oder „Heuschrecken" (Franz Müntefering), Begriffe, die durch ihre Anschaulichkeit ansprechen konnten und können und politische Phantasie beflügeln. Die martialisch – militärische Semantik von Schutz- und Brandmauern, unbegrenzter Feuerkraft etc., die aktuell Einzug in die Debatte um die Rol-

le von staatlichen Zentralbanken und ihren Auftrag wie ihre Leistungsfähigkeit in der Niederschlagung von Währungskrisen und Spekulationswellen gehalten hat, bietet einen entsprechenden Ansatzpunkt, an dem eine linke Agenda ansetzen kann. EFSF und ESM in allen Varianten sind jedenfalls nicht so eingängig wie das Konzept einer öffentlichen Zentralbank als letzter Instanz, die Währungen schützt, Zinsen begrenzt, Garantien gibt, Wirtschaftskraft sichert und Wachstum fördert. Natürlich bedarf es gegen den Mythos von der politischen Unabhängigkeit von Zentralbanken gerade in Deutschland einen linken Diskurs. Aber das Bild vom „Währungshüter", der eben auch „Wachstumshüter" zu sein hat, ist eingängig genug, dass sich hieran ein starker Geltungsanspruch politisch knüpfen lässt.

Die Menschen brauchen Begriffe, mit denen sie aus innerer Überzeugtheit und mit einem Mindestmaß an Selbstbewusstsein sprechen können, wenn Deutungshoheit in der Masse gewonnen werden soll. Frei nach Ludwig Wittgenstein: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber sollte man schweigen". Wo es keine anschlussfähigen Bilder und Begriffe gibt, lassen sich komplexe Zusammenhänge in der Masse nicht begreifen und nicht anders denken. Um anderes denkbar zu machen, muss sich eine linke Alternative mit Geltungsanspruch deshalb nicht erst an letzter Stelle auch verständlich machen wollen, sondern vielmehr Verständlichkeit als Schlüsselpunkt von Partizipation und Emanzipation begreifen. Denn ohne Verständlichkeit keine Aussicht auf Geltung: Dies ist in der politischen Auseinandersetzung um die Transformation des Finanzkapitalismus mehr als eine Trivialität.

Der Ökonomismus als Trojaner zum Eindringen in andere Lebenswelten

Im Übrigen: „Wer nur noch in der Sprache der Gegner reden kann, kann jedenfalls kein anderes Denken und Handeln erzeugen." Der Geltungsanspruch der Profitabilität hat es hier schon zu einer beängstigenden ökonomischen und gesellschaftlichen Dominanz gebracht. „Dass sich etwas rechnet", ist mittlerweile das Kriterium, nach dem nicht nur im Teilsystem der Wirtschaft, sondern auch im Teilsystem des Sozialen, der Bildung bis hin zur Familie entschieden wird. Die Sprache der Ökonomie dringt wie ein Trojaner in alle Lebenswelten ein. Ob aus Zwang oder in modernistischer Anpassung haben im Fahrwasser der entfesselten Finanzmärkte und deren ideologische Durchdringung der öffentlichen Kommunikation auch Betriebe mit rein sozialen bzw. öffentlichen Zwecksetzungen die Sprache und Handlungsmaxime des Kapitals übernommen. Das gilt ebenso für an sich gemeinnützige Vereine und Verbände, die die Logik der Profit-Center-Rechnung übernommen und institutionell festgeschrieben haben. So finden sich viele Akteure in der Ambivalenz so genannter Sozialmanager, die zwei Dinge parallel zu erledigen angehalten sind: Soziale Dienstleistungen im Rahmen eines oft vorgeblichen Qualitätsmanagements an den „Klienten" zu bringen und gleichzeitig betriebswirtschaftliche Budgetkontrolle zu betreiben, völlig unabhängig davon, was das für die Betroffenen bedeutet.

Die Folgen, wenn Gesellschaften insgesamt diesem ökonomischen Paradigmenwechsel vollständig erlegen sind, lassen sich in ihrer reduzierten Wohlfahrt, dem Mangel an Solidarität und Gerechtigkeit und dem Verlust an persönlicher Freiheit und gesellschaftlichem Frieden und Souveränität besichtigen. Es führt eben eine gerade Linie von der Reduktion auf das rein ökonomische Prinzip zur reduzierten Persönlichkeit und restringierten Gesellschaft. ■

Dr. Ernst Dieter Rossmann ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher der Parlamentarischen Linken.

Tim Rohardt ist Politikwissenschaftler und Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Parlamentarischen Linken.

Zwischen Landwirtschaft und Ernährungsindustrie – Essen und Trinken als komplexer Bezugspunkt politischer Interventionen

von Daniel Kofahl

Foto: www.fotolia.com, © contrastwerkstatt

Dass Menschen sich ernähren müssen ist eine anthropologische Universalie. Wie die menschliche Ernährung organisiert ist, hängt jedoch von soziokulturellen und ökonomischen Faktoren ab. Eine sozialdemokratische Politik, die besonders nahe am Menschen sein will, sollte diesen durch und durch alltäglichen sowie unumgänglichen Bereich des menschlichen Lebens nicht vernachlässigen. Auf dem SPD-Parteitag 2011 gab es zwar einige (wenige) Anträge, die dem Bereich Ernährung, Landwirtschaft oder Lebensmittelproduktion zuzuordnen waren, doch diese wurden spät am Abend im Schnellverfahren en bloc im Sinne der Antragskommission ohne Diskussion durchgewinkt. Dabei gibt es auf diesem Feld eine Reihe von Problemen, die einer intensiveren politischen Diskussion und der politischen Entscheidung bedürfen. Ein aktuell auch auf der Medienagenda dankenswerterweise etwas prominenter platziertes Thema stellt die Debatte um die außer Kontrolle geratenen Spekulationen mit agrarischen Rohstoffen dar, mit dem sich auch die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag (Drs. 17/3413) auseinander gesetzt hat. Eine Bundestagsdebatte am 27.1.2012 zum Thema „Weltweite Ernährungssicherheit" endete jedoch mit der Annahme eines zwar wortreichen, aber wenig weitgehenden Antrages der schwarz-gelben Koalition (Drs.17/7185), der nicht zuletzt unter seiner mangelnden finanziellen Ausstattung krankt.

Einige Eckdaten zu Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie

2010 gab es rund 299.100 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland (7,3 Prozent davon sind sogenannte „Öko-Betriebe"), die zusammen genommen 16,7 Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzten. 60 Prozent dieser Flächen gehören aber den Landwirten nicht selbst, sondern sind von ihnen gepachtetes Land. 2010 arbeiteten 1,1 Millionen Menschen in

der deutschen Landwirtschaft (Tendenz rückläufig), aber nur ca. 18 Prozent sind dauerhaft in der Landwirtschaft beschäftigt. 550.900 Menschen arbeiteten 2011 in der Lebensmittelindustrie (Tendenz ansteigend), der viertgrößten Industriebranche Deutschlands. 2010 arbeiteten 252.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gastronomie, Tendenz steigend. Darüber hinaus arbeiten zahlreiche Menschen in angrenzenden Berufen wie BäckerInnen, FleischerInnen, GetränkehändlerInnen etc., also in Berufen, die sich ebenfalls im Feld der modernen „Ernährung" ausgebildet und professionalisiert haben. 2011 wurden im Bereich der deutschen Ernährungsindustrie 162,2 Milliarden Euro umgesetzt. Davon entfielen 30 Prozent auf das Auslandsgeschäft wobei 80 Prozent der Exporte im EU-Binnenmarkt abgesetzt werden. Zunehmend werden aber auch mehr Lebensmittel nach Russland, in die USA und China verkauft. Erstmals seit 25 Jahren war Deutschland 2011 kein Selbstversorger beim Getreide mehr und auf Importe angewiesen.

Deutungshoheit vom Acker bis zur Gabel

Eine Deutungshoheit über die Themenfelder Ernährung, Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion zu gewinnen, sollte für die politische Linke aus mehreren Gründen eine Rolle spielen. Exemplarisch seien einige im Folgenden ausgeführt:

- **Landwirtschaft:** Die landwirtschaftliche Produktion mit ihren beiden Faktoren „Natur" und „Arbeit" ist, wie Marx schon erkannte, die „Basis aller Mehrarbeit", also die Quelle allen Reichtums. Doch obwohl sie die notwendigsten Verbrauchsgüter zur Erhaltung des menschlichen Lebens produziert und darüber hinaus ein zentraler Rohstofflieferant für die verarbeitende Industrie darstellt, ist ein zentraler Punkt in der Agrarpolitik die Subventionspolitik. Hier gibt es vielfältigen Änderungsbedarf, aber nicht jede Faustregel (bspw. „klein statt groß") ist für linke Politik brauchbar. So sollen ab 2014 Agrarsubventionen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) gekürzt werden. Die Bemessung nach Förderung wird verstärkt nach der Größe des Betriebes berechnet. Je größer der Betrieb desto weniger Förderung wird er (relativ) erhalten. Dieses Verfahren, das kleinbäuerliche Landwirtschaft pauschal fördert, ist aber in Bezug auf soziale und ökologische Faktoren fragwürdig. Sind kleine Betriebe per se die besseren Betriebe? Sollte sich Förderung nicht eher an Mitarbeiter- und Ausbildungszahlen, fairen Löhnen und ökologischer Nachhaltigkeit festmachen lassen? Warum werden größeren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die auch trotz einer relativ guten ökonomischen Leistungsbilanz nicht selten all diese Kriterien erfüllen, die Mittel, ohne die auch sie nicht überlebensfähig wären, gekürzt? Die Kappungsgrenze nach bewirtschafteter Fläche ist offensichtlich unsinnig. Man müsste eher fragen, wie sich genossenschaftliche Modelle, die einen hohen Anspruch an soziale und ökologische Verantwortung an sich selbst stellen, durch politische Entscheidungen unterstützen ließen. Zwar erhält auch der Faktor Arbeit in der geplanten Neuregelung einen höheren Stellenwert, was an sich schon einmal begrüßenswert ist, aber die konkrete Umsetzung bleibt, gerade auch im Verhältnis zu den „grünen" Nachhaltigkeitskriterien (Umwelt, Artenvielfalt, Kulturlandschaft) unzureichend. Es sollte aber ein zentrales Ziel sein, arbeitsintensive Betriebe nie zu benachteiligen und in Folge dessen auch die Qualität der Arbeit stärker zum Thema zu machen. Ungerechtigkeiten könnten beispielsweise reduziert werden, indem man Direktzahlungen von kapitalintensiven zu personalintensiven Betrieben umschichtet. Berücksichtigt werden muss, dass in Deutschland 91 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe Einzelunternehmen sind. Diese

bewirtschaften 66 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Gerade diese haben traditionell einen niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, wofür auch die kleinbetriebliche Struktur in diesem Sektor ein Grund ist. In Deutschland ist hier die IG BAU (2011: 305.775 Mitglieder) zuständig, die etwa 10 Prozent der in der Landwirtschaft Beschäftigten als Mitglieder hat, was bedeutet, dass sie ungefähr 20 Prozent der dort arbeitenden Menschen anzusprechen vermag.

- **Industrielle Lebensmittelproduktion:** Man muss zur Kenntnis nehmen, dass nur noch ein Bruchteil aller Lebensmittel ausschließlich in der Landwirtschaft oder im Ernährungshandwerk produziert werden. Der überwiegende Teil wird unter den Bedingungen einer hochindustrialisierten Wirtschaft hergestellt, zu der Global Player wie Unilever, Nestle oder Kraft Foods zählen, die auch auf dem deutschen Lebensmittelmarkt Umsätze in Milliardenhöhe erzielen.

  Vordringlich sind freilich in der Lebensmittelindustrie – wie auch im landwirtschaftlichen Sektor oder in den Arbeitsfeldern der Gastronomie – die klassischen sozialen Kämpfe gegen Niedriglöhne und für bessere Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten hatte im Jahr 2011 205.637 Mitglieder.

  Darüber hinaus muss sich die Politik im Bereich der Lebensmittelindustrie aber auch mit komplizierten Problemen wie der Patentierung von Biomaterial beschäftigen, wo es nicht nur um Gentechnik, sondern auch um Präzisionszuchtverfahren wie Smart Breeding geht, wozu glücklicherweise auf Bundes- und EU-Ebene inzwischen politische Debatten geführt werden, die aber der Unterstützung einer aufgeklärten Bevölkerung bedürfen. Nur sporadisch, aber nicht weniger dringlich, flackert immer wieder die Debatte um die immer weiter voranschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung von Trinkwasserressourcen auf. Unter Gebrauch von Semantiken des vorgeblichen Ressourcenschutzes wird das Lebensmittel Wasser immer mehr zur Handelsware und Wasserquellen zu Privateigentum.

- **Ernährung:** Linke Politik muss sich Gedanken machen, wie sich Ernährung sozial- und umweltverträglich gestalten lässt. Soll es einen durch Marktmechanismen gezogenen Spalt durch die Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung geben? Ein Beispiel: Kaum noch zu bestreiten ist, dass der immens hohe Verbrauch von Tierfleisch in Industrie- und Schwellenländern sozial-ökologische Probleme mit sich bringt. Ökokonservative an der Vorstandsspitze des BÖLW (Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft) werben bereits, dies über drastisch erhöhte Preise für Fleisch zu steuern, weil sie sich nicht vorstellen können, den Fleischverzehr über verteilungspolitische Maßnahmen zu steuern. Solche Aussagepraktiken legen die Karten offen, wohin sich die Ernährung der Gesellschaft in Zukunft noch stärker hinbewegen wird: Wer Geld hat, wird weiter autonom und frei entscheiden können, wie der eigene Speiseplan aussehen soll - egal wie rücksichtslos dabei gehandelt wird. Wer kein Geld hat, soll sich nach der Logik der konservativen Schöpfungsbewahrer im ökologisch korrekten Zwangsverzicht üben. Hinzu kommt, dass der OECD-FAO Agricultural Outlook 2010-19 aufgrund erhöhter Nachfrage mit einem Anstieg der Preise für Agrarrohstoffen rechnet: etwa 15 – 40 Prozent bei Weizen und Getreide, 40 Prozent + x bei Pflanzenöl oder bis zu 45 Prozent bei Milchprodukten. Dies wird selbstverständlich auch einen Anstieg der Lebensmittelpreise nach sich ziehen. Gleichzeitig treiben die Spekulationen mit Agrarrohstoffen die Preise zusätzlich nach oben. Hier ist eine internationale Regulie-

rung dringen notwendig. Seit 1980 sind die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke in Deutschland um 52 Prozent angestiegen.

- **Forschung:** Immer mehr rückt die gesundheitsunterstützende Funktion von guter Ernährung ins Bewusstsein. Gleichzeitig bergen Essen und Trinken sowie gemeinsame Mahlzeiten ein hohes Potential an Genuss und sozialer Vergemeinschaftung. Progressive, am Wohle der Menschen orientierte Forschung, sollte beides in den Blick nehmen und versuchen miteinander zu verbinden. Weder ist es wünschenswert, dass Ernährung zu Lasten gustatorischer Genüsse, weil gesundes und leckeres Essen zu teuer ist, allein als hocheffizienter Faktor für die Reproduktion von Humanarbeitskraft berechnet wird. Ebenso wenig sollten aus demselben Grund ganze Bevölkerungsschichten ernährungsphysiologisch abgehängt werden, weil genussreiche billige Speisen per se ungesunde Speisen sind. Zumal ist inzwischen bekannt, dass sich der alltägliche Vorgang der Ernährung als Repressionsmechanismus anbietet, der gezielt den Körper zur Angriffsfläche überindividueller Machtdiskurse in Anspruch nimmt. Die politische Debatte um die Forschung im Bereich ökologisch-nachhaltiger sowie High-Tech-Lebensmittelproduktion sind noch längst nicht erschöpfend geführt worden bzw. gehen auch hier über die, oftmals auch mehr populistisch als sachlich elaboriert, geführte Diskussion um die Grüne Gentechnik hinaus (bspw. Nano-Food oder Nutriogenomics).

- **Weltgesellschaft:** Zynisch gesagt gehört es quasi zur Allgemeinbildung, dass alle fünf Sekunden ein Mensch an den Folgen von Mangelernährung stirbt. Das Nord-Süd-Gefälle in der Bekämpfung des Hungers ist weiterhin gegeben und auch ein Produkt der Nahrungs-, Agrar- und Umweltpolitik der Industriestaaten gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern. Dazu kommen Fragen der Ausbeutung von ArbeiterInnen in der dortigen Landwirtschaft und Ernährungsindustrie zugunsten günstiger oder exklusiver Lebensmittel die von gutsituierten Schichten in wohlhabenden Regionen der Welt konsumiert werden. Immer wieder kommt es aufgrund gestiegener Nachfrage und kurzfristiger Gewinnschöpfung zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen in einem lokalen Territorium. Sind dort die agrarischen Lebensgrundlagen durch temporäre Übernutzung zerstört, wandert das Kapital einfach weiter, die ansässige Bevölkerung wird jedoch mit den externalisierten Kosten der Verödung zurückgelassen. Hier schließen sich ebenso Fragen der globalen Migration an.

Hiermit sind einige Felder in gegebener Kürze angeschnitten worden, auf denen linke Politik sich profilieren muss. Die hier zur Illustration aufgeführten wenigen Beispiele ließen sich nahezu beliebig vermehren oder binnendifferenzieren. Ernährung ist, von der Lebensmittelproduktion über Verarbeitung und Handel bis hin zum Konsum eine ökonomisch sowie kulturell geformte und sozialisierende Variable und ebenso ein volkswirtschaftlicher Faktor. Fraglos erschwert die Durchkapitalisierung der Agrar- und Lebensmittelindustrie sowie das ausgeprägt individual-wirtschaftliche Selbstverständnis zahlreicher landwirtschaftlicher Unternehmer die Entwicklung eines linkspolitischen Agrarprogramms. Die strukturelle Kopplung der Ernährung an verschiedenste Teilbereiche der Gesellschaft (Recht, Medizin, Wirtschaft etc.) qualifiziert sie jedoch zu einem Dreh- und Angelpunkt des politischen Gestaltungswillens. Ihre anthropologische Unvermeidbarkeit macht sie zudem zu wertvoll, um sie dem freien Markt zu überlassen. ■

Daniel Kofahl ist Soziologe und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kassel.

Fortschritt – Ein Laboratorium für politische Antworten unserer Zeit

von Svenja Schulze und Dirk Meyer

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll."

Abschiedsrede von Willy Brandt auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale in Berlin am 15. September 1992

Dass wir heute wieder positiv über Fortschritt diskutieren, mutet einigen immer noch ein wenig anachronistisch an. Nach dem Scheitern des DDR-Systems und der Deformation des „rheinischen Kapitalismus" durch einen zum Mainstream gewordenen Neoliberalismus. Noch mehr aber, seit Ende der 70er Jahre der Linken zeitgemäße Antworten ausgegangen sind.Viele huldigten in den 00er Jahren des neuen Jahrhunderts dem Neoliberalismus – und erst jetzt beginnt wieder eine breitere Diskussion, die versucht, Antworten zu formulieren, die auf der Höhe der Zeit sind. Fortschritt spielt dabei eine zentrale Rolle, ist aber nicht mehr wie im letzten Jahrhundert mit Heilserwartung verknüpft. Fortschritt, so unsere These, wird als Laboratorium für die politischen Antworten unserer Zeit verstanden.

Konsumismus, die Grenzen des Wachstums, Ressourcen- und Energieverbrauch, ökologische Zerstörungen, europazentristische Weltsicht, Fehlallokationen des Wohlstands, Technologiefixiertheit usw. – das waren die Sollbruchstellen, die den Glauben an einen linearen Fortschritt im Nachkriegsfordismus beendet haben. Insbesondere auf der politischen Linken waren Zukunftsskepsis und –zweifel angesagt. Auch wer nicht unbedingt agrokommunitären Scheinidyllen nachhing, suchte nach neuen Wegen jenseits hergebrachter Fortschrittsvorstellungen. Dies war beileibe kein westdeutsches Phänomen. Auch die ostdeutsche Skepsis suchte in Umwelt- und Friedensbewegung neue Orientierungsmaßstäbe jenseits uneingelöstem realsozialistischem Fortschrittsversprechens. Am Fortschritt wurde nunmehr offen gezweifelt. Technologische Lösungen infrage gestellt. Der Aufstieg der Grünen als politische Formation spiegelt diese Veränderungen wider. Die politische Linke war überrascht, hat die auch politisch-kulturelle Veränderungstiefe unterschätzt, in (Her)Abwertung oder überzogener Anpassung an den neuen Skeptizismus ihr Heil gesucht.

In diesem Windschatten wiederum erstarkte der Neoliberalismus, degradierte den Fortschritt zur Überlebenskunst im weltweiten Kampf aller gegen alle. Interessanterweise mit einem ungebrochenen Glauben an den technologischen Fortschritt, dem sich alles andere zu unterwerfen habe, um mit herausragender Innovationskraft den Platz an der Sonne zu behaupten. Parallel zum Fortschrittszweifel auf der Linken etablierte sich somit ein auf weltweite Marktvorteile instrumentell verkürzter Fortschrittsbegriff auf der politischen Rechten. Möglicherweise kann dies auch ein Schlüssel zum Verständnis für

verlorengegangene Akzeptanz industrieller Großprojekte sein: Wo global agierende Konzerne fortwährend dokumentieren, dass sie an keinen Ort gebunden sind und dieses Erpressungspotenzial bei jedem Gesetzesvorhaben und/oder jeder Tarifauseinandersetzung ausspielen, gerät die Auseinandersetzung etwa gegen eine Pipeline vor Ort zum grundsätzlichen Kampf auch der verschiedenen Fortschrittsvorstellungen.

Es könnte eine Ironie der Geschichte sein, dass gerade die vom Neoliberalismus verursachte Weltfinanzkrise die Renaissance des Fortschrittsgedankens befeuert. Es scheinen die Länder mit großer realwirtschaftlicher Basis zu sein, die besonders gut aus der Krise gekommen sind. Es setzt sich allerorten die Erkenntnis durch, dass mit einer funktionierenden Industrie, mit einem breit aufgestellten und produzierenden Mittelstand, der sich trotz globaler Märkte an Ort und Region und die dort lebenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebunden fühlt, schwierige ökonomische Phasen besser durchzustehen sind, als ohne sie. Diese neue Offenheit der Realwirtschaft gegenüber macht den Weg plötzlich wieder frei auch für ein neues Nachdenken über das, was Fortschritt heute charakterisiert. Die dichotomische Verengung löst sich. Seither nimmt die Diskussion Fahrt auf. Und sie nimmt erstaunlicher- und richtigerweise auf der politischen Linken an Fahrt auf:

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat bundesweit diverse Foren durchgeführt und debattiert das Thema intensiv auf ihrer Internetplattform. Der Bundestag hat eine Enquete-Kommission zum Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingerichtet. Michael Vassiliadis hat für die IGBCE, die Gewerkschaften und damit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Fortschritt zur Handlungsmaxime unter der Trias Ökologie, Ökonomie und Sozialem erklärt – und zum Mittun aufgefordert, Fortschritt gewissermaßen zurückzuerobern. Matthias Machnig versteht Fortschritt als umfassenden Politikansatz, der ökonomische, arbeitsmarkt-, sozial- und bildungspolitische Stränge mit erweiterten demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten verknüpft. Und der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung zu den Globalen Umweltveränderungen (WBGU) fordert einen neuen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“, indem er konsequent auf „die technologischen Potenziale zur umfassenden Dekarbonisierung“ verweist und Geschäfts- und Finanzierungsmodelle für den Wandel skizziert. Das WGBU Gutachten macht eindeutig klar, dass „politische Instrumente für eine klimaverträgliche Transformation wohlbekannt sind.“[1]

Zugleich nimmt er die Wissenschaften in die Pflicht, indem er künftige Forschungsfelder ebenso bemisst wie strukturelle Herausforderungen bei Lehre und Organisation der Forschungseinrichtungen in den Blick nimmt.

Fortschritt ist also wieder en vogue. Fortschritt entwickelt sich zu einem Laboratorium für politische Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Industrie und Realwirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Politik und Gesellschaft, Nachhaltigkeit und Umweltfragen werden mitgedacht, gelten als notwendige Erfolgsfaktoren, ohne die nachhaltiger Fortschritt angesichts der komplexen Herausforderungen nicht erreicht werden kann. Es kehrt mithin der Glaube zurück, dass Fortschritt organisierbar ist. Dass, um es mit Willy Brandt zu sagen, Gutes bewirkt werden kann, dass Fortschritt heute an die Werte von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gebunden ist, es mithin nicht um ein Instrument kruder Profitmaximierung im globalen Dschungel geht. Dass an sich ist bemerkenswert. Ebenso, wie das mutige Plädoyer von Michael Vas-

1 Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates für globale Umweltveränderungen, Zitiert nach http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_ZfE.pdf

siliadis den berechtigten Anspruch erhebt, Fortschritt nicht als Angelegenheit der wirtschaftlichen Elite zu betrachten, sondern als Aufgabe der Sozialpartner.

Angesichts der auf der europäischen Ebene als Grand Challenges bezeichneten Problemlagen ist der Fortschrittsoptimismus ebenso kühn wie wünschenswert. Statt in apokalyptische Agonie zu verfallen wird auf gemeinschaftliches Handeln gesetzt. Die Dimensionen der Grand Challenges dürften weltgeschichtlich einmalig sein. Es geht um nicht weniger als die Herausforderungen des Klimawandels, die Frage des Ressourcenverbrauchs, die nachhaltige Energiewende. Es geht um die Folgen des demographischen Wandels, um die Ernährung der Weltbevölkerung und ihre medizinische Versorgung. Es geht um den Zugang zu Informationen und die Mobilität der Zukunft in und zwischen den großen urbanen Räumen. Es geht um demokratische Teilhabe aller. Und es geht um die Überwindung tiefer sozialer Spaltung. Es geht um Fragen, die einen weiten Bogen bis in die Gründungsgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung schlagen, heute global gestellt und wohl existentieller in seinen Ausmaßen als vor 150 Jahren.

Fortschritt ist in diesem Kontext alles, was plausible Antworten, was plausible Lösungen anbietet. Damit sind nicht singuläre technologische Lösungsangebote gemeint. Damit sind Lösungen gemeint, die umfassend in ihren Konsequenzen auf andere Herausforderungsbereiche durchdacht sind, die das Verhalten und Handeln der Menschen einbeziehen, die die sozialen und ökologischen Folgewirkungen berücksichtigen etc.

Drei Beispiele für heutigen Fortschritt:

- Nullenergiehäuser sind als Neubauten ein erstrebenswerter Benchmark. Im vorhandenen Gebäudebestand entwickelter Gesellschaften indes müssen sie eine quantité négligeable bleiben, hier ist die Sanierung im Bestand entscheidend. In den sich entwickelten Gesellschaften mit ihrer nahezu unkontrollierten Urbanisierung wiederum ist die energetische Frage in hohem Maße auch eine soziale Frage: Wer soll sich dort Nullenergiehäuser leisten können? (Übrigens, die soziale Dimension tangiert auch unsere Anstrengungen zur Energieeffizienz: Sie muss bezahlbar bleiben für alle.) Die Entwicklung ausgeklügelter Gebäudetechnologien reicht also keineswegs aus. Es bedarf des Zusammenwirkens von Energieversorgern, Handwerk und Industrie, Politik und verschiedenster Disziplinen in der Wissenschaft, um die Energiewende in diesem einen Punkt wirksam werden zu lassen. Zugleich bedarf es unterschiedlicher regionaler Ansätze, je nach Struktur der Gebäudebestände und Besitzverhältnisse.

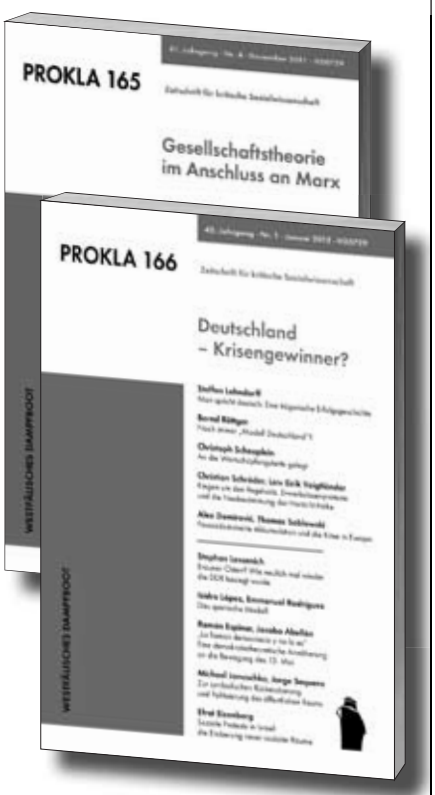
- Das zweite Beispiel: Die Suche nach neuen Antriebstechnologien ist schon mehrfach in Sackgassen gelandet. Fast schon legendär ist die Nutzungskonkurrenz bei nachwachsenden Rohstoffen zur Spritproduktion. Und im Hinblick auf die Elektromobilität lässt die gesamtökologische Bilanz den Wert dieser Antriebstechnik mindestens in Frage stellen. Vermutlich bedeutet Fortschritt auch hier die Entwicklung diversifizierter Lösungen, die die soziale Dimension, das Verhalten der Einzelnen, die ökologischen Folgen, die regionalen Gegebenheiten etc. in den Blick nehmen – und die alle zum Ziel haben müssen, individuelle Mobilität zu gewährleisten.

- Ein drittes Beispiel soll zeigen, wie sich Fortschritt in finanz- und sozialpolitischer Hinsicht definieren muss. Hannelore Kraft wurde vor Monaten von Opposition und bürgerlichen Medien noch verhöhnt, als sie unter dem Motto „Wir wollen kein

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Nicht selten wird Marx im wesentlichen als Ökonom wahrgenommen, als Kritiker der bürgerlichen Ökonomie des Kapitalismus, ganz eng verstanden als Wirtschaftssystem. Entsprechend eng fällt dann der Bezug auf das Marx'sche Werk aus.
PROKLA 165 öffnet demgegenüber das Feld und sucht nach Anschlussmöglichkeiten bei Marx als Gesellschaftstheoretiker.

2011 - 168 Seiten - € 14,00
ISBN: 978-3-89691-365-4



Im Zentrum der ***PROKLA 166*** steht die Analyse der aktuellen Situation in Deutschland, das Nebeneinander von Wirtschaftsboom, wachsender sozialer Spaltung und partieller politischer Befriedung.

2012 - 178 Seiten - € 14,00
ISBN: 978-3-89691-366-1

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Talent zurücklassen" zur Entwicklung einer vorbeugenden Fiskal- und Sozialpolitik aufgerufen hat. Der Chor der Kritiker ist deutlich leiser geworden, seit im Rahmen eines groß angelegten Modellvorhabens in 18 ausgewählten Kommunen Nordrhein-Westfalens die gesamte Bildungskette von der Krabbelgruppe bis zur Hochschule vernetzt in den Blick genommen wird. Die Rechnung ist einfach, der Anspruch kühn: Gelingt es zu zeigen, dass durch intelligente Vernetzung die Zahl der „Verlierer" signifikant gesenkt werden kann, zahlt sich Vorbeugung gesellschafts- und fiskalpolitisch aus, kann soziale Spaltung nachhaltig überwunden werden. Dieses Wagnis einzugehen, wiewohl nicht alle fiskalischen Benefits im Landeshaushalt verbleiben, gehört zum fortschrittlichen Politikverständnis gegenüber stupiden Sparappellen.

Alle drei Beispiele dokumentieren eine zentrale Herausforderung. Ohne disziplinenübergreifenden Ansatz wird sich kein Fortschritt einstellen. Vielleicht liegt genau darin eine der größten, weil verstecktesten Schwierigkeiten. Heute gibt es leider noch zu wenig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich der Inter- oder gar der Transdisziplinarität verpflichtet fühlen. Und das hat Ursachen, die jeder Forschungsprorektor im Gespräch sofort einräumt: Wissenschaftliche Karrieren werden zunächst einmal in der Hausdisziplin gemacht werden. Es mangelt mithin an strukturellen Anreizen, über den eigenen Gartenzaun hinauszuschauen, ja es ist karriereschädigend. Ähnliches gilt für die vernetzte Arbeit sozialer Institutionen:

Was nützt es dem Land, die Kassen der Sozialversicherungen und/oder des Bundes zu schonen, wenn sich die Ebbe im eigenen Etat sogar noch durch Projektkosten vergrößert? Doch genau daran führt kein Weg vorbei. Gibt es doch längst gute Beispiele aus der Industrie, die überzeugend dokumentieren,

dass disziplinenübergreifende Herangehensweisen erfolgreich sind. So haben die Konzepte der Science-to-Business-Center in der chemischen Industrie unter Beweis gestellt, dass sich Fortschritt organisieren lässt, ja berechen- und planbar ist. Der Impuls dazu kam nicht von unten, aus den Disziplinen. Der Impuls kam über die Geschäftsleitungen, die die Forschung an Markterfolgen der Zukunft nicht dem zufälligen Einfall starrer, zentraler Einheiten überlassen wollten, sondern entlang der großen Fragestellungen flexible Lösungsarchitekturen geschaffen haben. Interessant dabei: Längst haben die Führungsebenen der Unternehmen erkannt, dass Lösungsbeiträge zu den Grand Challenges zukünftige Marktchancen sind. Damit ergeben sich gewünschte Schnittmengen zwischen privater und öffentlicher Forschung, die gemeinsam Fortschritt erzielen können. Es bleibt eine Herausforderung für die komplizierte föderale Struktur Deutschlands, die richtigen ebenenübergreifenden Anreize zu schaffen (wie schwer das ist, belegt die Auseinandersetzung um das Kooperationsverbot). Und es bleibt eine Herausforderung der Wissenschaftspolitik, übrigens auch der außeruniversitären Einrichtungen, transdisziplinäres Forschen zu ermöglichen und auch in diesem Bereich wissenschaftliche Karrieren zu befördern.

In Nordrhein-Westfalen ist der Anfang insofern gemacht, als Fortschritt fester Bestandteil der Forschungspolitik geworden ist. Dort wo das Land Impulse setzen kann, gilt es sich an den Grand Challenges zu orientieren, die sich nicht zuletzt im neuen Forschungsprogramm der EU unter dem Titel HORIZON 2020 widerspiegeln werden. Mit einem ersten Regionalen Innovationsnetzwerk zum Thema Energieeffizienz in Gebäuden erprobt das Land den oben skizzierten disziplinen- und akteursübergreifenden Ansatz. Mithilfe eines Fortschrittskollegs sollen Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler anwendungsbezogen beteiligt werden und darauf ihre wissenschaftliche Karriere entwickeln. Mit den Orten des Fortschritts zeichnet das Wissenschaftsministerium herausragende Forschungseinrichtungen aus und präsentiert sie der Öffentlichkeit, die sich dem Thema Fortschritt in ihren Arbeiten widmen. Und schließlich lädt das Land regelmäßig disziplinenübergreifend zu Foren des Fortschritts ein, um an ausgewählten Themen weiterzudenken (siehe auch http://www.wissenschaft.nrw.de/Leitlinien_des_Ministeriums/Fortschritt_NRW_NEU/index.php).

Es wird Herausforderung der nächsten Wahlperiode sein, Fortschritt über das Wissenschaftsministerium hinaus zu setzen, etwa in der Wirtschaftspolitik, aber auch in der Gesellschafts- und in der Arbeitspolitik. Schließlich bietet sich an, das Thema auch zum Gegenstand auf Bundesebene zu machen, Eingang finden zu lassen in die Programmatik der SPD und das Regierungsprogramm 2013ff. Zum Fortschritt gehört immer auch eine Portion Hoffnung und Utopie...es ist ein Laboratorium politischer Antworten unserer Zeit. ■

Svenja Schulze ist Mitglied im Landesvorstand und Präsidium der NRW SPD und seit 2010 Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Dirk Meyer ist aktiv in der Gewerkschaftsbewegung und ehemaliger Redakteur der SPW.

Marxismus und Menschenrechte

von Andreas Fisahn

Über Marxismus und Menschenrechte zu schreiben[1], scheint geradezu vermessen angesichts der Fülle an Literatur, die sich aus sehr unterschiedlichen Perspektiven mit dieser Frage beschäftigt hat. Es gibt allein zwei Schriften mit genau demselben Titel. Schon 1949 hat der Linkssozialist und zu den führenden Mitgliedern des *Marxistischen Arbeitskreises der Berliner SPD gehörende Willy Huhn*[2] einen Aufsatz so überschrieben, in dem er sich mit der These von Hans Leisegang auseinandersetzt, dass die „tieferen Gründe für die menschenunwürdigen Zustände" in der UdSSR letztlich auf die „Kritik und Ablehnung der ... Menschenrechte durch Karl Marx" zurückzuführen sei – eine Argumentationsfigur, die insbesondere nach dem Zusammenbruch der sich selbst als „realsozialistisch" bezeichnenden Staaten gern wieder verwendet wird: „Im Grunde war der ganze Schlamassel schon bei Marx vorgedacht", lautete kurz die bekannte These, die wegen ihrer Popularität beantwortet werden muss.

Willy Huhn führt gegen den christlichen Philosophen Leisegang ins Feld, dass Marxens Argumentation in „Zur Judenfrage" gerade darauf zielt, die Religionsfreiheit als Element der Menschenrechte zu akzeptieren. Aber Marx bleibe dabei nicht stehen. Er unterscheidet zwischen droit du citoyen, also Staatsbürgerrechte und droit de l'homme, die er als Rechte des Bürgertums charakterisiert. Das Problem liege nun darin, dass die droit de l'homme dem bürgerlich liberalen Menschenbild entspringen, das die menschliche Freiheit nur als eine des vom Gemeinwesen getrennten egoistischen Menschen begreifen könne. Willy Huhn schreibt dazu: „Für den wahren und eigentlichen Menschen gilt also nicht der Staatsbürger, das zoon politikon, sondern der Bourgeois, der homo oeconomicus. ... Dieser wird nun als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft die Grundlage und Voraussetzung des modernen bürgerlichen Staates. Die Anerkennung dieser Monade erfolgt in den Menschenrechten der bürgerlichen Revolutionen."

Die Menschenrechte, fährt Huhn fort, werden in der bürgerlichen Gesellschaft, wenn es der Macht richtig scheint, anstandslos durchbrochen, was 1949 nicht bewiesen werden musste. Insofern sei der Bolschewismus nur die Vollendung des autoritären Zuges der bürgerlichen Gesellschaft, er stelle „nur die moderne Form des französischen Jakobinismus dar, der praktisch auch schon den Staatsbürger über das Individuum stellte. Im stalinistischen Polizeistaat ist aber die liberale Ausnahme zur totalitären Regel geworden."[3] Damit steht es, folgt man Huhn, in dieser Frage zwei zu null. Die Überheblichkeit der sich selbst als geschichtliche Sieger deklarierenden bürgerlichen Gesellschaft – das kann sich offenbar schnell ändern – ist alles andere als berechtigt und vergisst die Unmenschlichkeit ihrer Vollstrecker von Nazideutschland über südamerikanische Diktaturen bis Guantanamo.

Auch Hermann Klenner, der große Rechtsphilosoph der DDR, legte 1982 ein umfangreiches Werk mit dem Titel „Marxismus und Menschenrechte" vor. Darin verfolgt er die These, dass die Menschenrechte einen bedeutenden Fortschritt in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft dargestellt hätten, sie aber gleichwohl in der bürgerlichen

1 Der Beitrag erschien erstmalig in Argumente 4/ 2011 des Juso-Bundesverbandes.

2 Näheres zu Willy Huhn und dem weiteren Wirken von Linkssozialisten in der SPD der 50er Jahre: Kritidis, Gregor, Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer, 2008, S. 172 ff.

3 Huhn, Willy, Marxismus und Menschenrechte: http://raumgegenzement. blogsport.de/ 2010/03/31/felix-klopotek-willy-huhn-underdog-gegen-grossbuerger-2010/ (24.10.2011).

Gesellschaft „nur“ oder – neben ihrem emanzipatorischen Gehalt – auch Klassenrecht gewesen seien. Im nicht leicht verdaulichen Duktus der DDR knüpft Klenner zunächst ebenfalls an Marx Schrift zur Judenfrage an und rechnet dieser das Verdienst zu, nachgewiesen zu haben, dass „bei den Menschenrechten ... sich Wort und Wesen notwendig in den Haaren liegen, weshalb die Regierenden die vorgeblichen Menschenrechte auf einen ihren jeweiligen Klasseninteressen gemäßen Inhalt zu reduzieren unternehmen.“[4] Dann zeigt er mit einer Fülle von Quellen – implizit gegen die Herrschenden der DDR –, dass sich die „proletarische Bewegung“ immer auch auf die Menschenrechte berief, ihre Umsetzung auf die Fahnen geschrieben hatte. Marx und Engels hätten gewusst, mit wem sie es zu tun hatten, als sie 1847 dem „Bund der Gerechten“ beitraten, die „mit der Zauberformel liberté, ègalitè, fraternité die Welt aus den Angeln heben wollten.“[5] Einstweilen habe diese Formel ausgereicht, aber Marx habe darauf bestanden, dass die ökonomischen Verhältnisse umgeworfen werden müssen, um eine wirkliche Emanzipation des Menschen zu erreichen. Der junge Marx habe genial erkannt, dass „weder die buchstabengetreue Verwirklichung ... der Menschenrechte von 1776/89 noch die Erfindung neuer nun endlich wirklicher Menschenrechte ... die Antagonismen der Klassengesellschaft, die im Privateigentum an den Produktionsmitteln wurzelnde Entmenschung durch den Menschen aufheben“ können.[6] Der Antagonismus könne nur durch eine soziale Revolution überwunden werden – aber was passiert mit den Menschenrechten in der sozialen Revolution? Klenner muss kryptisch formulieren[7] und liefert nun einen Abschnitt über den Einfluss von Hegel auf Marx – es lässt sich folgern: Bei dialektischem Denken wird der Fortschritt, den die Menschenrechte gebracht haben, auch in der sozialen Revolution aufgehoben, dass heißt überwunden und bewahrt werden.

Marx und Engels kritisieren einerseits, dass die bürgerliche Gesellschaft ihre eigenen Versprechen nicht einlöst.[8] Sie kritisieren die Menschenrechte als „nur“ bürgerlich, loben sie gleichzeitig als geschichtlichen Fortschritt, verteidigen sie gegen die Missachtung in der repressiven Praxis.[9] Sie fordern das Recht auf Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit usw. zusammen mit dem allgemeinen Wahlrecht, um die Bedingungen des politischen Kampfes für die Arbeiterbewegung zu verbessern. Und sie wissen, dass es genau diese Freiheiten sind, die der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich werden können.[10] Und sie fordern selbstverständlich Schutzrechte für die arbeitenden Klassen, etwa die acht Stunden Bill – so alt wie die Forderung ist, so schlecht steht es um den acht Stunden Tag wieder im neoliberalen Kapitalismus.

4 Klenner, H., Marxismus und Menschenrechte, (Berlin 1982), S. 70.
5 Klenner, H., Marxismus und Menschenrechte, S. 82.
6 Klenner, H., Marxismus und Menschenrechte, S. 84.
7 Er formuliert implizit eine Kritik am Menschenrechtsverständnis der DDR, die gepaart ist und schmackhaft für die Herrschenden dort wird durch einen Angriff auf die Wertejudikatur bundesdeutscher Gerichte, die Berufsverbote rechtfertigte und sich die wehrhafte Demokratie auf die Fahnen schrieb, die deshalb auch von der Westlinken scharf angegriffen wurde. Die DDR war genauso wenig ein monolithisches Gebilde wie es der Staat der BRD ist.

8 So schreibt Engels: „Wobei es für den spezifisch bürgerlichen Charakter dieser Menschenrechte bezeichnend ist, dass die amerikanische Verfassung, die erste, welche die Menschenrechte anerkennt, in demselben Atem die in Amerika bestehende Sklaverei der Farbigen bestätigt: die Klassenvorrechte werden geächtet, die Racenvorrechte geheiligt“ (Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 98).
9 Marx schreibt auf der anderen Seite in seinem Gratulationsschreiben zur Wiederwahl von Abraham Lincoln: „Als die Oligarchie der 300000 Sklavenhalter zum erstenmal in den Annalen der Welt das Wort Sklaverei auf das Banner der bewaffneten Rebellion zu schreiben wagte; als auf dem selbigen Boden, dem kaum ein Jahrhundert vorher zuerst der Gedanke einer großen demokratischen Republik entsprungen war, von dem die erste Erklärung der Menschenrechte ausging und der erste Anstoß zu der europäischen Revolution des 18. Jahrhunderts gegeben wurde; als auf diesem selbigen Boden die Kontrerevolution“ losschlug, „da begriffen die Arbeiter Europas sofort, ... dass die Rebellion der Sklavenhalter die Sturmglocke zu einem allgemeinen Kreuzzug des Eigentums gegen die Arbeit läuten würde.“ (Marx, „Über die USA und den Sezessionskrieg“ MEW 16, S. 18 f).
10 So schreibt Engels: „Die Bourgeoisie kann ihre politische Herrschaft nicht erkämpfen, diese politische Herrschaft nicht in einer Verfassung und in Gesetzen ausdrücken, ohne gleichzeitig dem Proletariat Waffen in die Hand zu geben. ... Konsequenterweise muss sie also das allgemeine, direkte Wahlrecht, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit und Aufhebung aller Ausnahmsgesetze gegen einzelne Klassen der Bevölkerung verlangen. Dies ist aber auch alles, was das Proletariat von ihr zu verlangen braucht.“ (Engels: Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, MEW 16, S. 76).

Das eigentliche Verdienst der „Klassiker" liegt aber wohl darin, dass sie die Homologie[11] zwischen kapitalistischer Produktionsweise und Recht, speziell den Menschenrechten, aufzeigen. Das Recht formuliert die Bedingungen der Produktionsverhältnisse, folgt diesen, sichert sie ab, schreitet voran oder hinkt ihnen hinterher. Das Recht ist keineswegs immer auf der Höhe der Zeit, also nicht simple Widerspiegelung der ökonomischen Verhältnisse, aber die Grundstrukturen des Rechts weisen einen Gleichklang zu den Bedingungen der materiellen Produktion und Zirkulation in einer Gesellschaft auf. Marx bezieht die Menschenrechte direkt auf die Zirkulationssphäre, wenn er schreibt: „Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angebornen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum ... . Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine."[12]

Hier knüpft Eugen Paschukanis (1892-1937) in seinem Hauptwerk „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus" (1923) aus der Perspektive der linken Opposition gegen Stalin an. Gegen dessen Order vertrat er die Auffassung, dass es in der UdSSR nicht darum gehen könne, ein spezifisch sozialistisches Recht zu entwickeln. Ähnlich wie beim Staat folge aus der marxistischen Perspektive, dass das Recht als typisch bürgerliche Form der Vergesellschaftung im Sozialismus absterben werde. Sieben Jahre später wurde Paschukanis gezwungen, wesentliche Elemente seiner Theorie zu widerrufen, weitere sieben Jahre später gehörte er zu den „zur Millionenschar anwachsenden Opfern des stalinistischen Mordterrors."[13]

Paschukanis Argumentationsfigur ist eingängig. Die freien und gleichen Rechtssubjekte können in einer Waren produzierenden Gesellschaft nicht selbst über den formell korrekten Äquivalententausch wachen. Von einem marktförmigen Warenaustausch lasse sich nicht sprechen, wenn eine der Parteien von der anderen direkt zum Vertragsabschluss gezwungen oder – noch deutlicher – schlicht mit Gewalt ausgeraubt werde. Das Recht schaffe die Voraussetzungen des Wa-

11 Homologie wird im Sinne Pierre Bourdieus als eine „Vielfalt in Homogenität" verstanden. D.h., dass trotz der Vielfältigkeit eine prinzipielle Ähnlichkeit bestehe. Dies resultiere daraus, dass „jedes System individueller Dispositionen [...] eine strukturelle Variante der anderen Systeme [...]" bilde (Bourdieu, Pierre, Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, 1987, S. 113).

12 Marx, Das Kapital I, MEW 23, 189.

13 Klenner, H., Zur vorliegenden Ausgabe von Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus (Freiburg/ Berlin) S. 230.

renaustausches und sichere diesen gleichzeitig ab, z.B. gegen Wucher, Verzug oder Schlechtleistung. Paschukanis schreibt: „Die Entwicklung des Rechts als System wurde nicht durch die Erfordernisse des Herrschaftsverhältnisses erzeugt, sondern durch die Erfordernisse des Handelsverkehrs mit gerade solchen Völkerschaften, die noch nicht durch eine einheitliche Machtsphäre erfasst werden."[14] Das richtet sich offensichtlich gegen die Primitivorthodoxie, die in aller Schlichtheit das Recht zum Willen und den Staat zum Instrument der herrschenden Klasse erklärt. Dann kommt es nur noch darauf an, wer gerade die herrschende Klasse ist.[15]

Die reale Voraussetzung für den Tod der Rechtsform, d.h. für das überflüssig Werden des Rechts, ist nach Paschukanis die sozialistische Gesellschaft, die keine Waren produzierende Gesellschaft sei, d.h. „ein Zustand der Gesellschaft, in dem der Widerspruch zwischen individuellen und gesellschaftlichen Interessen überwunden ist."[16] . Aber: Ist ein solcher Zustand vorstellbar? Selbst wenn er vorstellbar ist, wäre er wünschenswert? Wäre das nicht der Alptraum einer uniformen Gesellschaft? Wie werden die Widersprüche zwischen individuellen Interessen geregelt – wenn nicht rechtlich? Oder fallen diese auch weg? Hier könnte man einfach sagen: „Schaun wir mal", aber selbstverständlich sind mit der Rechtsformanalyse strategische Implikationen verbunden. Wenn Recht die spezifische Form der bürgerlichen Vergesellschaftung ist, scheint erstens eine radikalreformerische Perspektive, die sich auf das Recht als Instrument der gesellschaftlichen Steuerung stützt, ausgeschlossen. Zweitens: Das Verhältnis zu den Menschenrechten gerät taktisch und nicht prinzipiell.

Ernst Bloch antwortet auf die Misere des „real existierenden Sozialismus" konträr zu Paschukanis. Im Jahre 1961 erscheint sein Buch „Naturrecht und menschliche Würde", im gleichen Jahr wird die Mauer gebaut und Ernst Bloch kehrt nach einer Reise in den Westen nicht mehr zurück in die DDR, nach dem Sieg über den Faschismus seine Wahlheimat. Den Machthabern der DDR schreibt er gleichsam ins Stammbuch; er sei „voll Gewissheit: Es gibt sowenig menschliche Würde ohne Ende der Not, wie menschliches Glück ohne Ende alter oder neuer Untertantätigkeit."[17] Gegen die Untertantätigkeit helfe nicht das Absterben des Rechts, sondern vielmehr die Ausstattung der Menschen mit subjektiven Rechten gegen die Macht. Dazu sei eine Verbindung von Sozialutopie mit dem Gehalt der Menschenrechte erforderlich. Letztere hätten die Sozialutopien aus den Augen verloren.

Bloch unterscheidet zwischen absolutem und relativem Naturrecht. Letzteres lieferte die Legitimation für Herrschaft, rechtfertigte Ausbeutung und den Unterschied von Herren und Knecht als naturgegeben oder –notwendig. Im absoluten Naturrecht hingegen seien – der jeweiligen historischen Situation entsprechend – Zustände der Befreiung, der Beseitigung von Herrschaft vorausgedacht, um diese zu erkämpfen. Sozialutopie und absolutes Naturrecht unterscheidet Bloch folglich so: „Die Sozialutopie ging auf menschliches Glück, das Naturrecht auf menschliche Würde. Die Sozialutopie malte Verhältnisse voraus, in denen die Mühselig und Beladenen aufhören, das Naturrecht konstruiert Verhältnisse, in denen die Erniedrigten und Beleidigten auf-

14 Paschukanis, E.. Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, S. 88.

15 Das Recht sei ebenso wie der bürgerliche Staat Produkt der kapitalistischen, Waren tauschenden Gesellschaft, der sich – im Unterschied zu vorangegangenen Gesellschaften – durch die Besonderung der politischen Macht von der sozialen Macht auszeichnet, also durch die Herausbildung eines spezifischen politischen Apparats, der von den herrschenden Klassen getrennt ist. Ebenso wie die Rechtsform, meint Paschukanis, lasse sich der Staat aus dem Warentausch „ableiten". Die den korrekten Warentausch regelnden Normen bedürften der Überwachung durch einen „neutralen" Dritten, sie werde bei einer von der Gesellschaft separierten öffentlichen Instanz, dem Staat, angesiedelt. An diese Überlegungen knüpfte in den 1970er Jahren mit der ersten Renaissance des Marxismus die sog. Ableitungsdebatte an, bei der Rechtsform und Staatsform in den Mittelpunkt des Interesses rückten, nicht der besondere Inhalt des Rechts.

16 Paschukanis, E., Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, S. 100.

17 Bloch, E., Naturrecht und menschliche Würde (Frankfurt/M. 1977), S. 14/237.

hören."[18] Dieses Vorscheinen menschlicher Verhältnisse im Naturrecht rekonstruiert Bloch in einem Gang durch die Geschichte des philosophisch, revolutionären Denkens. Das heißt, er entwirft eine Fortschrittsgeschichte des Naturrechts, das in unterschiedlichen Epochen anders argumentiert, auf die jeweiligen Konflikte und Kämpfe der Epoche antwortet, wobei das naturrechtliche Denken die Fortschritte der je vorangegangenen Epochen überwindet, bewahrt und gleichzeitig weiter entwickelt.

Bloch kommt so zu einem sozialistischen Naturrecht, das die Inhalte des emanzipatorischen, absoluten Naturrechts, d.h. auch das zu bewahrende Erbe des „alten", bürgerlichen Naturrechts auf eine höhere Stufe hebt. Das geht so: „War es nicht zuletzt ein Vermächtnis von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das Rosa Luxemburg ganz actualiter sagen ließ: ‚Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie'."[19] Und es bleibe das „Postulat menschlicher Würde", das Bloch in der sozialistischen Tradition so fortschreibt: Denn „auch der Mensch, nicht nur seine Klasse hat, wie Brecht sagt, nicht gern den Stiefel im Gesicht, und das Bleibende am Naturrecht gab dieser Abneigung, einer schon seit Spartacus revolutionären, begriffliches, ob auch noch abstraktes Format." Und weiter bleibt als eigenes Erbe des revolutionären Naturrechts das Postulat der „Aufhebung aller Verhältnisse, in denen der Mensch mit den Dingen zur Ware entfremdet wird und nicht nur zur Ware, sondern zur Nullität an Eigenwert."[20] So ergibt sich die „sozialistische Rechtsnorm ... als die pro rata kodifizierte Solidarität zur Herstellung eines ökonomisch-politischen Zustandes",[21] für den gilt: „Keine wirkliche Installierung der Menschenrechte ohne Ende der Ausbeutung, kein wirkliches Ende der Ausbeutung ohne Installierung der Menschenrechte."[22] Schließlich: „Das letzte subjektive Recht wäre so die Befugnis, nach seinen Fähigkeiten zu produzieren, nach seinen Bedürfnissen zu konsumieren; garantiert wird diese Befugnis durch die letzte Norm des objektiven Rechts: Solidarität."[23]

Das heißt nicht, dass Bloch meint, die „Erfindung neuer nun endlich wirklicher Menschenrechte" (Klenner) mache die soziale Revolution überflüssig, aber deutlicher als Klenner betont er die Verbindung von Menschenrechten und Sozialutopie, um den Untertanengeist und mit ihm die Herren, die er in der DDR kennen gelernt hatte, in die Schranken zu weisen. In diesem Sinne gehören Menschenrechte und Marxismus zusammen, denn ohne soziale Umwälzung bleiben die bürgerlichen Menschenrechte immer fragil, ohne Menschenrechte droht die soziale Revolution in eine „Diktatur im bürgerlichen Sinne" (Luxemburg) zu degenerieren. Das könnte der Zeitpunkt sein, zu dem der Mensch seine individuellen Kräfte „als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht,"[24] was eben nicht heißt, dass das Individuum im Staat verschwindet, sondern umgekehrt die besonderte Herrschaftsorganisation in der vereinten Assoziation der Individuen. ■

Dr. Andreas Fisahn ist Professor für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht sowie Rechtstheorie an der Universität Bielefeld.

18 Bloch, E., Naturrecht und menschliche Würde, S. 13.
19 Bloch, E. Naturrecht und menschliche Würde, S. 227.
20 Bloch, E., Naturrecht und menschliche Würde, S. 232.
21 Bloch, E., Naturrecht und menschliche Würde, S. 259.
22 Bloch, E., Naturrecht und menschliche Würde, S. 13.
23 Bloch, E., Naturrecht und menschliche Würde, S. 252.
24 Marx, K., Zur Judenfrage, MEW 1, S. 370.

Sammelrezension: Die Debatte geht weiter – aktuelle Bücher zum Thema Integration

von Thilo Scholle

Was unter dem Begriff „Integration“ zu verstehen sein soll, lässt sich nicht exakt feststellen. Die Vorstellungen reichen von eher assimilatorischen Perspektiven über Positionen „kultureller Hybridität“ von Migrantinnen und Migranten bis hin zu eher verfassungspatriotisch ausgelegten Varianten. Auch die Frage, wer zur „Mehrheitsgesellschaft“ gehört und wer nicht, lässt sich kaum an kulturellen Merkmalen, sondern eher an gesellschaftlichen Machtpositionen und Definitionshoheiten festmachen. Zwar geht es vor der Hand nicht mehr um „Ausländer“ die sich in Deutschland zu integrieren hätten, sondern um „Menschen mit Migrationshintergrund“ und damit bis in die 3. Generation von Einwanderungsgeschichte hinein. Faktisch reicht der Blick auf den Migrationshintergrund aber nicht aus: „Migrationshintergrund“ an sich ist kein Kriterium gesellschaftlicher Benachteiligung. Gerade im Alltag geht es vor allem um einen „sichtbaren“ Migrationshintergrund, und das betrifft nach allgemeiner Wahrnehmung in erster Linie Menschen, denen eine Zugehörigkeit zum „Islam“ unterstellt wird. Deutlich wird dies sinnbildlich im größten Sachbucherfolg der letzten Jahre, der für viele Menschen endlich die (vermeintlichen) Fakten zu den ohnehin bestehenden Vorurteilen gegen „die“ Muslime lieferte, und damit vor allem türkeistämmige Menschen meinte.

Neben der Frage nach dem allgemeinen Stand der Diskussion um Migration und Integration, lohnt daher vor allem ein Blick auf Bücher zu demThema türkische Einwanderung sowie zum Thema Islam.

50 Jahre Anwerbung aus der Türkei

Im Jahr 2011 wurde der 50. Jahrestag der Unterzeichnung des sogenannten Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei gefeiert. Deutlich wurde, dass über die Einwanderung nach Deutschland bei türkeistämmigen Menschen wie auch in der Türkei selbst eine kollektive Erinnerung besteht: Bilder vom Abschied aus dem Dorf, von den Untersuchungen bei den deutschen Stellen in Istanbul, von der Zugfahrt nach Deutschland, von den ersten Jahren im ArbeiterInnenwohnheim und von der beginnenden Einrichtung in Deutschland mit der Gründung eigener Familien und der Geburt der Kinder. Belegt sind diese Erinnerungen zumeist mit einer Mischung aus Trauer über den Abschied und Verlust, Melancholie über die vielen Jahre in der Fremde und Freude über das neu gewonnene oder erreichte. Eine solche Erinnerung könnte eine Brücke zwischen türkeistämmigen Menschen in Deutschland und anderen bauen – wenn sie bei der Mehrheitsgesellschaft mit einer spiegelbildlichen Erinnerungskultur korrespondieren würde. Eine solche ausgeprägte Erinnerung an die Einwanderung der „Gastarbeiter“ fehlt auf „deutscher“ Seite aber vollständig. Umso interessanter ist ein Blick in Publikationen, die zum Thema „50 Jahre Anwerbeabkommen“ erschienen sind.

So behandelt der Band „Geteilte Heimat. 50 Jahre Migration aus der Türkei“, der vom Kölner „Dokumentationszentrum und Museum für die Migration in Deutschland“ herausgegeben wurde, das breite Panorama türkischer Migration nach Deutschland in den letzten 50 Jahren. Angesprochen werden u.a. die Situation in der Schule, die Arbeit im Betrieb, aber auch das Einrichten in der Freizeit und die Entwicklung türkisch-deutscher Freizeitkultur. Wichtig ist, dass der Band auch das Kapital Ausländerfeindlichkeit und Rassismus nicht ausspart. Schon für sich lohnend sind die vielen Fotos und Bildungsdokumente des Bandes.

Spannend zu lesen sind auch die Berichte im für die Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit dem KulturForumTürkei-Deutschlandherausgebenden Band „Auf Zeit. Für immer“, der u.a. elf Lebenserinnerungen über den Weg in die Migration nach Deutschland enthält. Deutlich wird dabei auch, dass viele EinwanderInnen erst in Deutschland auch verschüttete innertürkische Identitäten - beispielsweise als ethnische oder religiöse Minderheit – wieder entdeckten und mit Leben füllten. Gerade für den Aufbau einer (vielleicht auch deutsch-türkischen) Erinnerungskultur an die Einwanderung in Deutschland sind diese persönlichen Zeugnisse sehr wichtig.

Mit der „Generation Koffer“ spricht Gülcin Wilhelm einen ebenfalls kaum präsenten Sachverhalt an: Es geht um die Kinder türkischer EinwanderInnen, die bei Verwandten in der Türkei aufwuchsen, die später zum Schulbesuch dorthin geschickt wurden, oder die erst im Laufe ihrer Jugendzeit von den Eltern nach Deutschland geholt wurden. Oft wechselten diese Kinder und Jugendlichen im Abstand von einigen Jahren mehrmals zwischen der Türkei und Deutschland hin und her. Wilhelm versucht anhand von diversen nacherzählen Einzelportraits zu zeigen, wie psychisch belastend diese Situation für die Kinder bis heute ist – neben dem Stress der Migration gerade während der Jugendphase, spricht die Autorin von einem verbreiteten Gefühl des „Verlassen worden seins“ durch die eigenen Eltern.

Einen wichtigen Beitrag zur Debatte leistet der Leiter des nordrhein-westfälischen Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung, Haci-Halil Uslucan. Einleitend hält Uslucan fest, dass Deutungshoheit über soziale Prozesse nicht einfach entsteht, sondern erstritten werden muss. In diesem Sinne geht Uslucan dann auch mit vielen gängigen Deutungen über die Situation der Integration speziell türkeistämmiger Menschen hart ins Gericht. Er zeigt auf, dass Vielfalt bei kulturellen Praktiken und persönlicher Lebenseinstellungen das Bild türkeistämmiger Menschen bestimmt. Diese Verknüpfung der Perspektiven von eigenen Selbstverständnissen der MigrantInnen mit gesellschaftlichen Deutungshoheiten und tatsächlichen Ausgrenzungserfahrungen macht UslucansDarstellung interessant. Integration versteht Uslucan hier vor allem als Gleichstellung bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. So kommt Uslucan jenseits der üblichen Appelle an „die“ MigrantInnen denn auch zu dem Ergebnis, Intergrationspolitik in erster Linie als Politik für mehr gesellschaftliche Teilhabe und Menschen mit Migrationshintergrund zu definieren.

Zum Stand der „Integrationsdebatte“

Eine umfassende Zusammenstellung von Texten und Dokumenten zum Gang der Integrationsdiskussion der letzten Jahrzehnte liegt mit dem Band „Transit Deutschland. Debatten zu Nation und Migration“ vor. Begonnen wird mit je einem Kapitel zur Migration der „Gastarbeiter“ in die Bundesrepublik wie auch in die DDR. Ein weiteres Kapitel widmet sich „Xenophobie und Gewalt“. Bitter ist hier beispielsweise die schlichte Gegenüberstellung des alten Art. 16 mit dem neuen verstümmelten Asylrecht in Art. 16a des Grundgesetzes. In weiteren Kapiteln wird die Debatte über die Staatsangehörigkeit sowie die gesetzliche Regulierung von Einwanderung – beziehungsweise deren Ablehnung unter dem Stichwort „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ nachgezeichnet. Weitere Kapitel sammeln Texte zum Thema Identität und Zugehörigkeit. Ein letztes Kapitel trägt die Debatte dann auf die europäische Ebene. Mit diesem Band ist den Herausgebern ein echter Wurf gelungen, ermöglichen die Texte doch eine Fülle von Erkenntnissen zur Entwicklung der Debatten um das Einwanderungsland Deutschland.

Eine Sammlung von aktuellen Texten zum Thema Integration in deutscher und Länder vergleichender Perspektive bietet der Sammelband „Multikultur 2.0“, der Beiträge aus dem Umfeld von Veranstaltungen im „Haus der Kulturen der Welt“ in Berlin vereinigt. Interessant sind dabei

beispielsweise der Artikel von Klaus J. Bade, der pointiert die Entwicklung der Einwanderung und ihres Diskurses in die Bundesrepublik nachzeichnet, sowie von André Lepecki, der der Kluft zwischen der künstlerischen Inszenierung von „Multikulti"in den etablierten Kultureinrichtungen und den Lebensrealitäten der meisten Menschen mit Migrationshintergrund nachgeht. In der Tat ist es nicht nur eine interessante Frage, wie sich die multikulturelle Lebensrealität in der Kunst ausdrückt, sondern vor allem auch, wie Menschen mit Migrationshintergrund als ZuschauerInnen oder AkteurInnen auch durch diese Angebote erreicht werden können.

Dass Sozialdemokraten auch gute Bücher zum Thema Integration schreiben können, beweist Klaus Wowereit. Dabei grenzt sich Wowereit scharf von einer auch in der SPD gepflegten Angst ab und plädiert für einen selbstbewussten Umgang mit den Themen Einwanderung und Integration. Wowereit bringt dies auf die plakative Formel, „Ängste ernst nehmen, nicht Ängste schüren". Im Kern lässt Wowereit ebenfalls die Debatte um die Integrationsfähigkeit von Religionen und Kulturen hinter sich und definiert Integration vor allem über Chancengleichheit im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Der Text zeigt, wie leicht eigentlich ein entspannter Umgang mit dem Thema Integration und eine Konzentration auf das eigentlich wichtige in der Integrationsdiskussion – Ausgrenzung und Chancengleichheit – auch für aktive Politikerinnen und Politiker sein könnte.

Die Sinnlosigkeit einer Verhandlung des Themas Integration als Frage des interkulturellen Dialogs steht im Mittelpunkt von Frank-Olaf Radtkes lesenswertem Essay „Kulturen sprechen nicht". Letztlich plädiert Radtke dafür, vermeintlich kulturell kodierte Konflikte in erster Linie als Verteilungsfragen zu begreifen. Damit werden Fragen der Integration wieder in gängigen politischen Links-Rechts-Schemata erfassbar und verhandelbar. Ein solcher Ansatz könnte in der Tat dabei helfen, Fragen der Integrationspolitik wieder enger an allgemeine sozial- und gesellschaftspolitische Vorstellungen von Parteien zu koppeln.

Mit dem Thema Kultur befasst sich auch Zafer Senocak in seinem Text zum „Deutschsein". Der Text bietet einige kluge Anmerkungen zur Bedeutung von Sprache beim diskursiven Ein- oder Ausschluss von Menschen sowie für die persönliche Identitätsbildung von Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade in Bezug auf die kollektive Identitätsbildung „der" Deutschen bleibt der Text aber weitgehend vage, so dass der Gewinn für die allgemeine Integrationsdebatte eher gering ausfällt.

Einen interessanten Sammelband zur sog. Sarrazin-Debatte hat Sebastian Friedrich herausgegeben. So zeichnet Yasemin Shooman die Entwicklung des „antimuslimischem Rassismus" in Deutschland nach. Serhat Karakayali spricht in Bezug auf rechtspopulistische Vorurteile gegen „den" Islam von einem „reflexiven Eurozentrismus", der emanzipatorische mit weniger emanzipatorischen Aspekten verknüpfe. Dieser Ansatz erklärt recht gut die Ausstrahlung, die antimuslimische Vorurteile auch auf nach eigener Einschätzung links orientierte Menschen haben.

Eine zunehmend wichtigere Rolle als gesellschaftliche Akteure nehmen die Selbstorganisationen von Menschen mit Migrationshintergrund ein. Birgit Jagusch hat nun die erste Dissertation zur Entwicklung von Selbstorganisationen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Arbeit der Aktiven in den Organisationen steht die Frage nach gesellschaftlicher Anerkennung, die Jagunsch vor dem Hintergrund verschiedener gesellschaftstheoretischer Ansätze einordnet. Neben einem Überblick zu Organisationsentwicklung und persönlichen Motivationen für die Arbeit in MigrantInnenselbstorganisationen zeigt der Text daher vor allem auf, wie wichtig diese Arbeit sein kann, um ein Gefühl von Teilhabemöglichkeit und Chancengleichheit für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen.

Einen nur geringen Beitrag zu aktuellen Debatten leistet der Band „Migration und Integration“ von Harald Kleinschmidt. So bietet der Band zwar mehrere schön geschriebene und für sich durchaus lesenswerte Miniaturen geschichtlicher Reisen und Wanderungen. In wie weit beispielsweise aus der britischen Kolonialisierung Neuseelands im 19. Jahrhundert Erkenntnisse für aktuelle Debatten gewonnen werden könnten, erklärt der Autor allerdings nicht.

Debatten zum Islam

Ein Thema der aktuellen Integrationsdebatten ist die angebliche Entwicklungsunfähigkeit „des“ Islam. Der Münsteraner Islamwissenschaftler Thomas Bauer hat mit „Die Kultur der Ambiguität“ hier ein interessantes Werk vorgelegt. Bauers zentrale These lautet, dass erst durch den Kontakt mit dem Wahrheitsanspruch der europäischen Aufklärung eine bis dahin bestehende Tradition der „Ambiguität“ im Islam, im Kern der Zulässigkeit unterschiedlicher Meinungen und Auslegungsvarianten auf denselben Sachverhalt, gebrochen wurde. In diesem Sinne würden sich aktuell sowohl Islamisten wie auch Islamkritiker mit einer zu eingeschränkten Wahrnehmung der historischen Vielfalt theologischen Denkens im Islam treffen. Unabhängig von der Frage, ob der nicht islamisch-theologisch geschulte Leser des Buches jede These Bauers teilen oder wissenschaftlich kompetent nachvollziehen kann, bietet das Buch ein gut geschriebenes und sehr lesenswertes Panorama der Entwicklung islamischen Denkens, dass schon für sich genommen den Beweis für die tatsächliche Pluralität der Entwicklungsvarianten im „Islam“ bietet.

Ähnlich verhält es sich auch mit dem nun in 3. Auflage vorliegenden Buch „Das Islamische Recht“ des Erlanger Jura-Professors Mathias Rohe. Rohe zeichnet die Entwicklung des islamischen Rechts in den unterschiedlichen Rechtsgebieten nach. Deutlich wird, wie unterschiedlich Methodik und Auslegungsvarianten in den einzelnen islamischen Rechtsschulen sind, so dass von „der“ Scharia kaum gesprochen werden kann. Gerade in den aufgeregten Diskussionen über die Anwendung islamischen Rechts durch deutsche Zivilgerichte tut die Nüchternheit des Juristen Rohe gut, der eben nicht davon ausgeht, dass es zu jedem Sachverhalt gewissermaßen naturwüchsig „die“ anzuwendende islamische Norm gibt, sondern sich zunächst auf die Suche nach der einschlägigen Rechtsnorm macht, um anschließend ihre Auslegung und Anwendung auf mögliche Fälle nachzuzeichnen. Gerade diesen Aspekt der vorurteilsbeladenen Annäherung an islamisches Recht, samt des Kurzschlusses aus einer bestimmten Interpretation islamischen Rechts auf die unterstellten Einstellungen von Muslimen in Deutschland, greift Rohe auch in seiner lesenswerten Einleitung zum Band auf.

In den Kontext der beiden genannten Bücher passt auch der Sammelband von Texten des Journalisten Stefan Weidner, der sich ebenfalls der Pluralität von Denken im Islam widmet. Deutlich wird, wie komplex und voraussetzungsvoll die Beschäftigung mit islamisch-theologischen Texten sein kann. Einziger Störfaktor im Buch ist die an verschiedenen Stellen aufrechnendeSympathie für neoliberale Sozialstaatskritik.

Vor diesem Hintergrund fällt die Dissertation von Esma Cakir-Ceylan zurück. Die Autorin bietet zwar einen interessanten Überblick über die Strafbarkeit von „Gewalt im Namen der Ehre“ in Deutschland und in der Türkei sowie über die Verbreitung solcher Delikte. Bei der Frage nach der Bedeutung „des“ Islam geht sie aber dann doch von einer sehr hermetischen Vorstellung aus, und spricht von „der“ Scharia als feststehendem Rechtskanon, obwohl sie selbst an anderen Stellen einräumt, dass religiöse Begründungen wohl eher Teil der Legitimationskette vor allem traditionell-patriarchalischer Einstellungsmuster sind.

Einen sehr lesenswerten Überblick über das Phänomen der Islamfeindlichkeit im Rechtsextremismus bietet der Sammelband von Benz und Pfeiffer. Wolfgang Benz erläutert dabei bei-

spielsweise die Eckpunkte für einen Vergleich zwischen dem Antisemitismus in Deutschland im 19. Jahrhundert und aktueller Islamfeindlichkeit. Über den Band hinaus ließe sich festhalten, dass Islamfeindlichkeit zwar ein aktuelles Mobilisierungsthema rechtsextremer und rechtspopulistischer Bewegungen ist, diese Vorstellungen selbst aber bis weit in die sogenannte gesellschaftliche Mitte vorhanden sind.

Unterm Strich

Differenzierte Bücher im Themenfeld Integration haben es schwer, in der öffentlichen Debatte wahrgenommen zu werden. Dass es sie gibt, zeigen die hier vorgestellten Beispiele. Vermutlich wird es nicht gelingen „das" eine Buch gegen das angesprochene Pamphlet aus dem Jahr 2010 zu setzen. Jeder Text für sich bildet aber ein wichtiges Stück Gegenöffentlichkeit. Es wäre auch an sozialdemokratischen Politikerinnen und Politikern, selbst auf diesen Debatten aufzusetzen und diese weiter in den politischen Diskurs zu tragen. ■

Thilo Scholle ist Jurist, lebt in Lünen und ist Mitglied der spw-Redaktion.

Literaturliste

■ **Thomas Bauer**
Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams
Verlag der Weltreligionen im Insel Verlag, 462 Seiten, 32,90 €, Berlin 2011

■ **Wolfgang Benz/ Thomas Pfeiffer (Hrsg.)**
„WIR oder Scharia?" Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus
Wochenschau Verlag, 191 Seiten, 19,80 €, Schwalbach/ Taunus 2011

■ **Esma Cakir-Ceylan**
Gewalt im Namen der Ehre
Eine Untersuchung über Gewalttaten in Deutschland und in der Türkei
Peter Lang Verlag, 279 Seiten, 54,80 €, Frankfurt/ Main 2011

■ **Aytac Eryilmaz/ Cordula Lissner (Hrsg.)**
Geteilte Heimat. 50 Jahre Migration aus der Türkei
Klartext Verlag, 282 Seiten, 24,95 €, Essen 2011

■ **Sebastian Friedrich (Hg.)**
Rassismus in der Leistungsgesellschaft
Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarazindebatte"
editionassemblage, 262 Seiten, 19,80 €, Münster 2011

■ **Jeannette Goddar/ DorteHuneke (Hrsg.)**
Auf Zeit. Für immer. Zuwanderer aus der Türkei erinnern sich.
Bundeszentrale für politische Bildung, 232 Seiten, Bonn 2011

■ **Deniz Göktürk/ David Gramling/ Anton Kaes/ Andreas Langenohl (Hrsg.)**
Transit Deutschland. Debatten zu Nation und Migration
Eine Dokumentation
Konstanz University Press, 878 Seiten, 39,90 €, Konstanz 2011

■ **Birgit Jagusch**
Praxen der Anerkennung
Wochenschau Verlag, 470 Seiten, 49,80 €, Schwalbach/ Taunus 2011

■ **Harald Kleinschmidt**
Migration und Integration. Theoretische und historische Perspektiven
Verlag Westfälisches Dampfboot, 191 Seiten, 29,90 €, Münster 2011

■ **Frank-Olaf Radtke**
Kulturen sprechen nicht. Die Politik grenzüberschreitender Dialoge
Hamburger Edition, 151 Seiten, 12,00 €, Hamburg 2011

■ **Mathias Rohe**
Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart
3. Auflage, C.H. Beck Verlag, 612 Seiten, 39,95 €, München 2011

■ **Zafer Senocak**
Deutschsein. Eine Aufklärungsschrift
edition Körber-Stiftung, 190 Seiten, 16 €, Hamburg 2011

■ **Susanne Stemmler (Hrsg.)**
Multikultur 2.0
Willkommen im Einwanderungsland Deutschland
Wallstein Verlag, 336 Seiten, 19,90 €, Göttingen 2011

■ **Haci-Halil Uslucan**
Dabei und doch nicht mittendrin. Die Integration türkeistämmiger Zuwanderer
Wagenbach Verlag, 110 Seiten, 14,90 €, Berlin 2011

■ **Stefan Weidner**
Aufbruch in die Vernunft
Islamdebatten und islamische Welt zwischen 9/11 und den arabischen Revolutionen
J.H.W. Dietz Verlag, 256 Seiten, 18,90 €, Bonn 2011

■ **Gülcin Wilhelm**
Generation Koffer. Die zurückgelassenen Kinder
Orlanda Frauenverlag, 174 Seiten, 17,90 €, Berlin 2011

■ **Klaus Wowereit**
Mut zur Integration. Für ein neues Miteinander
Vorwärts Buch, 165 Seiten, 10 €, Berlin 2011

Rezension: Politik mit Recht

von Thilo Scholle

Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt

Heft 125, „Politik mit Recht“

138 Seiten, Einzelheft 12 €

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2012

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit kommt dem Recht eine große Bedeutung zu. Thema sind dabei unter anderem der Dialog über und Entwicklung von „Rechtstaatlichkeit“ in den „Entwicklungsländern“. In den Blick zu nehmen ist auch, auf welche Weise die Entwicklungspolitik selbst sowie die Ansprüche von „Entwicklungsländern“ in internationalen rechtliche Rahmen, beispielsweise im Kontext des Internationalen Währungsfonds, eingebunden sind. Die Beachtung von von außen gesetzten rechtlichen Vorgaben wird so sowohl zum Programm für Entwicklungshilfe wie auch zur Bedingung für den Zugang zu internationalen Institutionen. Vor diesem Hintergrund ist der Themenschwerpunkt „Politik mit Recht“ der entwicklungspolitischen Zeitschrift Peripherie gut gewählt. In ihrer Einleitung spricht die Redaktion die oben skizzierte Bedeutung des Rechts in der Entwicklungspolitik auch explizit an: Recht wird hier als ambivalent eingeschätzt; es könne einerseits als ein verfestigter Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen verstanden werden, andererseits aber auch Schutz vor der Willkür der Herrschenden sowie einen Ansatzpunkt für emanzipatorische politische Forderungen bieten.

So wendet sich Stephen Humphreys in seinem Beitrag u.a. der Ambivalenz von Eigentumsrechten zu. Der verbreitete „Narrativ der Rechtsstaatlichkeit“lasse reale Herrschaftsverhältnisse oft außer Acht, und vernachlässige so beispielsweise soziale Belange. In einem sehr umfassenden und informativen Beitrag widmet sich Matthias Ebenau dem Thema „Recht und Entwicklung bei der Weltbank“. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob die Rechtspolitik der Weltbank Entwicklung ermöglicht.Als Ergebnis ordnet Ebenau die Politik der Weltbank in das Leitbild eines „inklusiven Liberalismus“ ein. Ebenau spricht hier mit Blick auf die Umsetzung rechtlicher Vorgaben von „weicher Konditionalität“: Gleichheit und Ermächtigung der Menschen werden hier gewissermaßen in die liberale Logik inkludiert. Aus dem „Recht auf Entwicklung“ wird so eine marktzentrierte Engführung, die das ursprünglich postulierte Ziel nicht erreichen kann.

Mit B.S. Chimni kommt zudem einer der führenden Vertreter des Rechtstheoriestrangs der„Dritte-Welt-Perspektiven auf Internationales Recht“ zu Wort. Recht ist dabei für Chimni die „Sprache der Herrschaft im Zeitalter der Globalisierung“. In Bezug auf die „Dritte Welt“ siehtChimni vor allem die „Heterogenität der sozialen Welt“ mit der „Uniformität des Rechts“ in Konflikt. Konkret bedeutet dies, dass die Länder beispielsweise gezwungen sind, ihre Eigentumsordnung entsprechend einer internationalen Rechtsetzung – zum Teil auch durch private Akteure – gestalten zu müssen, auf deren Entstehung sie kaum Einflussmöglichkeiten besitzen. Internationales Recht schaffe damit in den betroffenen Ländern eine „Demokratie niedriger Intensität“. Im Ergebnis fordert Chimni u.a. die Einbeziehung von Wohlfahrtsrechten in das internationale Recht sowie die Einführung einer Rechenschaftspflicht der internationalen Institutionen. Insgesamt bieten die im Heft versammelten Beiträge eine interessante Lektüre zur Bedeutung und Funktion des Rechts in der internationalen Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit. ■

Thilo Scholle ist Jurist, lebt in Lünen und ist Mitglied der spw-Redaktion.

Initiative Europa neu begründen!

Die Initiative Europa neu begründenfordert in ihrem Aufruf „Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen!Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!“zu einem dringend notwendigen und radikalen Pfad- und Politikwechsel in der EU-Krisenpolitik auf. Die Initiatoren - Frank Bsirske (Ver. di), Annelie Buntenbach (DGB), Prof. Dr. Rudolf Hickel (Wirtschaftswissenschaftler), Dr. Steffen Lehndorff (Sozialwissenschaftler) und Dr. Hans-Jürgen Urban (IG Metall) – setzen in ihrer Kritik und ihren Forderungen grundsätzlich an und plädieren unter anderem für eine Demokratieoffensive der EU, eine Weiterentwicklung derselbigen zu einer Transferunion und für eine neue, integrative Leitidee des Einigungsprozesses um das Projekt Europa zu revitalisieren. Als ersten Schritt erachtet die Initiative eine Ablehnung des EU-Fiskalpaktes in seiner gegenwärtigen Form für notwendig.

Auf der Website der Kampagne finden sich der gesamte Aufruf, weiterführende Literaturhinweise sowie die Möglichkeit den Aufruf online zu unterzeichnen.

► **Weitere Informationen:**
europa-neu-begruenden.de

Herzlichen Dank Jutta Blankau!

Jutta Blankau ist aus dem HerausgeberInnen-Kreis der spw ausgeschieden. Jutta Blankau war über lange Jahre eine wichtige Stichwort- und Impulsgeberin der spw und konnte dabei insbesondere auf ihre reichhaltigen Erfahrungen in Führungspositionen der Gewerkschaften (IG Metall Küste) zurückgreifen. So stellte die Entwicklung der selbigen und die Suche nach Möglichkeiten wieder stärker in die Offensive zu kommen unter den schwierigen Bedingungen neoliberaler Hegemonie und Regierungspolitiken einen Schwerpunkt ihrer Impulse dar. Eckpfeiler einer gewerkschaftlichen Offensiv-Strategie bildeten für sie dabei ein unbedingtes Eintreten für Wirtschaftsdemokratie und eine konsequente und gesamtgesellschaftliche Forcierung der Gerechtigkeitsfrage im Angesichte einer zunehmend ungleicherenReichtumsverteilung und Prekarisierung von Arbeits- und Lebenswelten. Der sozial-ökologische Umbau und die Energiewende waren und sind ihr zweites politisches Steckenpferd. Wir wünschen alles Gute und sagen herzlichen Dank für Engagement, Kritik und Rat und freuen uns auf weitere Kooperationen.

Herzlichen Glückwunsch Horst Peter!

Horst Peter, langjähriger Sprecher des Frankfurter Kreises, seit 1993 Mit-Herausgeber der spw und langjähriger Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung feierte zu Anfang diesen Jahres seinen 75. Geburtstag, zu dem wir ihm herzlich gratulieren wollen. Horst Peter lebt seit jeher die Doppelstrategie und verbindet zivilgesellschaftliches Engagement in vielfältigen Zusammenhängen mit dem parteipolitischen Engagement in der SPD. Dies aus der tiefen Überzeugung, dass „Mehr Demokratie zu wagen“ nur in einer partizipativen Demokratie unter Bündelung aller progressiven gesellschaftlichen Kräfte gelingen kann. Unverbundene Spiegelstrich-Politiken sind seine Sache nicht, vielmehr orientiert und formuliert er seine politischen Reformvorhaben leidenschaftlich entlang eines übergreifenden Konzepts von Nachhaltigkeit. Wir wünschen uns aus diesem reichhaltigen Fundus an Ideen und klugen Perspektiven auch weiterhin viele prägende Initiativen.

DL 21 Aktuell: Der Fiskalpakt – eine Geisterfahrt an den Abgrund Europas

DL 21
Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD
www.forum-dl21.de

Wir wollen **ein Europa, das mehr Demokratie, Teilhabe und Gerechtigkeit für alle** und Frieden möglich macht. Der geplante Fiskalpakt in ist aber das genaue Gegenteil. Er ist kein Beitrag zu einer Vertiefung der demokratischen Institutionen. Statt des „Euro-Gipfels" mit ungleichen Rechten für die Mitgliedsstaaten müssten die demokratischen Institutionen, allen voran das Europäische Parlament, durch eine Fortentwicklung der EU-Verträge gestärkt werden.

Der Fiskalpakt ist keine umfassende Antwort auf die Ursachen der Schuldenkrise, sondern ist allenfalls dazu geeignet, die Schuldenaufnahme mit der Brechstange einzudämmen. Wir wollen eine Europäische Union, in der „mehr Gemeinschaft" nicht nur als politisches Ziel formuliert wird, sondern wir wollen diese Gemeinsamkeit auch mit konkreten Instrumenten untermauern. Unser Ziel ist ein Europa der Solidarität und der Teilhabe. In den vergangenen drei Jahren hat die SPD bei Parteitagen und im Bundestag konkrete und richtige Maßnahmen für mehr Solidarität in Europa eingefordert. Wir sehen uns in der Pflicht, angesichts einer einseitig agierenden Bundesregierung als größte Oppositionspartei unsere Maßnahmen konkret einzufordern:

An erster Stelle gehört für uns dazu die Einführung der **Finanzmarkttransaktionssteuer.** Wenn die internationale Umsetzung nicht möglich ist, muss Europa oder auch Deutschland eigenständig vorweg gehen, um spekulative Finanzgeschäften zu steuern und gleichzeitig den Rahmen staatlicher Handlungsmöglichkeiten zu verbessern. Bis heute wurden keine wirkungsvollen Maßnahmen ergriffen, um die Finanzmärkte zu regulieren. Wir wollen einen **Rekapitalisierungsmechanismus für Banken** in der Krise. Um eine erneute Bankenkrise zu vermeiden, treten wir für das **Trennbanksystem** ein. Riskante Geschäfte können wir nicht verbieten, aber wir wollen die Absicherung systemisch relevanter Banken, um die Realwirtschaft abzusichern.

Zur Bankenregulierung gehört auch ein **europaweites Verbot von Leerverkäufen,** ein Ende des spekulativen Rohstoffhandels und die strenge Kontrolle des hochfrequenten Computerhandels. Der **Aufbau einer europäischen Ratingagentur** ist nach wie vor nötig. Um europaweit tätige und systemrelevante Banken abzusichern, benötigen wir eine harmonisierte **europäische Bankenaufsicht**.

Den Rettungsmechanismus wollen wir ausbauen und stärken. Gleichzeitig muss mit dem Ausbau der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik auch die Zusammenarbeit beim gemeinsamen Schuldenabbau einher gehen. Dazu gehört unweigerlich auch die Möglichkeit, einen **Schuldentilgungsfonds** einzurichten oder **Eurobonds** einzuführen.

Der Fiskalpakt in seiner heutigen Form zementiert den Sozialabbau in Europa. Die „Einnahmenseite" des Fiskalpakts ist völlig vernachlässigt. Das Merkelsche Mantra „Sparen, Sparen, Sparen" bedeutet für viele EU-Staaten, dass Sozialleistungen gestrichen und Gehälter gekürzt werden. Statt weiterer Kürzungen benötigen wir einen **europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt,** der eine ökologisch-nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut, gute Bildung und gute Arbeit ermöglicht und damit das Ziel verfolgt, soziale und kulturelle Teilhabe in allen Ländern Europas zu gewährleisten. Für die dazu nötigen Ausgaben **in allen Ländern müssen alle denkbaren Instrumente** geprüft werden wie etwa die Erhebung einer einmaligen **Vermögensabgabe**. ■

Eine große Sozialistin

Zum Tod von Lisa Abendroth (1917-2012)

von Joachim Perels und Uli Schöler

Mit Lisa Abendroth, die im biblischen Alter von fast 95 Jahren in Frankfurt gestorben ist, verlieren wir eine große Sozialistin, die bis heute zu Unrecht meist im Schatten ihres Mannes Wolfgang Abendroth wahrgenommen wird. Sie, die im Dritten Reich an der Universität Marburg als Historikerin promoviert hatte, begleitet ihren späteren Mann 1941 zur Sammelstelle für Gefangene des Strafbataillons 999, in das Abendroth nach vierjähriger Zuchthaushaft gezwungen wurde, in der Erwartung, dass sie sich wohl erst nach Jahren wiedersehen würden. Nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft geht sie mit ihm in die Sowjetische Besatzungszone.Ende 1948 erkennt sie als erste die Gefahr für ihren seit 1946 der SPD angehörigen Mann und organisiert, während er seiner Professorentätigkeit in Jena weiter nachgeht, die überstürzte Flucht in den Westen.

Dortengagiert sie sich insbesondere in der SPD Hessen Süd(auch nach seinem Parteiausschluss 1961) und zieht gleichzeitig ihre drei Kinder groß. Ende 2001 tritt sie aber nach 50-jähriger Mitgliedschaft aus der Partei aus: Sie lehnt die neue Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung ab. Aber der entscheidende Grund ist die Schrödersche Bekundung uneingeschränkter Solidarität mit den USA und der Eintritt der Bundesrepublik in den Afghanistan-Krieg.

Lisa Abendroth ist mehr als eine bloß teilnehmende Beobachterin der vielfältigen Auseinandersetzungen ihres Mannes im Rahmen seiner Hochschullehrerzeit in Marburg. Wie selbstverständlich nimmt sie an den politischen und wissenschaftlichen Diskussionen im Rahmen seines akademischen Oberseminars teil. In den fünfziger Jahren lebt sie erneut in großer Angst,wegen der Rolle ihres Mannesim Prozess vor dem Bundesgerichtshof gegen Viktor Agartz, dem früheren Chef des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB. Sie befürchtet, dass er nicht zurückkommt, nachdem er als Zeuge ausgesagt hatte. Tatsächlich illegalisierte der BGH auch Marxisten, die nicht unbedingt der KPD angehörten. Als Fritz Bauer einige Jahre später nach Marburg zu den beiden Abendroths fuhr, um ihnen zu erklären, dass er sein Amt als hessischer Generalstaatsanwalt, der die meisten Verfahren gegen NS-Gewaltverbrecher in Gang gesetzt hatte, aus Verzweiflung über die aufklärungsfeindlichen Umstände aufgeben wollte, brachten ihn beide davon ab.

Nachdem Abendroths Augenlicht ein Lesen nicht mehr möglich machte, wurde Lisa Abendroth für ihn die Brücke zur wissenschaftlichen und literarischen Welt. U. a. las sie ihm die „Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss vor. Das dreibändige Opus schilderte den europäischen Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft ohne den Blickwinkel fraktioneller Verengung. Nun publizieren sie auch gemeinsam und charakterisieren den Roman so:“ Im gleichen Maße wie Weiss hat bisher niemand das Denken, Handeln und Empfinden dieser Generation der Arbeiterbewegung, die trotz aller Niederlagen und Fehlschläge, aller inneren Gegensätze, all der furchtbaren Enttäuschungen, die durch die Stalin-Prozesse hervorgerufen wurden, standgehalten hat, realistisch wiedergeben können.“

Lisa Abendroth besaß die besondere Fähigkeit, Briefe zu schreiben, in denen ihre menschenfreundliche, auf die Not ihres Gegenübers eingehende Fähigkeit auf besondere Weise zum Ausdruck kam. Deshalb wäre es eine lohnende Aufgabe, eine Sammlung mit Briefen Lisa Abendroths herauszugeben. Sie würden von Kopf und Herz einer großen Sozialistin zeugen. ■

Dr. Joachim Perels ist emeritierter Professor der Politikwissenschaften und lehrte zuletzt an der Universität Hannover.

Dr.Uli Schöler ist Politikwissenschaftler und Leiter der Abteilung "Wissenschaft und Außenbeziehungen" der Bundestagsverwaltung.

Fünf Fragen an... Svenja Schulze

Svenja Schulze

Foto: privat

Svenja Schulze (geb. 1968) arbeitete nach ihrem Studium der Germanistik und der Sozialwissenschaften als Unternehmensberaterin. 2004 zog sie für Münster in den Landtag Nordrhein-Westfalens ein. Seit Juli 2010 ist Svenja Schulze Ministerin in NRW für Innovation, Wissenschaft und Forschung. Von 1988 – 1989 war sie Landesschülersprecherin NRW, danach AStA-Vorsitzende in Bochum (1990 – 1991) und Landesvorsitzende der NRW Jusos (1993 – 1997). Von 1996 – 2002 und wiederum seit 2010 gehört sie dem SPD-Landesvorstand NRW an. Der SPD trat Svenja Schulze 1988 bei, sie ist außerdem Mitglied der IGBCE.

spw: Gibt es Debatten aus Deiner Juso-Zeit, die Dir bis heute wichtig sind?

S.Sch.: Bis heute prägt mich die Debatte zur Geschlechtergerechtigkeit und wie darauf reagiert wird, wenn ich sie beispielsweise in der Hochschullandschaft konkret führe. Der Anteil von Professorinnen ist bis heute beschämend gering. Bis sich jedoch die Erkenntnis – übrigens auch geschlechtersensibler Männer – durchsetzt, dass Gleichheit hier zugleich verbesserte Forschung und Lehre, mithin Qualitätssicherung bedeutet, bedarf es gezielter Anreize und Vorgaben. Wer das tut, setzt sich sofort versteckter Häme aus, nur ein Nebenfeld zu besetzen. Hier haben mich die Diskussionen bei den Jusos gut gerüstet. Wie ich überhaupt finde, bei den Jusos mein politisches Rüstzeug und Handwerk gelernt zu haben.

spw: Welche politischen Schwerpunkte sollte die SPD aktuell setzen?

S.Sch.: Der Filter unseres politischen Tuns ist das Soziale. Beim Blick durch diesen Filter, müssen die Dinge scharf zu erkennen sein: Kindergärten, Schulen und Hochschulen müssen helfen, alle Talente mitzunehmen. Bildung und Ausbildung dürfen keine Sache der Herkunft sein. In der Arbeitswelt geht es um faire Bedingungen und faire Löhne. Mitbestimmung und starke Gewerkschaften sind deshalb Voraussetzung für Fairness in der Arbeitswelt. Die großen Lebensrisiken insbesondere für die abzusichern, die besonders gefährdet sind, ist bis heute zentrales Projekt der SPD. Und schließlich: Bei den globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Energiewende etc. muss der gleichberechtigte Zugang aller etwa zu bezahlbarer Energie und Mobilität im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Nur wenn wir durch diesen Filter handeln, wird die SPD Mehrheiten gewinnen.

spw: Du bist in NRW als Ministerin unter anderem für das Politikfeld „Innovation" verantwortlich. Welche Themen sind Dir hier besonders wichtig?

S.Sch.: Willy Brandt hat in seinem Vermächtnis gesagt, „dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll." Unsere Zeit verlangt nach Antworten auf die Grand Challenges, die großen Herausforderungen der Menschheit. Das sind der Klimawandel, eine nachhaltige Energiewende, eine ressourcenbewahrende Form des Wirtschaftens, der demographische Wandel, der gleichberechtigte Zugang zu Informationen und Mobilität etc. Die Wissenschaften stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Lösung dieser Herausforderungen zu leisten. Angesichts der komplexen Problemlagen wird die Entwicklung technologischer Innovationen alleine nicht ausreichen.

Mehr denn je kommt es darauf an, schon im Design der Lösungsstrategie viele verschiedene Disziplinen einzubeziehen, transdisziplinär vorzugehen – sowie Gesellschaft und Politik mit zu denken, zu integrieren. Ein Beispiel: Soll die Energiewende erfolgreich sein, brauchen wir energieeffiziente Gebäude und zwar im Bestand. Isolierte technische Lösungen allein tragen nicht. Erst wenn alle Mitspieler und Mitspielerinnen zusammenkommen, sich regional organisieren und wissenschaftliche Disziplinen von den Ingenieurs-, über die Rechts- und Betriebswissenschaften bis hin zur Psychologie und Pädagogik dabei sind, die Technik, den Markt und das Verhalten der Menschen in den Blick nehmen, stimmen die Rahmenbedingungen für Innovationen, wie wir sie brauchen. Mit dem Aufbau Regionaler Innovationsnetzwerke will ich diesen Prozess beflügeln. Ein erstes ist gegründet. Weitere sind in Vorbereitung. Ich bin überzeugt, dass sich Fortschritt regional abbildet. Die Finanzierungsquellen hingegen sind auf verschiedenen Ebenen zu erschließen, aus der Privatwirtschaft, von Land und Bund und in der EU. Auch dafür müssen wir unsere Hochschulen fit machen.

spw: Gerade auf junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler scheint die SPD momentan wenig Anziehungskraft auszuüben. Was wäre zu tun, um die Sozialdemokratie wieder stärker in einen Austausch mit kritischer Wissenschaft zu bringen?

S.Sch.: Die Diagnose ist mir zu pauschal. Meine Erfahrungen nach knapp zwei Jahren im Amt sind positiver: Dort, wo ich zum offenen Gespräch einlade, zuhöre, zum Mitdenken ermuntere, erreiche ich alle Altersgruppen. Das ist meines Erachtens auch der springende Punkt: Dort, wo wir aus Betroffenen Beteiligte machen, entsteht diskursive Anziehung. Das betrifft etwa die Studienbedingungen nach Bologna. In NRW haben wir dazu ein Online-Beteiligungsverfahren gemacht. Mit riesigem Erfolg. Es haben sich weit mehr Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt, als vermutet. Meine Einladungen an alle Hochschulakteure für ein neues Hochschulgesetz sind zahlreich angenommen worden. Auch wenn die Auflösung des Landtages diesen offenen Dialogprozess unterbrochen hat: Über mangelnden Zuspruch und neue Ideen etwa zu besseren Arbeitsbedingungen an den Hochschulen, demokratischere Beteiligungsformen oder die gesellschaftliche Rolle der Hochschulen kann ich mich nicht beklagen. Und schließlich habe ich in NRW sogenannte Foren des Fortschritts ins Leben gerufen. Darin geht es um transdisziplinäre Diskurse rund um die Grand Challenges. Auch hier ist das Interesse groß. Eine solche Kultur müssen wir konsequent weiterentwickeln – und hoffen darauf, nach den Landtagswahlen dieses über eine volle Legislaturperiode hinweg tun zu können.

spw: In NRW wurden Studiengebühren als eine der ersten Amtshandlungen wieder abgeschafft. Welche weiteren Pläne hast Du, um die Studienbedingungen weiter zu verbessern?

S.Sch.: Mein Ziel ist es, in NRW erfolgreich studieren zu können. In den kommenden Jahren gilt dies besonders für den doppelten Abijahrgang ab 2013. Dafür haben wir viele neue Kapazitäten geschaffen. Angesichts der Prognosen reicht das aber nicht. Deshalb muss der Bund endlich den Deckel heben und mehr Geld für noch mehr Studierende im Hochschulpakt bereitstellen. Des Weiteren geht es in den kommenden Jahren um eine weitere Öffnung der Hochschulen für deutlich vielfältigere, um nicht zu sagen bunte Studierendengruppen. So werden etwa aufstiegsorientierte junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an unseren Hochschulen ihre Chance suchen. Darauf müssen sich die Hochschulen etwa mit einer strukturierten Studieneingangsphase einstellen. Alles in allem geht es darum, über gute Lehre den Ehrgeiz zu entwickeln, alle jungen Talente zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Dazu gehört heute und in Zukunft ein gebührenfreies Studium. ■

Das Interview führte Thilo Scholle.

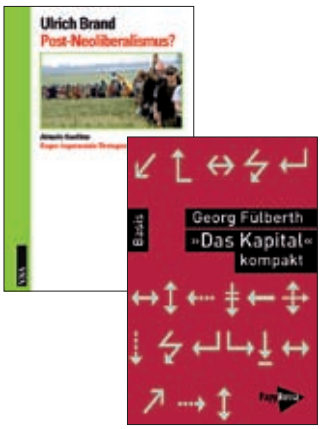
spw

Meinungsstark!

Links!

In der Sozialdemokratie!

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Post-Neoliberalismus?
Ulrich Brand
224 Seiten; € 13.80

»Das Kapital« kompakt
Georg Fülberth
123 Seiten, € 9,90

Prämienpaket 2

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive
Regina-Maria Dackweiler / Reinhild Schäfer (Hrsg.)
248 Seiten; € 27,90

Feminismus
Gisela Notz
131 Seiten, € 9,90

Prämienpaket 3

VielfachKrise
Alex Demirović / Julia Dück /
Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)
232 Seiten; € 16.80

Politische Ökonomie des Sozialstaats
Heiner Ganßmann
229 Seiten; € 19,90

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____

- ☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- ☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Mein Prämienpaket: ☐ **1** ☐ **2** ☐ **3**

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut — Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Abo per Fax: 0231 / 202 00 24 oder unter: www.spw.de